

Anhänge

Kodierleitfaden

Kategorie	Definition	Ankerbeispiel
Ämter	<p>Diese Kategorie umfasst alle Aussagen, welche sich auf eine etwaige Ämtermotivation beziehen. Dies kann sowohl ein Bejahen als auch ein Verneinen einer solchen Motivation umfassen. Entscheidend ist folglich nur, dass die Ämterthematik in <i>irgendeiner</i> Weise, sei es implizit oder explizit, aufgegriffen wird.</p>	<p>„Inhaltliche Überzeugungen, Sinn und Glaubwürdigkeit gegenüber den Wählerinnen und Wählern müssen immer wichtiger sein als die individuellen Karrierewünsche.“</p> <p>„Wir haben uns 2017 gegen Karrieren und Dienstwagen entschieden, weil wir dafür gegenüber den Wählerinnen und Wählern unser Wort hätten brechen müssen.“</p> <p>„Und da sehen Sie die Aufgabe, die, wie ich glaube, vor allem von einem liberalen Finanzminister gut geleistet werden könnte.“</p>
Inhalte	<p>Unter diese Kategorie werden all jene Aussagen subsumiert, die das Erreichen bestimmter Policies zum Gegenstand haben. Voraussetzung für die Definition einer Aussage als Inhalt ist, dass es sich um einen konkreteren Vorschlag hinsichtlich einer Policy handelt und nicht nur um eine formelhafte Aussage.</p>	<p>„Keine neuen Steuern oder Steuererhöhungen im Höchststeuerland Deutschland.“</p> <p>„Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass wir die Schuldenbremse im Grundgesetz erhalten.“</p> <p>„Wir schlagen dagegen vor, die absolute Belastungsgrenze zu definieren. Konkret sprechen wir von einem CO₂-Deckel, dem nicht überschreitbaren Budget an noch erlaubten CO₂-Emissionen für unser Land, europäisch abgestimmt. Unterhalb dieses Deckels ist es Sache von Ingenieurinnen und Technikern im Markt, CO₂ zu vermeiden oder CO₂ zu speichern oder CO₂ teilweise international zu kompensieren.“</p>
Jamaikakoalition	<p>Dem Kategorienamen entsprechend werden hierunter all diejenigen Aussagen gefasst, die sich auf die Bildung einer Koalition zwischen den Parteien CDU, GRÜNE und FDP beziehen. Erfasst werden sowohl explizite als auch implizite Koalitionssignale.</p>	<p>[Siehe Unterkategorien]</p>

<p>Negatives Koalitionssignal</p>	<p>Signal, welches gegenüber einer möglichen Jamaikakoalition negativ ausfällt.</p>	<p>„Allerdings muss man eins hinzufügen: Eine klare Orientierung vermissen ich immer noch bei CDU und CSU. Erst heißt es Steuern senken, jetzt schließt die Union Steuererhöhungen nicht mehr aus.“</p> <p>„Aber klar ist: Die Union ist überraschend schwach und offenbart Unschärfen. In der Steuerpolitik war lange unklar, ob sie nun entlasten will oder offen ist für Steuererhöhungen. Markus Söder denkt über die Aufweichung der Schuldenbremse nach, obwohl wir Inflationsrisiken haben. Die Union garantiert so keine Politik der Mitte.“</p> <p>„Armin Laschet würde die Durchsetzungskraft fehlen, die linken Wünsche der Grünen auf das Sinnvolle zu begrenzen.“</p>
<p>Positives Koalitionssignal</p>	<p>Signal, welches gegenüber einer möglichen Jamaikakoalition positiv ausfällt.</p>	<p>„Richtig ist, dass uns die Union in vielem nähersteht.“</p> <p>„Im Zentrum steht bei uns die Freiheit des Einzelnen. Da gibt es eine größere Nähe zu CDU und CSU als zu SPD und Grünen.“</p> <p>„Ich sehe es als nahezu gesichert an, dass der Regierungsauftrag an die CDU geht. Die jetzt noch offene Frage ist: Wer wird dann wichtige Rollen, zum Beispiel für die Finanzen einnehmen. Und letztlich ist die Frage der nächsten Wochen: Soll das ein Robert Habeck von den Grünen sein - er will die Schuldenbremse aufweichen, er möchte die Steuern erhöhen, er hat eine Orientierung nur auf öffentliche Investitionen - oder soll das ein Finanzminister der FDP sein?“</p>
<p>Ampelkoalition</p>	<p>Dem Kategorienamen entsprechend werden hierunter all diejenigen Aussagen gefasst, die sich auf die Bildung einer Koalition zwischen den Parteien SPD, GRÜNE und FDP beziehen. Erfasst werden sowohl explizite als auch implizite Koalitionssignale.</p>	<p>[Siehe Unterkategorien]</p>

<p>Negatives Koalitionssignal</p>	<p>Signal, welches gegenüber einer möglichen Ampelkoalition negativ ausfällt.</p>	<p>„Rote Steuererhöhungen und eine grüne Aufweichung der Schuldenbremse finden wir nicht attraktiv.“</p> <p>„Ohnehin liebäugeln SPD und Grüne mit der Linkspartei, die ein anderes Land mit 75 Prozent Spitzensteuersatz und Enteignungen will.“</p> <p>„Bislang fehlt mir die Fantasie, welches Angebot Rot-Grün der FDP machen könnte.“</p> <p>„Ich glaube, dass in Wahrheit große Teile der SPD und auch der Grünen mit der Linkspartei liebäugeln. Denn Verbote und Enteignungen wären mit der FDP nicht möglich.“</p>
<p>Positives Koalitionssignal</p>	<p>Signal, welches gegenüber einer möglichen Ampelkoalition positiv ausfällt.</p>	<p>„Herr Scholz will die Rente stärken. Das wollen wir auch.“</p> <p>„Die letzte große Steuerreform, die von Rot-Grün und mit Zustimmung der FDP beschlossen wurde, hat die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands verbessert und Investitionen gestärkt.“</p> <p>„Jede Partei muss kompromissbereit sein, aber jede Partei hat auch Grenzen, die man respektieren muss. Wenn Steuererhöhungen bei Grünen, SPD und CDU kein Selbstzweck sein sollten, worüber ich mir nicht immer klar bin, wird man sich einigen können.“</p>

Codierte Interviews

Heilbronner Stimme – 01.05.2021

1 **Herr Lindner, seit einer Woche gilt die gesetzliche Bundes-Notbremse. Wie fällt Ihre erste Bilanz aus?**

2 **Lindner:** Die Fragen sind eher größer und nicht kleiner geworden. Wir wissen jetzt, dass die sogenannte Oxford-Studie sogar von einem ihrer Hauptautoren als nicht einfach auf Deutschland übertragbar eingeschätzt wird. Diese Studie war aber eine der zentralen Stützen der Argumentation der Bundesregierung für die mit der Bundes-Notbremse vielerorts einhergehenden Ausgangssperren. Die Notbremse ist ein einschneidendes Instrument, das aber bei der Pandemiebekämpfung nur symbolische Wirkung hat – mit andererseits sehr fragwürdigen Eingriffen in die Freiheitsrechte der Menschen. Schon eine Woche nach Verabschiedung der Novelle des Infektionsschutzgesetzes wird sehr deutlich: Wir sollten uns auf wirklich wirksame Maßnahmen konzentrieren.

3 **Was haben Sie hierbei im Fokus?**

4 **Lindner:** Ich vermisse nach wie vor eine systematische Teststrategie. Wir sind nicht da, wo wir sein sollten. Die Erfassung, wann und bei wem ein Test durchgeführt wurde und welches Ergebnis der Test hatte, ist unzureichend. Auch beim Impfen haben wir längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um Tempo zu machen. Vor allem mit Blick auf die geplante Aufhebung der Impfpriorisierung spätestens ab Juni sollten wir die Logistik bei Haus-, Betriebs- und Fachärzten tatsächlich auch vollständig nutzen.

5 **Manche Bundesländer sitzen tatsächlich immer noch auf großen Impfstoffreserven. Experten kritisieren die Vorratshaltung.**

6 **Lindner:** Die Kritik ist berechtigt. Nach Auffassung der FDP sollten wir im Mai alle vorhandenen Impfstoffreserven auflösen und verimpfen. Dann wären fünf Millionen zusätzliche Impfungen im Mai möglich. Danach erwarten wir eine große Zahl von Impfdosen. Deshalb müssen wir jetzt auch keine Dosen für mögliche Zweitimpfungen auf Halde legen.

7 **Gegen die Bundes-Notbremse haben Sie auch Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.**

8 **Lindner:** Ja, denn nicht die Bürger müssen begründen, warum sie ihre Freiheitsrechte wahrnehmen wollen. Vielmehr muss der Staat begründen, warum er diese einschränken will. Die Regelung zu Ausgangssperren ist unverhältnismäßig, da sie vor allem nur auf der 100er Inzidenz fußt. Bei 100 Infektionen pro 100.000 Einwohner in einer Woche greifen massive Freiheitsbeschränkungen, unerheblich, ob sich die Menschen beispielsweise auf einer einzigen Baustelle infiziert haben, oder ob Ansteckungen auf viele unterschiedliche Orte und Ereignisse zurückzuführen sind. Ich gehe davon aus, dass sich Karlsruhe mit unserer Verfassungsklage befassen wird. Wir sind derzeit mit einem Überschuss an staatlichem Handeln konfrontiert, und die Ausgangssperren sind aus unserer Sicht ein zu tiefer Grundrechtseingriff.

9 **Andreas Kruse, Kommissionsvorsitzender des Bundes-Altenberichtes und Mitglied im Deutschen Ethikrat, fordert mehr Lockerungen für Senioren. Kruse sagt: Die Tatsache, dass die meisten Bewohner von Pflegeheimen geimpft seien, lege schon an sich nahe, großzügige Kontakt- und Besuchsregelungen einzuführen. Ihre Meinung?**

10 **Lindner:** Ich teile die Einschätzung von Professor Kruse. Wir dürfen die Menschen und ihre Nöte nicht vergessen. Im Kampf gegen das Virus dürfen wir soziale Gesichtspunkte nicht aus den Augen verlieren. Mit den Einschränkungen in Heimen geht leider oft Isolation und Einsamkeit einher. Betroffen sind aber auch Singles, die nun alleine im Homeoffice arbeiten, virtuelle Konferenzen können die Sozialkontakte im Arbeitsleben nicht ersetzen. Beim Thema Familien frage ich: Warum dürfen Geimpfte Großeltern nicht ohne weiteres zu Besuch kommen, oder warum darf man sie nicht besuchen, wenn doch von ihnen keine Gefahr ausgeht? Warum werden sie mitgezählt bei der Begrenzung von Kontakten pro Haushalt? Diese Kontaktbeschränkung sollte man neu regeln und dann Geimpfte komplett ausklammern. Menschen, die geimpft oder nach einer Erkrankung immunisiert

sind und von denen keine Ansteckungsgefahr mehr ausgeht, müssen ihre Freiheiten zurückerhalten.

11 **Unsere Nachbarn in den Niederlanden oder der Schweiz sind offenkundig einige Öffnungsschritte weiter . . .**

12 **Lindner:** Wenn man sich umschaute in der Welt, gibt es Länder, in denen die Impfkampagnen besser gelaufen sind bisher. Ich sehe vor allem mit großer Sorge auf die enormen gesellschaftlichen und sozialen Schäden, die zögerliches oder zu bürokratisches Handeln zur Folge haben kann. Auf der einen Seite gibt es zweifellos die Notwendigkeit des Gesundheitsschutzes, aber auf der anderen Seite gibt es Einsamkeit, Kinder, die den Anschluss verlieren, Verzweiflung, weil die Menschen ihre wirtschaftliche Existenz zerstört sehen.

13 **Laut RKI ist es jetzt gelungen, die dritte Welle der Pandemie abzubremsten. Auch mit Blick auf weitere Impf-Fortschritte könnte es doch bald Öffnungsperspektiven für Handel, Gastronomie, Beherbergungsbetriebe oder Kunst und Kultur geben. Wie kann der Staat konkret Anschubhilfe leisten?**

Inhalte

14 **Lindner:** Wir können den Neustart fördern, indem wir Fairness herstellen. Die FDP fordert hier unter anderem, die steuerlichen Verluste dieses Jahres und des letzten Jahres mit Gewinnen der Vorjahre zu verrechnen. Das wäre eine echte Hilfe und ein ganz wesentlicher Beitrag. Auch die allgemeinen Rahmenbedingungen sollten wir dauerhaft verbessern.

15 **Ein Beispiel bitte?**

Inhalte

16 **Lindner:** Fairness schaffen für den stationären Handel gegenüber Onlinehandel. Auf rechtssicherer Basis sollten gelegentliche Sonntagsöffnungen möglich sein – nicht an jedem Sonntag natürlich, aber zumindest an geplanten Aktionstagen. Ich erwarte auch eine Art Nachholeffekt, eine Art Sonderkonjunktur für die Gastro-Branche, weil wir uns doch alle nach unbeschwerten Begegnungen mit Familie und Freunden sehnen.

17 **Es sind nur noch wenige Monate bis zur Bundestagswahl. Sie stehen zur Übernahme von Regierungsverantwortung bereit – aber in welcher Konstellation?**

..(J) Positives Koalitionssign
Jamaika koalition

18 **Lindner:** Wir wollen sehr gerne Teil einer Modernisierungskoalition sein. In NRW haben wir in der schwarz-gelben Koalition gute Erfahrungen mit Armin Laschet als Verhandlungspartner gemacht. Allerdings ist aufgrund der Schwäche der Union Schwarz-Gelb im Bund derzeit eher nicht im Bereich des Möglichen. Wir wissen außerdem noch nicht, mit welchem Programm die Union in den Wahlkampf ziehen wird, welche Ideen sie beispielsweise in der Gesellschafts- oder Finanzpolitik formulieren wird.

19 **Welche Regierungsoptionen sind denn denkbar?**

..(A) Negatives Koalitionssi
Ampelkoalition

20 **Lindner:** Das wichtigste Ziel lautet zunächst: Wir wollen so stark werden, dass es weder eine schwarz-grüne noch eine grün-rot-rote Mehrheit gibt. Wir wollen als FDP auch stärker als die AfD werden, weil es ein Zeichen wäre, wie unser Land denkt und tickt, wenn die Partei der Freiheit vorne liegt. Die Regierungsoptionen sind vielfältig, von Jamaika über eine Deutschland-Koalition bis hin zur Ampel. Für uns zählen aber die Inhalte, nicht Farbenspiele. Und hier sieht man: Grüne, SPD und Linkspartei wollen Gesellschaft und Wirtschaft stärker lenken, sie möchten die Bürger be- statt entlasten. Wir dagegen möchten für eine Entlastung arbeiten. Ich kann die Garantie abgeben, dass es mit uns in einer Regierung keine weitere Belastung für die Steuerzahler geben würde und auch nicht für die, die Arbeitsplätze schaffen in unserem Land. Unsere Position ist hier klar. Viele Bürger dürfen sich eher fragen, in welche Richtung denn die Grünen streben. Frau Baerbock sollte deshalb im Wahlkampf die Frage beantworten, ob sie sich von der Linkspartei zur Kanzlerin wählen lassen würde.

Bild am Sonntag – 09.05.2021

..(A) Negatives Koalitionssi
Ampelkoalition

..(A) Negatives Koalitionssi
Ampelkoalition

1 **Herr Lindner, bei der Wahl 2017 lag die FDP noch vor den Grünen. Inzwischen sind die auf Platz 1 geschossen. Trauen Sie Annalena Baerbock das Kanzleramt zu?**

2 **Lindner:** Ich kann die teilweise geäußerte Hämne nicht verstehen. Wenn eine Angehörige meiner Generation sich das zutraut, ist das spannend. Allerdings sollte Frau Baerbock nun die wolkigen Worte durch klare Ansagen ersetzen, damit man den Führungsanspruch prüfen kann.

3 **Was erwarten Sie von ihr?**

4 **Lindner:** Frau Baerbock sollte sagen, ob sie sich auch von der Linkspartei ins Kanzleramt wählen lassen würde. Dann können die Menschen beurteilen, ob sie diesen Linksruck Deutschlands wirklich wollen. Und sie sollte sagen, wo überall Freiheit durch Verbot ersetzt werden soll.

5 **Würden Sie in eine Regierung Baerbock eintreten?**

6 **Lindner:** Über Koalitionen entscheiden wir nach Inhalten. Wir schließen jegliche Steuererhöhungen aus. Grüne, SPD und Linkspartei wollen dagegen breitflächige Steuererhöhungen.

7 **Die Grünen wollen nach eigenen Aussagen die Top-Verdiener stärker zur Kasse bitten, nicht die breite Masse.**

8 **Lindner:** Das sind Worte der Tarnung. Betroffen wären die Familienbetriebe des Mittelstands und die Fachkräfte, von deren Fleiß und Einfallsreichtum wir alle profitieren.

9 **Also gibt es mit der FDP auch keine Erhöhung des Spitzensteuersatzes oder Reichensteuer?**

10 **Lindner:** Wir sind im weltweiten Vergleich schon ein Hochsteuer-Standort. Wenn man Steuern erhöhen will, dann bitte für Google, Apple, Amazon und Facebook, die ihren fairen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten müssen. Alles andere halte ich nach einer Wirtschaftskrise für Gift.

11 **Heißt: keine Ampel-Koalition mit einer Steuererhöhung?**

12 **Lindner:** Wir wollen, dass Deutschland nach Corona aufholt. Für die nächste Krise müssen wieder Reserven aufgebaut werden. Es müssen neue Arbeitsplätze für diejenigen geschaffen werden, die ihren in der Krise verloren haben. Die Wirtschaft muss in neue Technologien investieren, um Klimaschutz zu einem Wachstumsthema zu machen. Das Aufstiegsversprechen muss erneuert werden, inklusive des Traums von der eigenen Wohnung auch für Normalverdiener. Das alles würde verhindert, wenn der Staat den Menschen noch mehr abnimmt als bisher. Im Gegenteil, wir werden für Entlastung arbeiten.

13 **Was ist Ihr Wahlziel?**

14 **Lindner:** Wir wollen Schwarz-Grün und Grün-Rot-Rot verhindern. Die FDP muss dafür zweistellig werden. Wir wollen dafür sorgen, dass Deutschland weiter aus der Mitte regiert wird.

15 **Schwarz-Grün ist für Sie nicht Mitte?**

16 **Lindner:** Nein. Bei der Union ist einiges ins Rutschen gekommen. Die Flüchtlingspolitik von Angela Merkel war grün. Friedrich Merz hat neulich Steuererhöhungen nicht ausgeschlossen. Armin Laschet hat diese Woche die Idee der grünen Partei aufgegriffen, die Schuldenbremse des Grundgesetzes mit einem Schuldentopf neben dem Staatshaushalt zu umgehen. Markus Söder sprach vor einiger Zeit noch von Asyltourismus, jetzt kann es nicht grün genug sein. CDU und CSU lassen sich von den Grünen nach links treiben, die politische Mitte wird geräumt. Das ist eine große Verantwortung für uns.

17 **Aber wer FDP wählt, weiß auch nicht, woran er ist: Er kann einen Kanzler Laschet kriegen, eine Kanzlerin Baerbock oder einen Kanzler Scholz.**

Ämter

Jamaikakoalition

..(J) Positives Koalitions

18 **Lindner:** Im Gegenteil weiß man bei uns genau, woran man ist. Wir haben 2017 bewiesen, dass wir im Zweifel auf Ministerposten verzichten, wenn wir unser Wort brechen müssten. Andererseits haben wir mit Armin Laschet und der CDU 2017 in NRW auch schnell eine Regierung gebildet, weil wir in der Sache gut übereingekommen sind.

19 **Schleswig-Holstein öffnet seine Hotels, Restaurants und Campingplätze für Touristen. Richtig so?**

20 **Lindner:** Schleswig-Holsteins Öffnungsstrategie ist ein Modell für ganz Deutschland. Es ist höchste Zeit, dass Geimpfte, Genesene und tagesaktuell getestete Menschen wieder mehr Freiheiten bekommen. Mit Hygienekonzepten sollten Handel, Gastronomie, Hotellerie, Kultur- und Sporteinrichtungen außerhalb der Hotspots jetzt ihre Türen für Kunden und Gäste aufmachen dürfen.

21 **Kritiker warnen vor den Risiken: Zwei Drittel der Deutschen haben noch gar keine Impfung erhalten, 90 Prozent haben noch keinen vollständigen Impfschutz.**

22 **Lindner:** Ja, deshalb ist weiter Vorsicht angezeigt. Aber die Betriebe haben Vertrauen verdient. Außerdem können wir das Impftempo weiter steigern. Es gibt immer noch Millionen unverimpfte Dosen, die beispielsweise für die zweite Impfung zurückgelegt sind. Diese sollten wir in den nächsten Wochen über die niedergelassenen Ärzte alle nutzen. Gleichzeitig sollten wir den Zeitpunkt zwischen erster und zweiter Impfung maximal strecken.

23 **Muss man dafür die Impfpriorisierung aufgeben?**

24 **Lindner:** Ich sehe sie als Orientierungshilfe. Die Ärzte sollen pragmatisch impfen. Ehepaare etwa sollten gemeinsam geimpft werden können.

25 **Rechnen Sie noch mit einem digitalen Impfpass vor Sommerbeginn?**

26 **Lindner:** Der fälschungssichere digitale Impfpass ist überfällig und ein Beispiel, dass wir dringend ein spezielles Digitalministerium in der Bundesregierung brauchen. Schon letztes Frühjahr war klar, dass wir einen digitalen Impfnachweis brauchen werden.

27 **Ist der Gesundheitsminister schuld?**

28 **Lindner:** Ich bin kein Freund von Schuldzuweisungen. Die Menschen können sich selbst ein Urteil bilden. Deutschland sollte jedenfalls öfter Anregungen bei Nachbarländern holen, als weiter nach einer „Bundesgoldrand-Lösung“ zu suchen.

Inhalte

Handelsblatt – 11.05.2021

..(A) Negatives Koalitionssi

Ampelkoalition



- 1 **Der erste Satz des Entwurfs des FDP-Wahlprogramms lautet: „Wie es ist, darf es nicht bleiben“ Ist es so schlimm in Deutschland?**
- 2 **Lindner:** Teils verpassen wir Chancen, teils gleicht das Land einem Sanierungsfall. Die Wirtschaftskraft wurde vor der Pandemie nicht gepflegt, sondern verbraucht. Jetzt sind alle Reserven weg. Das Bildungssystem ist rückständig, das Sozialsystem nicht nachhaltig. Die Integration vieler Einwanderer ist noch eine Aufgabe. Wichtige Infrastruktur für die Digitalisierung und den Ausbau erneuerbarer Energien fehlt. Veränderung tut not.
- 3 **CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet verspricht ein „Modernisierungsjahrzehnt“, Olaf Scholz kündigt für die SPD eine „Zukunftsregierung“ mitsamt Investitionsoffensive an. Das Thema besetzen also schon andere.**
- 4 **Lindner:** Deren Glaubwürdigkeit nach vielen Regierungsjahren werden die Menschen einschätzen. Es wird Veränderungen geben, das ist klar. Die Frage ist, welche Richtung wir einschlagen. Die einen wollen über den Staat dirigieren, besteuern, subventionieren oder verbieten; unsere Alternative ist, über den Staat einen Rahmen zu setzen, aber ansonsten auf die Freiheit zu vertrauen und die private Initiative wie den Erfindergeist zu mobilisieren.
- 5 **Grünen-Chefin Annalena Baerbock dringt in das FDP-Revier ein: Sie tritt beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) oder beim Familienunternehmerstag auf, und kommt dort sogar recht gut an. Wie sehr wurmt Sie das?**
- 6 **Lindner:** Wir scheuen den Wettbewerb der Ideen nicht, aber Ihre Beobachtung scheint mir nicht aktuell. Der BDI hat das Wahlprogramm der Grünen kommentiert mit den Worten „viel Schatten, wenig Licht“. Und die Familienunternehmer haben gerade sogar eine Kampagne gegen die grüne Steuerpolitik beschlossen.
- 7 **Gerade für jüngere Unternehmer sind die Grünen kein Schreckgespenst mehr. Unter Startups haben sie inzwischen mehr Anhänger als die FDP – dabei müsste das doch ein Heimspiel für Sie sein.**
- 8 **Lindner:** Auch Gründerinnen und Gründer sind divers und haben unterschiedliche Wertvorstellungen und wirtschaftliche Interessen. Warten wir den Vergleich der Wahlprogramme ab. Mit unseren Ideen für mehr Wachstumskapital, Technologiefreundlichkeit, einer gezielten Einwanderungspolitik und Abbau von Bürokratie haben wir ein Angebot gemacht.
- 9 **Die FDP fordert einen „Entfesselungspakt“ für die Wirtschaft. Wie soll der aussehen?**
- 10 **Lindner:** Der öffentliche wie der private Sektor müssen von der bürokratischen Selbstfesselung befreit werden. Wenn wir Deutschland neu bauen wollen, müssen wir an vielen Punkten ansetzen, von der Handhabbarkeit des Steuerrechts oder des Datenschutzes über Dokumentationsverpflichtungen und Beauftragte bis zur Bauordnung und vor allem dem Planungs- und Genehmigungsrecht.
- 11 **Braucht Deutschland auch eine Staatsreform, um das Zuständigkeitsdickicht des Föderalismus zu lichten?**
- 12 **Lindner:** Ich gehe davon aus, dass dazu eine Kommission von Bund und Ländern eingerichtet wird. Schließlich datiert die letzte Föderalismusreform aus dem Jahr 2009. Die politische Debatte fokussiert sich aber zu stark auf den öffentlichen Sektor: Die neuen Arbeitsplätze in der digitalen Welt entstehen nicht in Behörden, und unsere Klimaziele erreichen wir nicht in Ministerien, sondern durch Innovationskraft.
- 13 **Sie haben einen Investitionspakt für Deutschland angekündigt: Sie wollen die Wirtschaft um 60 Milliarden Euro entlasten, um so 120 Milliarden Euro Investitionen zu mobilisieren. Wie wollen Sie**

sicherstellen, dass aus einem Euro Entlastung tatsächlich zwei Euro an Investitionen werden?

14 **Lindner:** Von links der Mitte höre ich öfters, man müsse Mittelstand und Industrie irgendwie zwingen. Dieses Bild haben wir nicht. Die deutsche Wirtschaft ist längst auf dem Weg zu Digitalisierung und Dekarbonisierung. Wir müssen sie nur machen lassen. Viele würden stärker investieren, wenn man ihnen die Mittel belässt und den Standort Deutschland insgesamt attraktiver macht.

15 **Müssten Sie dann nicht ehrlicherweise von einem Steuersenkungspakt sprechen und nicht von einem Investitionspakt?**

16 **Lindner:** Nein, denn wir würden die reine Entlastung ergänzen um Planungsbeschleunigung, Beseitigung von Technologieverböten und verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten.

17 **Trotzdem: Ist Ihr Hebel von 100 Prozent nicht arg optimistisch?**

18 **Lindner:** Wir stützen uns auf die empirische Wirtschaftsforschung oder Empfehlungen des Kronberger Kreises. Dort geht man teilweise sogar von noch größeren Hebeln aus. Die letzte große Steuerreform, die von Rot-Grün und mit Zustimmung der FDP beschlossen wurde, hat die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands verbessert und Investitionen gestärkt. Natürlich gibt es noch andere Gründe, warum Deutschland bei ausländischen wie inländischen Investitionen zurückgefallen ist: Die Energiekosten sind zu hoch, der Zustand der öffentlichen Infrastruktur verbesserungsbedürftig, qualifizierte Mitarbeiter nicht genügend verfügbar.

19 **Sie wollen zusätzlich die Einkommensteuer für Bürger senken und den Soli komplett abschaffen. Da kommen auf den Bundeshaushalt große Steuerausfälle zu. Wann wollen Sie die schwarze Null wieder einhalten?**

20 **Lindner:** Die schwarze Null ist das Ziel, auf dem Weg dorthin müssen wir baldmöglichst die Schuldenbremse wieder einhalten. Aber zu Beginn des Turnarounds ist ein Defizit für Entlastungen und Investitionen unvermeidlich. Ziel unsere Politik ist es, das Wachstum der Volkswirtschaft zu verstärken, damit sich der Staat aus seinen Schulden befreien kann. Das ist zugleich die wirtschaftliche Grundlage, um soziale und ökologische Ziele zu realisieren. Unsere Mitbewerber von Grünen, SPD und Union konzentrieren sich aus meiner Sicht zu stark auf Konsumausgaben, die uns keine zusätzliche Dynamik bringen.

21 **Schließen Sie Steuererhöhungen nach der Wahl aus?**

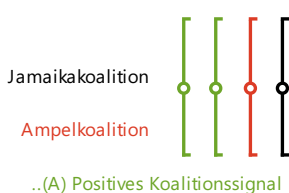
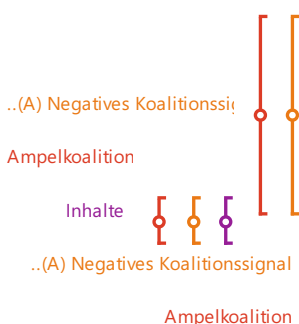
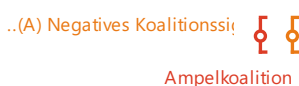
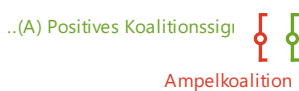
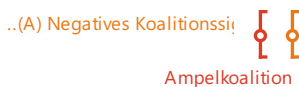
22 **Lindner:** Ja.

23 **Die Union ist da weniger rigoros. Selbst Friedrich Merz sagt, es brauche erstmal einen Kassensturz nach der Corona-Pandemie.**

24 **Lindner:** Das zeigt die Unterschiede: Grüne, SPD und Linkspartei plädieren für mehr Steuern, übrigens in der Einkommensteuer bereits für Familienbetriebe und die qualifizierte Fachkraft. Mit diesen Steuern sollen dann zusätzliche Sozialtransfers bezahlt werden. Andersherum wäre richtig: Erst durch zusätzliche Dynamik in der Wirtschaft die Voraussetzungen schaffen, dass danach nachhaltig finanziert über neue Staatsaufgaben gesprochen werden kann. Für die FDP kann ich daher sagen: Mit uns gibt es keine Erhöhung der Steuerlast.

25 **Ist das also eine rote Linie in möglichen Koalitionsverhandlungen?**

26 **Lindner:** Mit Ausnahme von Google, Apple, Amazon und Facebook. Die können einen höheren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Davon abgesehen kenne ich niemanden, der zu wenig Steuern zahlt. Jede Partei muss kompromissbereit sein, aber jede Partei hat auch Grenzen, die man respektieren muss. Wenn Steuererhöhungen bei Grünen, SPD und CDU kein Selbstzweck sein sollten, worüber ich mir nicht immer klar bin, wird man sich einigen können.



27 **Das Verfassungsgericht hat die Politik verdonnert, den Klimaschutz nicht auf die lange Bank zu schieben. Sie aber warnen, auch die heutige Generation dürfe nicht unverhältnismäßig belastet werden. Welcher CO2-Preis ist denn für Sie unverhältnismäßig?**

28 **Lindner:** Die Frage kann ich nicht beantworten, da wir eine andere Strategie empfehlen. Wir brauchen einen marktwirtschaftlichen Prozess, bei dem sich die günstigsten und effektivsten Formen der CO2-Einsparung durchsetzen.

29 **Der Markt braucht aber Preissignale. Wäre es unverhältnismäßig, den CO2-Preis schon ab 2022 auf 45 Euro pro Tonne steigen zu lassen, so wie es die CSU vorschlägt?**

30 **Lindner:** Der CO2-Preis für Energie und Industrie liegt bei 50 Euro. Was soll überhaupt der Sinn der Erhöhung sein?

31 **Einen Anreiz zu schaffen, klimaschädlichen Energieverbrauch einzusparen.**

32 **Lindner:** Das funktioniert nur teilweise. Die verkappte CO2-Steuer in Deutschland lebt vom Prinzip Hoffnung, dass höherer Preis schon zu Vermeidung führt. Bei der rot-grünen Ökosteuer ist das gescheitert. Denn die Menschen sind nicht weniger Auto gefahren, am Ende blieb eine neue Einnahmequelle für den Staat. Deshalb kommen dann zum Beispiel Technologieverbote und Subventionen oben drauf. Das macht alles ineffizient. Wir schlagen daher ein CO2-Limit für Deutschland vor, das über einen marktwirtschaftlichen Handelsmechanismus auf die unterschiedlichen Sektoren aufgeteilt wird. Die CO2-Einsparung ist garantiert. Aber zugleich lösen wir die Investitionsbremsen bei der Genehmigung von Infrastruktur und wir erlauben uns eine offene Debatte über Technologien wie der Speicherung von CO2, Wasserstoff und synthetischen Flüssigtreibstoffen.

33 **Ist eine Nachbesserung des Klimaschutzgesetzes vor der Bundestagswahl noch realistisch?**

34 **Lindner:** Ein Klimakonsens wäre sinnvoll. Wir hätten berechenbare Rahmenbedingungen, statt nach jedem Regierungswechsel Änderungen vorzunehmen. Es ist bedauerlich, dass die Große Koalition einen Schnellschuss vorzieht und dass die Grünen erklärt haben, ohnehin jedes Paket aufschnüren zu wollen.

35 **Sie schreiben im Programm: „Fortschritt geht nur nach vorne durch die Mitte“. Wenn die FDP die Mitte ist, wo verorten Sie dann die anderen Parteien?**

36 **Lindner:** Die Grünen beschreiben sich selbst als links. Vom Mietendeckel bis hin zur Debatte, ob das Wort Deutschland aus dem Programm gestrichen werden soll, sieht man das auch. Leider lässt sich auch die Union von den Grünen treiben.

37 **Sie sehen die Union als eine Partei links der Mitte?**

38 **Lindner:** Ich beschreibe nur Inhalte. Die Flüchtlingspolitik von Angela Merkel war grün. Friedrich Merz schließt Steuererhöhungen nicht aus. Armin Laschet will einen Fonds neben dem Bundeshaushalt, der zusätzliche Schulden aufnehmen kann. Das passt nicht zu Schuldenbremse und Maastricht-Vertrag, aber auch nicht zur bisherigen Politik der Union.

39 **Wenn Sie sich nach der Bundestagswahl auf Koalitionsverhandlungen einlassen, müssen Sie auch springen. Noch ein Rückzieher wie 2017 wäre kaum zu vermitteln, schon damals war die Kritik massiv. Sind Sie zum Regieren gezwungen?**

40 **Lindner:** Es ist ein Missverständnis, dass wir nicht gerne regieren. Schon 2017 war es auch für mich kein leichter Entschluss, auf das Amt des Finanzministers zu verzichten. Dieses Mal sieht es mit neuen Persönlichkeiten und in anderer Lage besser aus. Klar ist aber, dass man sich weiter auf uns verlassen kann. Es wäre eine schlechte Pointe, wenn wir uns 2017 mutig

..(A) Negatives Koalitionssig
Ampelkoalition

Inhalte

..(J) Negatives Koalitionssig
Jamaikakoalition

Ämter

Ämter

Ämter



gegen den Eintritt in eine Regierung entscheiden, um dann vier Jahre später doch für Ministerposten und Dienstwagen alle Überzeugungen zu verraten.

Focus Online – 04.06.2021

1 **Die CDU hat mit Armin Laschet stark verloren, die SPD ist abgeschlagen. Ist die FDP die letzte Partei der Mitte?**

2 **Lindner:** Vielleicht sind wir die einzige Partei, die die Werte der so genannten Mitte noch vertritt.

3 **Was bedeutet Mitte denn für Sie?**

4 **Lindner:** Für mich ist das die Betonung von Freiheit und Toleranz, der Vorrang privaten Handelns und der Respekt vor Eigentum wie Leistung eines jeden.

5 **Und das hat die CDU verlernt?**

6 **Lindner:** Friedrich Merz denkt öffentlich über Steuererhöhungen nach. Armin Laschet hat von den Grünen die Idee von Schuldentöpfen neben dem Staatshaushalt adoptiert. Und der CDU-Ostbeauftragte lässt sich mit pauschalen Herabwürdigungen der Ostdeutschen zitieren. Ich sage freundlich: die CDU ist auf Orientierungssuche.

7 **Und dann bleibt nur die FDP? Manch einer behauptet ja, die Grünen seien die neue Mitte.**

8 **Lindner:** Die Grünen erklären selbst, sie seien eine linke Partei. Deshalb haben wir eine große Verantwortung, den Wählerinnen und Wählern der Mitte ein gutes Angebot zu machen.

9 **Annalena Baerbock sagt über die Grünen, sie seien so verrückt wie ein Bausparvertrag...**

10 **Lindner:** Die Grünen vergleichen sich mit Bausparverträgen. Olaf Scholz erklärt, seine Rücklagen lägen auf dem Sparbuch. Das sagt zunächst ganz viel darüber aus, wie aktuell die wirtschaftliche Kompetenz dieser Parteien ist. Jenseits der Metapher von Frau Baerbock werden sich die Menschen die konkreten Vorschläge ansehen. Ein Bausparvertrag ist nicht mehr so gut verzinst wie früher, aber im Unterschied zum Programm der Grünen kommt immerhin noch etwas Positives dabei raus. Das kann man bei den ganzen Steuererhöhungen, Umverteilungen, Verboten und Enteignungen im Programmentwurf der Grünen nicht sagen.

11 **Nennen Sie doch einmal die fünf Alleinstellungsmerkmale der FDP.**

12 **Lindner:** Keine Partei war so sensibel bei der Einschränkung von Bürgerrechten während der Pandemie wie die FDP. Ausgangssperren haben wir immer für unverhältnismäßig und ungeeignet gehalten. Wir verstehen auch nicht unter sozialer Gerechtigkeit die Einführung eines Grundeinkommens wie die Grünen, das ja am Ende auch die Menschen bezahlen müssen, die vielleicht wenig verdienen, aber Steuern bezahlen. Wir stehen für Aufstieg durch Bildung und wollen deshalb in die Stadtteile mit besonderem Förderbedarf auch besonders viele Pädagogen schicken. Als einzige Partei schließen wir Steuererhöhungen für die Beschäftigten aus und für diejenigen, die Verantwortung tragen für Jobs. Wir halten den Klimaschutz für eine Menschheitsaufgabe, wollen den Menschen aber nicht vorschreiben, wie sie ihr Leben zu führen haben. Der US-Klimabeauftragte John Kerry spricht von der Dekarbonisierung als einer technologischen Aufgabe, mit der ein neuer globaler Wachstumszyklus eingeleitet wird. Das ist begeisternd. So sehen wir das auch. Und wir sind für eine offene Gesellschaft, die mit Meinungsvielfalt tolerant umgeht, die Positionen nicht cancelt, schon gar nicht an Universitäten.

13 **Die Grünen wollen die Einwanderung offensiv fördern, auch über das Asylrecht. Würde die FDP hier mitgehen?**

14 **Lindner:** Irgendwie würde ich lieber über die Ideen der FDP sprechen, wie wir Deutschland moderner, digitaler und freier machen. Aber ich sage Ihnen auch gerne etwas dazu. Das Einwanderungskonzept der Grünen überzeugt mich nicht. Das war 2017 auch einer der vielen Gründe, warum Jamaika nicht zustande kam. Die Grünen wollen ungesteuerte Einwanderung erleichtern und



gleichzeitig die Sozialtransfers deutlich ausbauen. Das schafft einen falschen Anreiz. Deshalb plädiere ich für ein anderes Konzept. Wir sind ein Einwanderungsland. Wir brauchen fleißige Hände und kluge Köpfe, die nach Deutschland kommen. Und wir haben eine humanitäre Verpflichtung beispielsweise für politisch Verfolgte, etwa den von Lukaschenko gekidnappten Blogger Roman Protassewitsch. Wir müssen jedoch klar unterscheiden, ob wir Menschen in unseren Arbeitsmarkt einladen oder ob wir solidarisch sind, weil jemand bedürftig ist. Oder ob jemand weder qualifiziert noch bedroht ist, weshalb eine Einwanderung dann versagt werden kann.

15 **Brauchen wir eine Obergrenze für Einwanderung?**

16 **Lindner:** Das ist das Vokabular der CSU vor der Wende von Markus Söder. Wenn es nach der FDP geht, brauchen wir Kontrolle einerseits und einen Anreiz für qualifizierte Einwanderung andererseits. Wir haben schließlich einen großen Fachkräftemangel. Die Wahrheit aber ist: Im Moment sind wir unattraktiv für Einwanderer, für Menschen, die sich etwas aufbauen wollen. Kein Staat, außer Belgien, knöpft einer Facharbeiterin oder einem Krankenpfleger über die Steuern so viel Geld ab wie Deutschland. Unser Staat macht es ihnen damit unendlich schwer, im Leben voranzukommen. Unser Bildungssystem ist nicht wettbewerbsfähig. Wer auswandert, überlegt sich doch drei Mal, ob er mit seinen Kindern nach Deutschland kommt. Und wer sieht, dass die AfD Wahlerfolge erzielt, der fragt sich doch: Ist das wirklich die tolerante Gesellschaft, in die ich mit meiner Familie einwandern will? Diese Debatte müssen wir führen. Ein Land nämlich, das für fleißige Hände und kluge Köpfe der Welt attraktiv ist, das ist auch lebenswert für die, die schon lange hier leben.

17 **Grüne und CSU wollen eine Solardach-Pflicht für Neubauten – halten sie das für sinnvoll?**

18 **Lindner:** In Deutschland wird das Bauen immer teurer, für viele Menschen ist das Eigenheim zu einem unerfüllbaren Wunsch geworden. Und der Haupt-Preistreiber ist der Staat. Deshalb sollten wir mit verpflichtenden Solardächern erst einmal auf öffentlichen Gebäuden anfangen.

19 **Städte wie Amsterdam lassen schon ab 2025 keine Verbrenner-Autos mehr herein. Wäre das nicht zeitgemäß auch für deutsche Städte?**

20 **Lindner:** Das erklären Sie mal einer Altenpflegerin, die täglich mit ihrem kleinen Auto vom Land in die Stadt fährt, um älteren Menschen zu helfen. Besser als dieses Verbot wäre es, Anreize zu schaffen, CO₂ zu sparen. Wer CO₂ ausstößt, kauft sich dafür einen Erlaubnisschein. Den Handel mit CO₂-Erlaubnisscheinen sollten wir ergänzen um eine Klimadividende: Was der Staat einnimmt, gibt er als Scheck über das Finanzamt an seine Bürger zurück. Im Übrigen kann auch der alte VW Golf mit synthetischen Kraftstoffen klimafreundlich gefahren werden. Das müssen wir nur auch politisch zulassen und nicht einseitig bloß auf den batterieelektrischen Antrieb setzen.

21 **Hat das Corona-Management die Blaupause geliefert für die Klimarettung, nach dem Motto: man hat ja gesehen was alles geht, wenn nur die Not groß genug ist?**

22 **Lindner:** Wer das will, sollte es in den nächsten 120 Tagen bitte laut sagen, damit die Bürgerinnen und Bürger am 26. September darüber abstimmen können. Die Pandemiepolitik ist keine Blaupause, sondern ein abschreckendes Beispiel. Ältere Menschen wurden isoliert, Kinder konnten nicht in die Schule gehen, Frauen wurden in ihrem Bemühen um Gleichstellung um Jahre zurückgeworfen, es standen Arbeitsplätze auf dem Spiel – es kam zu enormen sozialen Härten. Das darf bei der Klimapolitik nicht passieren. Es geht auch anders.

23 **Haben Sie ein Beispiel dafür?**

24 **Lindner:** Zwei große deutsche Konzerne schlagen nun vor, den größten Energieverbraucher Deutschlands, einen Chemiapark in Rheinland-Pfalz, klimaneutral zu machen. Und zwar, indem sie vor der Küste, ohne öffentliches

Geld dafür zu wollen, Windkraft produzieren. Das Einzige, was sie sich wünschen, sind schnelle Genehmigungen und, dass die Fläche, die sie dafür brauchen, nicht erst nach 2030 zur Verfügung gestellt wird. Wem es ums Klima geht, der muss diese Wünsche erfüllen. Ein weiteres Beispiel: Airbus arbeitet an einem Null-Emissions-Flugzeug, das es ab 2035 geben soll. Mit Wasserstoff CO₂-neutrale Flüge zu ermöglichen, kann uns das Reisen auch in Zukunft ermöglichen – und das ohne einseitig nur auf teure neue Bahnstrecken setzen zu müssen.

25 **Wäre das Gegenstück zu einer Frauenquote in DAX-Vorständen eine Quote für Männer an Supermarkt-Kassen oder in Care-Berufen?**

26 **Lindner:** Nein, aber mich besorgt, dass wir immer noch klassische Frauen- und Männerberufe haben. Das ist doch aus der Zeit gefallen und eine der großen Aufgaben unseres Bildungssystems. Mädchen können genauso Ingenieure werden, wie Jungs. Auf der anderen Seite muss jungen Männern nahegelegt werden, dass ein Job in sozialen Berufen, wie der Altenpflege zum großen persönlichen Gewinn werden kann.

27 **Spricht die FDP denn gerne über Soziales?**

28 **Lindner:** Enorm gerne sogar. Wir verstehen unter „Soziales“ aber nicht die große Umverteilung in unserem Land. Wir verstehen darunter die Realisierung von mehr Chancen für mehr Menschen. Für uns heißt Sozialpolitik vor allem Familien- und Bildungspolitik.

29 **Also Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche?**

30 **Lindner:** Nein, das gilt für alle Altersgruppen. Wir brauchen auch mehr Gerechtigkeit am Arbeitsmarkt. Ich halte es für skandalös, dass der wahre Spitzensteuersatz in Deutschland 80 Prozent beträgt. Das ist nämlich das, was einem Hartz-IV-Empfänger abgezogen wird, wenn er mehr als 100 Euro im Minijob nebenbei verdient. So schaffen wir keine Anreize für die Menschen zurück in den Arbeitsmarkt zu finden.

31 **Was ist mit Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungen? Die Steuern in den kommenden Jahren auf riesige Defizite zu. Sie versprechen keine Steuererhöhungen. Gilt das auch für die Sozialversicherungsbeiträge?**

32 **Lindner:** Die von der CDU-geführten Regierungen haben in der Tat riesige Versprechungen und Standards während der Boom-Jahre beschlossen, die nicht nachhaltig finanziert sind. Viele Grüße an Jens Spahn, der seiner Generation da keinen guten Dienst erwiesen hat. Da kommt ein großer Kraftakt in der alternden Gesellschaft auf uns alle zu. Unser Ziel muss aber sein, dass die Quote von 40 Prozent nicht überschritten wird. Sonst würden wir damit die Geringverdiener belasten, die zwar wenig Lohnsteuer zahlen, aber immer die vollen Sozialabgaben tragen. Außerdem würde das den Faktor Arbeit in Deutschland verteuern und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit einschränken.

33 **Wie sollen die finanziellen Löcher dann gestopft werden, wenn nicht über Leistungseinkürzungen?**

34 **Lindner:** Wie bisher tritt ja der Staatshaushalt mit Steuermitteln ein. Das geht aber nicht bis in alle Ewigkeit mit steigendem Volumen. Mein Rat: Wir sollten zunächst auf zusätzlichen Staatskonsum, auf immer weitere Leistungen, Standards und Versprechungen verzichten, bis wir die bisherigen Verpflichtungen des Sozialstaats nachhaltig und ohne Überlastung der Enkel-Generationen finanziert haben. Das müsste leistbar sein, weil auch unser bisheriges Niveau weltweit zur Spitze zählt.

35 **Hilft es, wenn die Menschen länger arbeiten?**

36 **Lindner:** Viele wollen länger arbeiten. Nicht jeder kann es. Eine Individualisierung der Lebensarbeitszeit kann hier ein kluges Mittel sein. Beispielsweise könnten die Menschen je nach Beruf früher in Rente gehen, aber dafür neben der Rente noch ohne Abschläge in Teilzeit etwas verdienen.

Jamaika Koalition

..(J) Negatives Koalitionssig

Inhalte

37

Thema Steuererhöhungen: Sie haben auf dem Parteitag ziemlich klar gemacht: Mit der FDP gibt es keine höhere Belastung der Einkommen der Beschäftigten. Bedeutet das auch, dass die FDP keine Koalition, die Steuern auf Einkommen und für Unternehmen erhöht, eingehen wird?

38

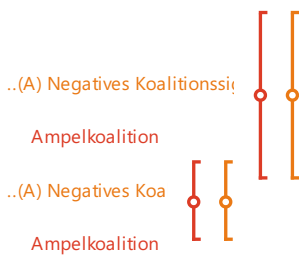
Lindner: Es steht jeder Partei im Wahlkampf frei, für das zu werben, was sie für richtig hält. Nach der Wahl werden dann Mehrheiten gebildet. Wenn jemand unsere Partei zu einer Mehrheitsbildung einlädt, dann muss jeder wissen, was mit der FDP geht, was die FDP will, wo wir kompromissfähig sind und wo nicht.

39

Heißt: Die FDP hält ihr Wahlversprechen auch in möglichen Sondierungsgesprächen und lässt sich in keinem Szenario auf Steuererhöhungen ein? Auch nicht, wenn Grüne und SPD zu einer Ampel-Koalition einladen?

40

Lindner: Auf unser Wort ist Verlass. Wer das nicht glaubt, kann Frau Merkel nach den Erfahrungen der Jamaika-Sondierungen von 2017 befragen. Ich halte aber generell Formen der Ampel für ein höchst unwahrscheinliches Gesprächsformat nach der Wahl. Das ist ein Ablenkungsmanöver für Grün-Rot-Rot. Frau Baerbock sagt dazu ja nichts Klares. Ansonsten gehe ich davon aus, dass Grüne und SPD diese schädliche Symbolforderung gegenüber der FDP gar nicht erst erheben würden. Nach einer Wirtschaftskrise sollte man die Menschen nicht zusätzlich belasten, sondern private Investitionen und die Bildung von neuen Rücklagen eher stärken. Wir müssen doch dafür sorgen, dass die Wirtschaft neue Technologie für den Klimaschutz bezahlen kann und dass neue Jobs entstehen.

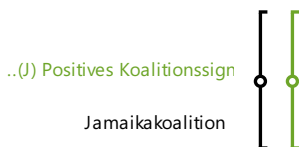


41

Was kann Armin Laschet, was Markus Söder nicht kann?

42

Lindner: Ich vergleiche die beiden nicht. Armin Laschet ist ein Integrator und hat bewiesen, dass er für eine faire Zusammenarbeit sorgen kann. Sowohl in einer Koalition als auch zwischen den unterschiedlichen Strömungen in einer Partei. Außerdem muss man bei Armin Laschet nicht mit 180-Grad-Wenden rechnen. Ich schätze ihn als Verhandlungspartner.



43

Braucht der Langweiler Laschet einen FDP-Turbo?

44

Lindner: Armin Laschet ist kein Langweiler. Das mit dem Turbo stimmt aber trotzdem.



45

Bis zum September kann sich noch einiges tun. Sonntag ist zunächst die Wahl in Sachsen-Anhalt. Für die FDP könnte es nach zehn Jahren außerparlamentarischer Opposition dieses Mal nicht nur für den Landtag, sondern gleich für die Regierung reichen. Lydia Hüskens spricht von einer Alternative zur AfD. Was meint sie damit?

46

Lindner: Es gibt einen harten Kern von AfD-Unterstützern, die anti-liberal sind, Ressentiments schüren und völkische wie rassistische Ideen vertreten. Die kann man nur bekämpfen. Ich weiß aber aus vielen Gesprächen mit Menschen aus Ostdeutschland, dass es auch viele Menschen gibt, die heimatlos geworden sind.

47

Was meinen Sie mit heimatlos?

48

Lindner: Das sind Menschen, die die Freiheitseinschränkungen während der Pandemie beklagt haben, die unter Bürokratismus ächzen oder sich fragen, warum der Staat bei wesentlichen Themen wie Infrastruktur und Sicherheit nicht so handlungsfähig ist, wie er sein müsste. Es sind Menschen, die Probleme bei der Integration beobachten und aber nicht erkennen, dass über diese Fragen in der Alltagspolitik diskutiert wird. Diese Menschen sehen dann ihr Heil darin, die AfD zu wählen.

49

Sie sind gerade auf dem Weg nach Sachsen-Anhalt. Was sagen Sie denen, wenn Sie gleich auf dem Marktplatz stehen?

50

Lindner: Man sollte nicht die Partei von Björn Höcke stärken, sondern die Partei von Hans-Dietrich Genscher. Der Austritt aus der Europäischen Union

oder Ressentiments gegenüber Minderheiten und anderen Kulturen schadet nicht nur der Liberalität, sondern auch der wirtschaftlichen Entwicklung in ihrem Bundesland.

51 **Können Sie sich erklären, warum die AfD gerade dort so stark ist?**

52 **Lindner:** Wir sollten uns im politischen Berlin hüten, herablassend auf Ostdeutschland zu schauen. Dort hat es oft genug Vernachlässigungen des ländlichen Raums gegeben. Die wirtschaftlichen Perspektiven sind längst nicht so, wie sie sein sollten. Natürlich gibt es einen eingemauerten Teil an AfD-Wählern, die wir nicht mehr erreichen. Aber es so zu machen wie Herr Wanderwitz von der CDU und einen großen Teil der ostdeutschen Bevölkerung einfach aufzugeben, halte ich für falsch. Man muss die Diskussion mit den Menschen suchen und ihnen Alternativen zur AfD bieten.

53 **Ist Reiner Haseloff ein guter Ministerpräsident?**

54 **Lindner:** Reiner Haseloff hat sinngemäß gesagt, dass in der Politik Charakter und Überzeugung keine Rolle spielen, sondern Umfragen. Ich finde, es ist genau umgekehrt.

55 **Dementsprechend ein schwieriger Koalitionspartner für die FDP?**

56 **Lindner:** Es gibt niemals einfache Koalitionspartner.

57 **Teile der CDU beklagen, die Kenia-Koalition mit SPD und Grünen zwingt die CDU zu linker Politik und stärkt so die AfD. Was sagen Sie dazu?**

58 **Lindner:** In Sachsen-Anhalt könnte es jetzt ein Modell geben, in dem die Union stärkste Partei ist und die FDP die Grünen als Koalitionspartner ersetzt. Ich habe den Eindruck, das könnte viele Menschen in Sachsen-Anhalt motivieren, uns zu wählen.

59 **Sie selbst haben sich außerordentlich im Wahlkampf, auch vor Ort, engagiert. Könnte Sachsen-Anhalt für die Bundestagswahl wegweisend sein?**

60 **Lindner:** So wichtig ich die Wahl in Sachsen-Anhalt finde, glaube ich nicht, dass das eine Testwahl für den Bund ist.

61 **Damit sind wir wieder bei der Bundestagswahl. Jetzt heißt es oft: Wir würden Angela Merkel noch vermissen? Werden Sie sie auch vermissen?**

62 **Lindner:** Wir haben uns 16 Jahre an Frau Merkel gewöhnt. Das wird für uns alle ein Neuanfang sein. Historiker werden die Verdienste von Frau Merkel beurteilen. Diese Gesamtbilanz ziehe ich aber nicht. Dafür bin ich gar nicht objektiv genug.

63 **Darauf würden wir wetten. Frau Merkel hat die FDP doch im Unterschied zu Armin Laschet nie verstanden.**

64 **Lindner:** Ich weiß nicht, ob nie. Es gab unterschiedliche Phasen. 2005 etwa hat Frau Merkel eine Wahl mit einem sehr liberalen Programm bestritten. Daraus hat sie wohl mitgenommen, dass ein Reformwille auch immer angreifbar macht. Dementsprechend hat sich ihr politisches Handeln verändert.

65 **Drei schnelle Fragen zum Schluss. Wenn die Union endlich ein Wahlprogramm hat, dann prüft die FDP dieses auf...?**

66 **Lindner:** ... den Reformwillen und die Frage, welche klaren Zusagen es enthält und wo es wachweich ist.

67 **Wenn die SPD den Mindestlohn nochmal erhöhen will, dann antworten Sie...?**

68 **Lindner:** ... dass wir am besten das Verfahren bei den unabhängigen Experten einer Kommission lassen. Der Lohn sollte keine Wahlkampffrage





69

sein. Es geht darum, den Menschen Jobs zu verschaffen und nicht der SPD Stimmen.

Wenn die Grünen die Kurzstreckenflüge abschaffen wollen, dann sagen Sie...?

70

Lindner: ... dass wir eher über emissionsarmes Fliegen sprechen sollten, weil man nach Mallorca schlecht laufen kann.

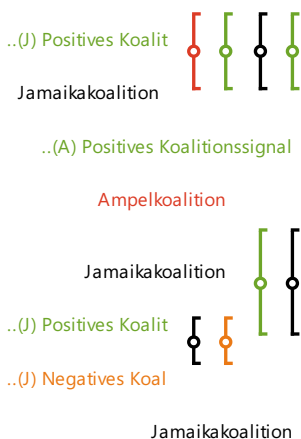
RND – 17.06.2021

1 **Herr Lindner, wie viel Maskenpflicht braucht Deutschland in der aktuellen Lage der Corona-Pandemie noch?**

2 **Lindner:** Im Freien kann man schon länger auf Masken verzichten. Wir haben das vor Wochen angeregt. Der Gesundheitsminister sollte einen Fahrplan aufstellen, unter welchen Bedingungen wo auf Masken verzichtet werden kann. In bestimmten Bereichen, wie in Bussen und Bahnen, wird das Tragen von Masken voraussichtlich länger notwendig sein. In anderen ist es bereits entbehrlich. Viele Freiheitseinschränkungen sind angesichts des veränderten Pandemiegeschehens nicht mehr notwendig. Deshalb begrüßte ich, dass die von der FDP mitgetragene Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ihre Sonderbefugnisse an das Parlament zurückgegeben hat. Die Bundesregierung hat dagegen den Sonderzustand nicht verändert. Das zeigt die Unterschiede bei der Sensibilität für Bürgerrechte und Parlamentsrechte.

3 **Die Grünen haben gerade ihren Parteitag beendet. Die Parteiführung konnte sich gegen eine Flut von Änderungsanträgen mit einer moderateren Linie durchsetzen. Fehlt Ihnen jetzt im Wahlkampf die Angriffsfläche?**

4 **Lindner:** Wir machen keinen Wahlkampf gegen andere Parteien, sondern gegen die Defizite im Land. Wer die Wahl der Grünen in Erwägung zieht, sollte einfach deren Programm lesen. Das ist links genug, um eine gedankliche Verwandtschaft zur Linkspartei zu belegen. Die FDP muss daher so stark werden, dass eine schwarz-grüne und eine grün-rot-rote Mehrheitsbildung gleichermaßen ausgeschlossen sind.



5 **Sehen Sie die Union als Ihren natürlichen Verbündeten?**

6 **Lindner:** Wir sind eigenständig. Die Menschen müssen wissen: Es macht einen großen Unterschied, ob Armin Laschet als schwarz-grüner Kanzler, als Jamaika-Kanzler oder als schwarz-gelber Kanzler regiert. Ich nehme wahr, dass die CDU im Entwurf ihres Wahlprogramms plötzlich davon spricht, Steuererhöhungen ausschließen zu wollen. Die FDP ist also wirksam schon vor der Wahl. Unabhängig davon nehme ich die Union leider insgesamt als zu ambitionslos war, wenn es um die Modernisierung unseres Landes geht.

7 **Lässt sich die FDP beim Thema Steuererhöhungen noch eine Hintertür – oder gibt es definitiv keine Regierung mit Ihnen, die Steuern für Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Land erhöht?**

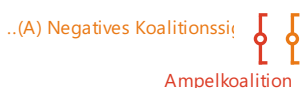
8 **Lindner:** Konzerne wie Google, Apple, Amazon habe ich immer als Ausnahme genannt – sie sollen ihren fairen Beitrag leisten. Ansonsten gilt: Ich sehe im Höchststeuerland Deutschland weder Spielraum noch Notwendigkeit für Steuererhöhungen. Im Gegenteil brauchen wir doch neue Jobs und private Investitionen in Technologie. Neue Belastungen bei Steuern und Bürokratie wären Gift für diese Belebung. Ein stabiles wirtschaftliches Fundament ist die Voraussetzung für alle sozialen und ökologischen Wünsche dieser Gesellschaft. Es ist die Aufgabe der FDP, genau diese Basis zu stärken.

9 **Schließen Sie aus, Annalena Baerbock zur Kanzlerin zu wählen?**

10 **Lindner:** Nach meiner Erwartung wird der Auftrag zur Regierungsbildung an die Union gehen. Der Abstand zu den Grünen ist groß. Aber wer auch immer eine Mehrheit für die Kanzlerwahl sucht, wird inhaltliche Angebote machen. Die würden wir auswerten. Ich hänge dabei nicht der Illusion an, es wäre in einer Ampel leichter, FDP-Inhalte durchzusetzen als unter Führung der Union.

11 **Machen Sie sich, wie CDU-Chef Armin Laschet, Sorgen darum, dass durch die Politik der Grünen der Mallorca-Flug nur noch für die Besserverdienenden möglich sein könnte?**

12 **Lindner:** In Hamburg habe ich mich neulich bei Airbus über den Wasserstoffantrieb informiert, mit dem ab 2035 klimaneutrales Fliegen auf der Kurzstrecke möglich wäre. Die Debatte über Flugreisen und Benzinpreise ist mir daher zu kleinteilig. Es ist kein Selbstzweck, den Menschen das Fliegen, das Auto oder das Einfamilienhaus zu vermiesen. Wir müssen größer denken. Ich sehe in der Entwicklung klimafreundlicher Technologien eine riesige



Chance für die Sicherung von Arbeitsplätzen und unseres Wohlstands. Wir müssen die Debatte darüber führen, wie wir in schnellster Zeit möglichst viel erneuerbare Energie etwa durch Windkraft vor der Küste, wasserstoffbasierte Antriebe und synthetische Kraftstoffe erhalten.

13 **Für den Einzelnen kann der Flug- oder Benzinpreis auf dem Weg hin zu klimafreundlichen Technologien aber sehr wichtig sein. Wie wollen Sie den Wandel sozial abfedern?**

14 **Lindner:** Ihre Frage ist berechtigt, richtet sich aber vor allem an die Grünen, deren Politik Schlagseite in Richtung Verbote und Verteuerung hat. Wir sollten stattdessen durch Ideenwettbewerb und Erfindergeist dafür sorgen, dass die CO₂-Vermeidungskosten pro Tonne möglichst gering sind. Da macht Deutschland derzeit einen schlechten Job. Darüber hinaus fordern wir: Alle Einnahmen, die dem Staat über den Verkauf von CO₂-Erlaubnisscheinen zufließen, müssen pro Kopf an die Menschen ausgezahlt werden. Das nennen wir Klimadividende.

Inhalte

15 **Wie beurteilen Sie den Zustand des deutschen Waldes? Machen Sie sich Sorgen, wenn Sie zwischen kaputten Bäumen spazieren gehen?**

16 **Lindner:** Das ist mein großes Thema, weil ich viel in der Natur unterwegs bin. Deshalb sieht unser Modell für den Klimaschutz vor, nicht nur Preise zu verlangen von denen, die CO₂ ausstoßen, sondern auch Geld auszuzahlen an diejenigen, die etwa durch Aufforstung CO₂ binden. Man kann diesen Mechanismus übrigens schon heute nutzen, um persönlich klimaneutral zu sein.

Inhalte

17 **Was heißt das konkret?**

18 **Lindner:** Das, was beispielsweise ich an CO₂ emittiere, kompensiere ich jedes Jahr, indem ich für die Industrie und Energieunternehmen vorgesehene Klimazertifikate kaufe und diese lösche.

19 **Der Wissenschaftliche Beirat beim Wirtschaftsministerium hat eine Rente mit 68 ins Spiel gebracht, um die Rente in Zeiten des demografischen Wandels finanzierbar zu halten. Braucht es in der nächsten Legislaturperiode auf jeden Fall eine Rentenreform?**

20 **Lindner:** Es ist notwendig, dass wir über die langfristige Entwicklung bei der Rente sprechen. Beim Klima ist es eine Selbstverständlichkeit, bis 2050 zu schauen. Bei der Frage der sozialen Sicherungssysteme weigern sich Union, SPD und Grüne bislang, über das Jahr 2030 hinauszudenken. Wir müssen in der nächsten Legislaturperiode eine Rentenreform anschieben. Dabei brauchen wir aber einfallsreichere Ideen, als einfach nur das Rentenalter anzuheben.

Inhalte

Jamaikakoalition

..() Negatives Koalitionssignal

21 **Nämlich?**

22 **Lindner:** Die FDP schlägt eine nach skandinavischem Vorbild konzipierte gesetzliche Aktienrente vor. Die Anlagen am Kapitalmarkt rentieren sich einfach besser als die vollständig allein umlagefinanzierte Rente. Davon soll jede Rentnerin und jeder Rentner profitieren. Darüber hinaus glaube ich, dass viele Menschen stärker selbst über den Zeitpunkt ihres Rentenbeginns entscheiden wollen. Da müssen wir eine höhere Flexibilität schaffen – und es zugleich attraktiver machen, wenn Menschen neben der Rente noch etwas dazuverdienen wollen.

Inhalte

23 **In Nordrhein-Westfalen haben Sie es 2017 geschafft, ein Zweierbündnis mit der Union zu bilden. Gibt es Lehren aus dem damaligen Wahlkampf, die Sie mit in diese Bundestagswahl nehmen?**

24 **Lindner:** Wir haben einerseits die Themen gute Bildung, wirtschaftliche Vernunft und Digitalisierung nach vorn gestellt. Als Spitzenkandidat damals hat mich sehr gefreut, dass die FDP damit bei Frauen wie Männern gleichermaßen erfolgreich war. Das ist das Ziel auch jetzt. Wir waren andererseits koalitionspolitisch eigenständig, haben aber aus der Sache

Ampelkoalition



..(A) Negatives Koalitionssignal

25

heraus begründet, warum eine Ampel nicht wahrscheinlich ist.

Armin Laschet hat in NRW gezeigt, dass er ein Zweierbündnis führen kann. Wäre er auch für ein Dreierbündnis der geeignete Mann?

Jamaikakoalition



26

..(J) Positives Koalitionssign

Jamaikakoalition

Lindner: Armin Laschet ist ein Integrator. Mit dieser Fähigkeit kann er auch eine funktionierende Koalition im Bund schmieden. Wenn man die CSU berücksichtigt, umfasst eine Jamaika-Koalition ja vier Parteien. Wer gut integrieren kann, braucht aber Partner, die Impulse geben und inhaltlich etwas vorantreiben können. In dieser Rolle sehen wir uns.

..(J) Positives Koalitionssignal

handelsjournal – 22.06.2021

1 **Herr Lindner, viele kleine und mittelständische Handelsunternehmen sind infolge des Lockdowns finanziell ausgezehrt und können notwendige Investitionen, etwa in die Digitalisierung, nicht aus eigener Kraft stemmen. Wie würden Sie als Teil einer künftigen Regierung den Handel unterstützen?**

2 **Lindner:** Zunächst gilt es, alles dafür zu tun, dass sich eine solche Situation nicht wiederholt. Niemand kann ausschließen, dass uns Mutationen des Coronavirus erneut vor die Situation stellen, Freiheit und Gesundheit gegeneinander abwägen zu müssen. Doch dann muss es innovativere Lösungen geben als einen Lockdown. Deshalb bin ich dafür, künftig stärker auf testbasierte Öffnungskonzepte zu vertrauen. Im zweiten Schritt geht es darum, die wirtschaftliche Erholung dauerhaft zu stärken. Alle Überlegungen, die darauf abzielen, die Belastungen mit Bürokratie, Steuern und Abgaben weiter zu erhöhen, sind Gift für diesen Gesundungsprozess. Um wieder wirtschaftliche Dynamik zu entfalten, brauchen wir keine neuen Verteilungsideen, sondern Entlastung, Planungssicherheit und Handlungsfreiheit.

3 **Herr Genth, Mitte Mai hat die FDP ihr Wahlprogramm verabschiedet. Darin geht es unter anderem um Freihandel, Emissionshandel und illegalen Waffenhandel. Der pandemiegebeutelte Einzelhandel kommt ebenso wenig vor wie die sterbenden Innenstädte. Hätten Sie sich gewünscht, dass der Handel als Branche und großer Arbeitgeber stärker berücksichtigt worden wäre?**

4 **Genth:** Aus dem intensiven Dialog, in dem wir in den vergangenen Monaten mit der FDP standen, wissen wir, dass die Partei um die Probleme und Interessen des Handels weiß und viele unserer Positionen teilt. Zudem hat sich gezeigt, dass die FDP in den Bundesländern, in denen sie mitregiert, zu Themen wie Ladenöffnungszeiten, Innenstadtbelebung und Öffnungsstrategien sinnvolle Konzepte vorgelegt hat. Das würde ich mir genauso wünschen, wenn die FDP auf Bundesebene wieder in der Verantwortung stünde.

5 **Lindner:** Unser Programm folgt einem Leitgedanken, der für alle Branchen richtig und vorteilhaft ist: dem bereits angesprochenen Verzicht auf zusätzliche Belastungen. Überdies müssen wir die Preisentwicklung bei den Energiekosten in den Griff bekommen, Arbeitszeiten flexibilisieren und speziell dem Handel verlässliche Sonntagsöffnungen ermöglichen. Zudem treten wir dafür ein, dass die Amazons dieser Welt sich an die Regeln des fairen Wettbewerbs halten und ihren finanziellen Beitrag leisten.

6 **Die Betreiber dominierender Handelsplattformen müssten einer „speziellen Regulierung“ unterworfen werden, heißt es dazu im FDP-Wahlprogramm. Wie müsste diese aus Sicht des deutschen Einzelhandels beschaffen sein, Herr Genth?**

7 **Genth:** Die Plattformen sind das Nadelöhr zum Endverbraucher. Viele stationäre Händler, vor allem kleine und mittelständische, brauchen diese digitalen Marktplätze, um überhaupt wahrgenommen zu werden. Aber im Sinne eines fairen Wettbewerbs muss dort Chancengleichheit herrschen. Noch immer gelangen massenhaft Produkte aus meist asiatischen Drittländern auf den deutschen und europäischen Markt, die nicht verkehrssicher oder gar gesundheitsgefährdend sind und für die keine Mehrwertsteuer abgeführt wird. Für die großen Plattformbetreiber müssten dieselben Haftungsregeln gelten wie für andere Händler auch.

8 **Herr Lindner, das einzige Mal, dass im FDP-Wahlprogramm explizit das Wort „Einzelhandel“ auftaucht, ist im Kontext der Agrarwirtschaft. Dazu heißt es: „Bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen brauchen wir eine marktwirtschaftliche Preisbildung in der gesamten Wertschöpfungskette vom Acker bis zum Einzelhandel. Die fortschreitende Konzentration von Marktmacht schadet dem Wettbewerb.“ Was konkret folgt für Sie aus dieser Feststellung?**

9 **Lindner:** Alle in der Regierungszeit von Frau Merkel gegebenen

Ministererlaubnisse, die zu einer weiteren Anbieterkonzentration im Lebensmitteleinzelhandel führten, habe ich als ordnungspolitische Fehler betrachtet. Nun aber müssen wir mit dieser Realität umgehen. Wir sollten daher die Erzeuger unterstützen, ebenfalls Gemeinschaften zu bilden, um mit den großen Handelsketten auf Augenhöhe verhandeln zu können. Klar ist: Wir wollen qualitativ hochwertige und bezahlbare Lebensmittel. Für die muss aber auch – und zwar ohne dass sich der Staat mit Vorgaben oder Aufschlägen einmischte – ein angemessener Preis entrichtet werden.

10 **Herr Genth, mit ihrem Agrarmarktstrukturgesetz ist die Bundesregierung im Begriff, die europäische UTP-Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Wollte die EU kleinere landwirtschaftliche Erzeuger und Hersteller schützen, plant Deutschland, internationale Großkonzerne mit Milliardenumsätzen in den Schutzbereich einzubeziehen. Wie bewerten Sie das?**

11 Genth: Zunächst einmal freue ich mich, dass die FDP bei diesem schwierigen Thema klare Kante zeigt und so eindeutig wie keine andere Bundestagsfraktion unsere Kritik teilt. Gemeinsam sind wir der Auffassung, dass es ein Fehler der Bundesregierung ist, die UTP-Richtlinie auf Unternehmen auszuweiten, die in Deutschland einen Jahresumsatz in ihrem Produktsegment von bis zu vier Milliarden Euro erzielen. Dadurch fallen beispielsweise Nestlé, Danone und Oetker in den Schutzbereich einer Richtlinie, die eigentlich für die Landwirtschaft gedacht war. Ein absoluter Irrsinn!

12 **Herr Lindner, die Coronaschulden im Bundeshaushalt der Jahre 2021 und 2022 belaufen sich auf die gigantische Summe von 1,32 Billionen Euro. Zudem besagt die jüngste Steuerschätzung, dass der Staat bis 2024 240 Milliarden Euro weniger einnehmen wird. Sie planen trotz angekündigter hoher Investitionen in Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur Steuersenkungen von 60 Milliarden Euro und eine geringere Schuldenaufnahme. Bitte verraten Sie uns, wie das gehen soll ...**

13 **Lindner:** Alle sozialen und ökologischen Ziele, die wir uns als Gesellschaft vornehmen, und auch die Entschuldung der öffentlichen Haushalte haben ein intaktes ökonomisches Fundament sowie wirtschaftliche Dynamik zur Voraussetzung. Es muss also alles unterlassen werden, was das Wachstum bremst, und alles unternommen werden, was uns hilft, im Wettbewerb mit den USA, China und dem pazifischen Raum aufzuholen. Wir greifen damit die Empfehlung des Internationalen Währungsfonds auf, der Deutschland empfiehlt, **Staatsaufgaben und Staatskonsum in den nächsten Jahren zu begrenzen**. Stattdessen sollten wir private Investitionen und wirtschaftliche Innovationen entfesseln. Nur so haben wir eine Chance, aus den Schulden herauszuwachsen.

14 **Es bleibt zunächst das Einnahmeproblem ...**

15 **Lindner:** Je schneller wir auf den Wachstumspfad kommen, desto schneller werden auch die Staatseinnahmen wieder sprudeln. **Höhere Steuern entfallen kein Wachstum. Deshalb ist es erst einmal wichtig, glaubhaft zu versichern, dass es keine zusätzlichen Belastungen geben wird.** Ich bin mir im Übrigen bewusst, dass mit den von uns angestrebten Entlastungen zahlreiche Verteilungsfragen verbunden sind. Das ist sehr voraussetzungsvoll – dennoch wollen wir uns der Mühe unterziehen.

16 **Herrn Genth, während die Coronabeschränkungen Teile des Handels sowie Gastronomie und Hotellerie, aber auch die Kultur- und die Reisebranche an den Abgrund geführt haben, gab es ja durchaus Gewinner: digitale Großkonzerne, Paket- und Lieferdienste, Softwareunternehmen. Was halten Sie in dieser Situation von pauschalen Steuerentlastungen, wie sie Herrn Lindner vorschweben?**

17 Genth: Die Krise hat gezeigt, dass es bisweilen schwierig ist, Gerechtigkeit herzustellen. Das betrifft auch die Frage, welche Branchen schließen mussten

Inhalte



Inhalte



..(A) Negatives Koalitions

Ampelkoalition

und welche nicht. Natürlich sollen Unternehmen, die während der Pandemie besondere Vorteile hatten und sich positiv entwickeln konnten, Steuern zahlen. Das gilt vor allem für Plattformen und andere internationale Konzerne. Doch natürlich gilt es jetzt auch, die Unternehmen besonders zu unterstützen, die mit der Schließung ihrer Geschäfte ein Sonderopfer für die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft erbracht haben.

Inhalte

18 **Lindner:** Die Schließung des Non-Food-Einzelhandels in den Innenstädten war staatlich angeordnet, ging also über die individuelle Verantwortung eines Händlers hinaus. Also muss die Solidargemeinschaft die betroffenen Unternehmen unterstützen. Überdies werden wir uns unmittelbar nach der Wahl dafür starkmachen, im Steuerrecht den vollen Verlustrücktrag zu verankern. Das heißt, die Verluste der Jahre 2021 und 2020 sollen vollständig gegen die Steuerschuld der Jahre 2019, 2018 und 2017 gegengerechnet werden. Intakte Betriebe, die vor der Pandemie gesund waren und deshalb Steuern gezahlt haben, erfahren somit im Nachhinein eine Reduktion ihrer Steuerlast.

19 **Herr Lindner, die FDP fordert einen CO2-Preis, der sich frei am Markt bilden soll, sowie einen harten Deckel für Emissionen. Vor dem Klimaurteil des Bundesverfassungsgerichts haben Sie selbst noch gewarnt, dass solch drastische Maßnahmen den CO2-Preis explodieren lassen würden – und die Kosten für Wirtschaft und Verbraucher gleich mit. Für den sozialen Ausgleich soll nun eine „Klimadividende“ sorgen. Wie soll das funktionieren?**

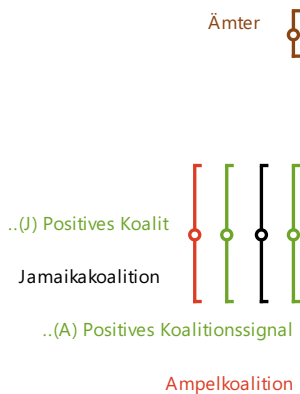
20 **Lindner:** Wir standen immer und stehen weiterhin zum Pariser Klimaabkommen. Wir sind nur in Opposition zu der gegenwärtigen Klima- und Energiepolitik in Deutschland, weil sie technologisch festgefahren und planwirtschaftlich verkantet ist. Wir alle – und in großem Umfang auch der Handel – haben seit der Regierungsübernahme von Frau Merkel 2005 mehr als 300 Milliarden Euro für die Subvention erneuerbarer Energien gezahlt, ohne einen durchschlagenden Erfolg zu erzielen. Zur Dekarbonisierung unserer Gesellschaft wollen wir den Verbrauch von CO2 in Deutschland limitieren auf jenes Volumen, das wir gemäß den Pariser Klimazielen noch verbrauchen dürfen. Für dieses Kontingent kann sich am Markt ein Preis bilden. Wer einen Anteil haben will, muss einen Erlaubnisschein kaufen. Die Idee ist, dass dann an den Stellen CO2 eingespart wird, wo es besonders wirtschaftlich und günstig ist. Die Erträge aus dem Verkauf der Erlaubnisscheine würden wir als Klimadividende an die Menschen zurückzahlen. Wer wenig CO2 verbraucht, könnte unter dem Strich sogar profitieren.

Inhalte

21 **Herr Genth, zum 1. Januar 2023 soll das neue Lieferkettengesetz in Kraft treten. Der HDE fordert umfassende Korrekturen am Gesetzentwurf der Bundesregierung. Wo genau sehen Sie Verbesserungsbedarf, Herr Genth?**

22 **Genth:** Fälschlicherweise wird häufig so getan, als ob die deutsche Wirtschaft keine Verantwortung für ihre Lieferketten übernehme. Tatsächlich engagieren sich viele Unternehmen seit Jahren intensiv, um für die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards in den Produktionsländern zu sorgen. Das wird vom Gesetzgeber nicht angemessen honoriert. Stattdessen will er kontrollieren, dass Unternehmen Sorgfaltspflichten einhalten, die im geplanten Gesetz anhand unbestimmter Rechtsbegriffe völlig neu definiert werden. Im Ergebnis werden große Handelsnamen vor Gericht stehen für Fehler in der Lieferkette, die sie selbst gar nicht beeinflussen können. Deshalb setzen wir uns vehement dafür ein, dass der Anwendungsbereich des Gesetzes und die neu definierte Prozesslandschaft, insbesondere eine zivilrechtliche Haftung durch die gesamte Kette, im Gesetzentwurf weiter eingegrenzt werden. Wir würden uns gern auf partnerschaftlichem Weg mit NGOs, Kirchen und Gewerkschaften einigen. Der Gesetzgeber aber setzt auf überzogene Kontrollen, die am Ende die Lebensbedingungen vor Ort nicht verbessern.

23 **Lindner:** Wir sind ebenso wenig wie der Handel gegen die ökologische und soziale Gestaltung der Lieferketten. Unser Rat wäre aber gewesen, auf eine



einheitliche europäische Rechtsetzung zu warten, anstatt auf Betreiben von CSU und SPD einen nationalen Alleingang zu unternehmen.

24 **Herr Lindner, wie erwähnt, haben Sie Steuererhöhungen zur Roten Linie erklärt, die Sie in Koalitionsverhandlungen nicht überschreiten würden. Doch am Verhandlungstisch werden alle wissen, dass Sie es sich nach den Ereignissen vor vier Jahren – Stichwort Jamaika-Koalition – kaum erlauben können, Verhandlungen erneut platzen zu lassen. Sehen Sie das als Handicap?**

25 **Lindner:** Im Gegenteil! Wir sind Überzeugungstäter. Jeder weiß, dass wir im Zweifel bereit sind, aufzustehen ...

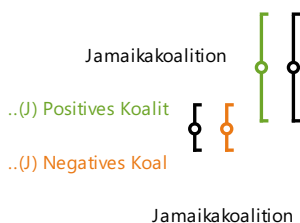
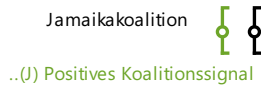
26 **Das käme womöglich aber auch in Ihrer eigenen Partei nicht besonders gut an ...**

27 **Lindner:** Das ist mir bewusst. Aber es war uns 2017 wichtig, dass dieses Land den richtigen Kurs nimmt und wir gegenüber unseren Wählerinnen und Wählern Wort halten. Und jetzt geben wir wieder unser Wort: Wir wollen, dass unser Land moderner, digitaler und freier wird. Wenn wir dazu einen Beitrag leisten können, sind wir in vielen Punkten kompromissbereit.

28 **Herr Genth, was wünschen Sie Herrn Lindner mit Blick auf die - Bundestagswahl und die Koalitionsverhandlungen?**

29 **Genth:** Den Mut, durchzuhalten, und die Kraft, sich durchzusetzen.

Münchener Merkur – 03.07.2021



- 1 **Herr Lindner, sind Sie 2021 immer noch der Ansicht, lieber nicht zu regieren, als falsch zu regieren?**
- 2 **Lindner:** Ja, man kann sich darauf verlassen, dass wir nach Wahlen unser Wort halten. Aber es gehört ein zweiter Satz dazu: Wenn man gut regieren kann, darf man das Land nicht anderen überlassen.
- 3 **Im Herbst könnte eine Situation entstehen, in der Sie Annalena Baerbock zur Kanzlerin wählen könnten. Würden Sie das?**
- 4 **Lindner:** Das ist ein geradezu fiktives Szenario. Die Frage Schwarz oder Grün im Kanzleramt ist entschieden. Es ist fast sicher, dass der Auftrag zur Regierungsbildung an die Union gehen wird. Die verbleibende Frage lautet: Schwarz-Grün oder eine Koalition, an der die FDP beteiligt ist.
- 5 **Was macht Sie so sicher?**
- 6 **Lindner:** Wenn ich mir die Umfragen, die Trends und die bisherigen öffentlichen Auftritte ansehe, dann erwarte ich, dass die Grünen ein gutes Wahlergebnis erzielen werden – aber der Vorsprung der Union wird groß sein.
- 7 **Aber ausschließen wollen Sie eine Ampel nicht.**
- 8 **Lindner:** Mir fehlt die Fantasie, wie das zusammenpassen soll. Die FDP schließt Steuererhöhungen aus und will die Menschen entlasten. Die Grünen wollen Steuern erhöhen. Wir sehen Bildung als soziale Herausforderung, die Grünen Umverteilung. Wir wollen Schulden bremsen, die Grünen wollen die Schuldenbremse im Grundgesetz aufweichen. Wir wollen Klimaschutz mit Erfindergeist und Technologie, die Grünen mit Subventionen und Verboten.
- 9 **Frau Baerbock hat gerade mächtig Ärger, Stichwort Lebenslauf und Plagiate. Ist sie Opfer einer Rufmordkampagne oder eine politische Hochstaplerin?**
- 10 **Lindner:** Das sollten die Menschen selbst beurteilen.
- 11 **Im Raum steht der Vorwurf, es werde besonders gegen Baerbock geschossen, weil sie eine Frau ist.**
- 12 **Lindner:** Wer sich für ein Spitzenamt bewirbt, muss sich von der Öffentlichkeit Fragen stellen lassen. Es ist fraglich, ob ein Spitzenkandidat der FDP mit solchen Debatten pfleglicher behandelt werden würde.
- 13 **Haben Sie deshalb keinen Kanzlerkandidaten nominiert?**
- 14 **Lindner:** Wir sind Realisten. Das Konzept der Kanzlerkandidatur ist ohnehin veraltet. Es stammt aus den 60er-Jahren. Die Konstellation der Regierung ist entscheidend. Ein schwarz-grüner Armin Laschet wäre ein ganz anderer als ein schwarz-gelber.
- 15 **Wäre Laschet denn ein guter Kanzler?**
- 16 **Lindner:** Er kann eine faire Zusammenarbeit organisieren. Mit Laschet und Friedrich Merz sind andere Ergebnisse möglich als mit Angela Merkel und Peter Altmaier 2017. Seine Integrationskraft ist eine Chance, weil er Konflikte überwinden kann. Sie ist aber auch ein Risiko, weil er imstande wäre, das Programm der Grünen zu integrieren.
- 17 **Entschuldigung, reden Sie noch von Laschet oder schon von Markus Söder?**
- 18 **Lindner:** (lacht) Laschet. Markus Söder beeindruckt mit besonderen adaptiven Fähigkeiten.
- 19 **Ein vergiftetes Lob.**
- 20 **Lindner:** Wir schätzen uns und nehmen Frotzeleien sportlich. Wenn die AfD stark ist, wettet Söder gegen Asyltourismus. Wenn die Grünen stark sind, umarmt er Bäume. Und wenn die FDP Zuwachs hat, entdeckt die CSU den Gedanken, den Solidaritätszuschlag zu streichen. Nach der Wahl ist alles

vergessen.

21 **Neu aus seinem Munde war die Botschaft, dass es im Herbst keinen neuen Lockdown geben soll. Glauben Sie ihm das?**

22 **Lindner:** Ich möchte mich nicht darauf verlassen. Deshalb will die FDP ab Herbst mitregieren. Wir haben nie die Gefährlichkeit von Corona in Frage gestellt, aber trotzdem Grundrechten und Freiheit einen hohen Stellenwert eingeräumt. Im Herbst müssen wir unbedingt neue Schulschließungen verhindern – etwa durch umfassende Testangebote, Hygienekonzepte und das Angebot von Impfungen durch mobile Teams, wenn die Ständige Impfkommission das empfiehlt.

23 **Ist die Sieben-Tage-Inzidenz angesichts der hohen Impfquote noch der richtige Maßstab?**

24 **Lindner:** Nein. Und sie war es auch nie. Hinzukommen muss zum Beispiel die Auslastung der Krankenhäuser und die Positivquote der Tests.

25 **Inzwischen sollen auch voll Geimpfte in Quarantäne, wenn sie Kontakt zu Delta-Infizierten hatten.**

26 **Lindner:** Von Reisen in Virusvariantengebiete rate ich ab. Aber zehn Tage erscheinen mir zu lang. Mehrere Tests und kürzere Quarantäne sollten Risiken begrenzen.

27 **Bayern diskutiert gerade über Hubert Aiwanger, der sich nicht impfen lassen will. Ist das seine persönliche Freiheit?**

28 **Lindner:** Nach meinem Eindruck laviert er. Privat ist das sein Recht. Aber von einem Inhaber eines hohen Staatsamts darf man erwarten, dass er eine Entscheidung dafür oder dagegen trifft und begründet.

29 **Das andere große Thema in Bayern ist die Messerattacke von Würzburg. Braucht Deutschland nach der Ära Merkel eine andere Migrationspolitik?**

30 **Lindner:** Einen Zusammenhang mit der Tat in Würzburg möchte ich nicht herstellen. Aber eine gesteuerte Migrationspolitik ist nötig. Wir brauchen die fleißigen Hände und klugen Köpfe von Zuwanderern, die wir uns aussuchen, um die Rente stabil und die Wirtschaft am Laufen zu halten.

31 **Und politisch Verfolgte?**

32 **Lindner:** Mit Verfolgten müssen wir solidarisch sein. Das ist humanitäre Verpflichtung. Aber wer einerseits nicht qualifiziert oder integrationsbereit ist, wer andererseits auch nicht verfolgt ist, der kann nicht kommen oder bleiben. Ohne Kontrolle des Zugangs würde jede Ordnung zusammenbrechen.

Bayerischer Rundfunk 24 – 24.07.2021



1 **Herr Lindner, aktuell sind Sie in den Umfragen bei 12 Prozent. Die FDP steht damit ziemlich gut da, also warum sind Sie damit eigentlich nur Spitzenkandidat und nicht Kanzlerkandidat?**

2 **Lindner:** In der Tat, die Umfragen sind erfreulich, aber es passiert auch noch viel bis zur Wahl. Viele haben gesehen, die FDP ist die Partei, die besonders sensibel im Umgang mit ihren Freiheits- und Bürgerrechten ist, sensibler als andere. Unsere Kompetenz im Bereich der Solidität der Finanzen und der wirtschaftlichen Vernunft wird nach einem tiefen Einschnitt durch die Pandemie sicherlich auch von vielen gewertschätzt. Warum kein Kanzlerkandidat der FDP? Weil wir Realisten sind.

3 **Jetzt müssen Sie aber werben für eine Konstellation natürlich. Sie wollen an die Regierung, Sie werben damit. Sie wären auch gerne Finanzminister. Welche Konstellation ist es denn?**

4 **Lindner:** Für mich ist inzwischen nahezu klar, dass der Regierungsbildungsauftrag an CDU und CSU geht. Also, dass von vielen erwartete Rennen schwarz oder grün im Kanzleramt scheint entschieden, wenn man Umfragen, wenn man das Auftreten der Bewerberinnen und Bewerber sieht. Für mich ist das entschieden. Die Frage, die jetzt noch verbleibt, ist: Schwarz und grün in einer Koalition, oder verfehlt schwarz-grün die Mehrheit und es wird die FDP gebraucht, um eine Mehrheit zu bilden. Und genau dafür werben wir. Damit wir mit genau unseren Werten und Projekten Grüne und CDU/CSU nicht alleine lassen. Damit wir sicherstellen, dass es eine Regierung gibt, die aus der Mitte gebildet wird, denn Armin Laschet ist ein Mann mit großer Integrationskraft, er würde das gesamte Programm der Grünen in ein Regierungsprogramm übernehmen. Und Markus Söder ist bekannt dafür, dass, je nachdem was gerade saisonal in Mode ist, auch seinen politischen Standpunkt verändert. Da wäre es doch gut, wenn es einen verlässlichen Faktor, eine Partei für die Freiheit, in einer Regierung gäbe.

5 **Aus dem Umfeld höre ich: „Christian Lindner, er will auf keinen Fall eine grüne Kanzlerin sehen. Jetzt könnten Sie’s klarstellen, klipp und klar: Würden Sie so eine Koalition mittragen, ja oder nein, mit einer grünen Kanzlerin?**

6 **Lindner:** Es kommt auf Inhalte an, gegen eine bestimmte Partei machen wir keine Politik, sondern wir machen Politik für unsere Grundüberzeugungen. Nur schauen Sie: Die Grünen plädieren dafür, dass wir in Europa die Verantwortung für die Schulden eines Staates verwässern. Dass also Deutschland für alle in Mithaftung geht. Das halte ich nicht für klug. Bayern haftet ja auch nicht für Bremen. Warum soll Deutschland für alle anderen haften? Die Grünen wollen die Steuern erhöhen. Die Grünen machen Klimaschutz nicht wie wir, mit Technologie und Erfindergeist, sondern überwiegend mit den alten nicht erfolgreichen Instrumenten der Subvention und der Verbote. Und ich habe auch Zweifel hinsichtlich der Führungskraft der grünen Bewerberin, Frau Baerbock, gewonnen in den letzten Wochen, weshalb ich empfehle, auf die realistischen Optionen zu schauen. Und realistisch sind Optionen unter Führung der Union und nicht der Grünen.

7 **Aber ausschließen würden Sie es jetzt auch nicht?**

8 **Lindner:** Wir werden uns zu koalitionspolitischen Fragen und auch zu den inhaltlichen Trendwenden, die wir in Deutschland erreichen wollen, noch Gedanken machen. Das ist nicht zum jetzigen Zeitpunkt geplant. Was genau wir koalitionspolitisch und hinsichtlich unserer Prüfsteine an einer Koalition beschließen, kann ich auch erst im Laufe des Augusts oder des Septembers sagen, wenn wir noch genauer wissen, wie sich die anderen Parteien positionieren. Sie wissen, manches ist in Bewegung, die CDU/CDU, die hatten mal Steuerentlastungen in ihrem Wahlprogramm. Schon vor der Wahl hat Herr Laschet diesen Teil des Wahlprogramms selbst dementiert, also man muss ein wenig abwarten, wie sich ein Wahlkampf entwickelt und dann machen wir gewiss nochmal eine klärende Aussage für die Bürgerinnen und Bürger. Damit jeder weiß, vor der Wahl, woran sie oder er mit der FDP ist.



Ampelkoalition
..(A) Negatives Koalitionssignal
Inhalte

Ampelkoalition
..(A) Negatives Koalitionssignal

Ampelkoalition
..(A) Negatives Koalitionssignal

9 **Reden wir über das Geld: Die Haushaltskasse ist schwer angeschlagen wegen Corona. Über die schwarze Null brauchen wir gar nicht mehr reden. Die Schuldenbremse, die wird serienmäßig quasi ausgehebelt. Jetzt sagen SPD, GRÜNE, auch die Linkspartei: Das muss eine Steuererhöhung geben, vor allem Richtung Vermögende, Reiche zielen diese Parteien ab. Sie sagen dagegen: „Nein, auf gar keinen Fall eine Steuererhöhung“. Sie schließen das aus. Ist das weiterhin so?**

10 **Lindner:** Das schließe ich aus. Steuererhöhungen und Steuerentlastungen sollten gleichermaßen kein Selbstzweck sein. Uns geht es um private Investitionen, in saubere Technologie oder auch in neuen bezahlbaren Wohnraum. Uns geht es um gute neue Jobs, uns geht es um Zukunftsunternehmen, die auch im Zeitalter der Digitalisierung weltweit erfolgreich sein können. Uns geht es darum, dass Menschen leichter eine Chance auf individuellen sozialen Aufstieg haben...

11 **Herr Lindner, Sie...**

12 **Lindner:** ...auf individuelles wirtschaftliches Vorankommen. Entschuldigen Sie. Und das Instrument dafür ist, dass das Höchststeuerland Deutschland den Betrieben und den Beschäftigten einfach mehr Spielraum lässt.

13 **Ist es nicht ein bisschen gutgläubig nur auf den Markt da zu setzen, dass die Unternehmen daraus sagen „ich investier das Geld auch wieder“ und irgendwie kommt dann schon Geld in die Haushaltskasse hinein.**

14 **Lindner:** Das Vertrauen auf den Markt hat uns ja einen Impfstoff Biontech gebracht. Und das ist für mich ein Indiz, dass unser Mittelstand, unsere Familienbetriebe, Handwerk und Industrie, Vertrauen verdient haben. Und selbstverständlich gibt es nicht eine mathematische Formel. Aber eins ist ganz sicher klar: Im Höchststeuerland Deutschland wird der Aufschwung nicht gestärkt, wenn die Belastungen für die Menschen und für die Betriebe noch weiter erhöht werden. Das nimmt in jedem Fall Raum für private Investitionen. Das schränkt in jedem Fall die Menschen ein, zum Beispiel Vorsorge zu treiben oder sich den Traum von den eigenen vier Wänden irgendwann am Ende des Berufslebens erfüllen zu können.

15 **Dieses Interview wollten wir eigentlich schon letzte Woche aufzeichnen. Sie konnten nicht, Sie saßen fest wegen der Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen. Geben Sie mal Ihre persönlichen Eindrücke, die Sie da gesammelt haben.**

16 **Lindner:** In der Tat, am Donnerstag in der letzten Woche hatte ich eigentlich vor, nach Berlin zurückzukehren. Und ich hab dann diese Pläne zurückgestellt, weil ich in meinen Wahlkreis, nach Leichlingen im Rheinland, fahren wollte. Eine Stadt, die auch von der Flutkatastrophe betroffen war. Ich war mit der Freiwilligen Feuerwehr dort unterwegs und das waren erschütternde Bilder, auch Tragödien. Ein Haus ist abgebrannt mit auch, bedauerlicherweise, einem Todesfall, weil nicht gelöscht werden konnte. Ich hab mit Menschen in der Innenstadt gesprochen. In Erinnerung ist mir geblieben die Betreiberin eines Imbisses, die gerade erst nach der Pandemie wieder geöffnet hat. Und jetzt stand das Wasser hüfthoch in ihrem Geschäft und da werden Lebensmittel verarbeitet – die fängt bei Null an, nicht wahr? Und deshalb muss die staatliche Verantwortungs- und Solidargemeinschaft jetzt da rasch helfen. Und ich finde richtig, dass die Bundesregierung schon Beschlüsse gefasst hat. Die müssen bei den Aufbauhilfen jetzt schnell konkret werden, da haben wir Vorschläge unterbreitet, aber die Menschen dürfen wir auch nach der akuten Notsituation nicht allein lassen.

17 **Welchen politischen Schluss ziehen Sie aus dieser Katastrophe? Ist das jetzt der Klimawandel oder schlechtes Wetter?**

18 **Lindner:** Es ist eine Frage, die die Wissenschaft erläutern muss und erklären sollte, aber nach meiner Einschätzung handelt es sich um ein Extremwetterereignis, dessen Wahrscheinlichkeit durch den globalen Klimawandel wesentlich erhöht ist.

ARD-Sommerinterview – 25.07.2021

1 **Nach der Entscheidung vor vier Jahren nicht zu regieren, muss er diesmal wohl ran. Die FDP jedenfalls erwartet von Ihrem Vorsitzenden, dass er die Liberalen nach einem erfolgreichen Wahlkampf zurück in die Regierung führt. Der Druck auf Christian Lindner ist deshalb auch größer als die zurzeit guten Umfragen für die FDP es vielleicht vermuten lassen. Zeit also für Antworten. Und damit Herzlich Willkommen zum ARD-Sommerinterview, der FDP-Vorsitzende, Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidat. Herzlich Willkommen, Christian Lindner.**

2 **Lindner:** Vielen Dank für die Einladung.

3 **Herr Lindner, schwüle Hitze hier in Berlin, in Süddeutschland, Belgien hat es neue Unwetter gegeben, auch Überschwemmungen. Ihr Wahlkreis ist ja in Nordrhein-Westfalen, Leichlingen liegt dort. Sie haben selbst Familie auch im Hochwassergebiet, waren da ja vergangene Woche. Was hat das mit Ihnen gemacht, die Not der Menschen dort persönlich zu erleben?**

4 **Lindner:** Das sind erschütternde Bilder. Wir haben die alle gesehen und wenn man Anteil nimmt an den Schicksalen, Menschen die Angehörige, Freunde, Nachbarn verloren haben oder vor den Trümmern ihrer Existenz stehen, dann ist das für uns alle ein Aufruf zur Solidarität. Es hat ja auch schon beeindruckende Gesten der Solidarität gegeben und ich halte es für richtig, dass jetzt auch unser Staat diesen Menschen in der Not beisteht - und zwar nicht nur in der akuten Situation, sondern dass wir hier in Berlin seitens des Bundes schnell ein Paket schnüren für auch den Wiederaufbau von zerstörten Gebäuden und Infrastruktur.

5 **Das ist schnell auf den Weg gebracht worden, aber ich will Sie fragen: Wie demütig wird man bei so einem Vor-Ort-Politikbesuch? Sie sind Oppositionspolitiker und dann merkt man möglicherweise: "In wenigen Monaten könnte ich dafür verantwortlich sein, die gravierenden Probleme vor denen Deutschland gerade steht, etwa die Bewältigung des Hochwasser aber auch viele andere, wie Corona, selbst bewältigen zu müssen".**

6 **Lindner:** Die Aufgaben die vor uns liegen in den nächsten Jahren sind tatsächlich enorm. Es geht um die Bewältigung des Klimawandels, Sie haben es angesprochen. Es geht um die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft und dabei muss ja eine freiheitliche Lebensweise aber muss auch unser Wohlstand, müssen Arbeitsplätze erhalten bleiben. Wir haben den Umbau des Sozialstaats angesichts der Alterung der Gesellschaft vor uns. Also eine Vielzahl von großen Herausforderungen.

7 **Und wie groß ist der Respekt davor?**

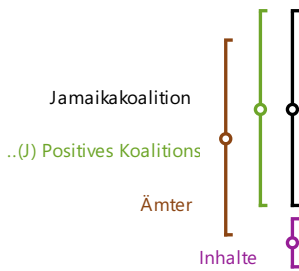
8 **Lindner:** Und deshalb ist der Respekt und die Demut groß, angesichts der Größe der Herausforderungen. Aber zugleich auch die Bereitschaft und die Gestaltungsfreude. Die wächst bei uns genauso. Denn Sie haben zurecht gesagt, die FDP will gerne gestalten - übrigens hätten wir vor vier Jahren auch schon gerne gestalten wollen - und ich habe den Eindruck, in diesem Jahr können wir eine Konstellation erarbeiten, aus der heraus für das Land Gutes bewirkt werden kann. Mit wirtschaftlicher Vernunft, soliden Finanzen, wieder sozialen Aufstiegschancen für die Menschen.

Ämter

9 **Da kommen wir gleich im Detail nochmal darauf zu. Aber ich frage auch nach Demut, weil Sie bereits verkündet haben, dass Sie Finanzminister werden wollen. Und Ämter im Vorhinein zu beanspruchen oder schon zu verteilen, das kann auf den einen oder anderen auch wenig demütig wirken. Finden Sie nicht?**

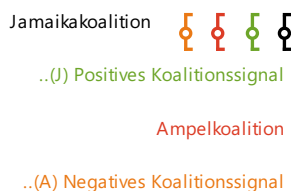
Ämter

10 **Lindner:** Das liegt im Auge der Betrachterin und des Betrachters. Ich persönlich bin ein Anhänger von Klarheit und von klaren Erwartungen. Und in



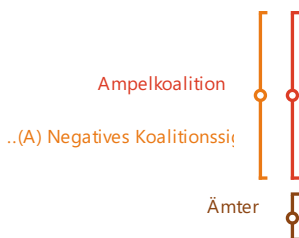
meinen Augen, nach meiner Erwartung, hat sich bereits geklärt, wer in das Kanzleramt einziehen wird. Es ist nicht mehr die Frage Laschet, Baerbock oder Scholz. Ich sehe es als nahezu gesichert an, dass der Regierungsbildungsauftrag an die CDU geht. Die jetzt noch offene Frage ist: Wer wird dann wichtige Rollen, zum Beispiel für die Finanzen einnehmen. Und letztlich ist die Frage der nächsten Wochen: Soll das ein Robert Habeck von den Grünen sein - er will die Schuldenbremse aufweichen, er möchte die Steuern erhöhen, er hat eine Orientierung nur auf öffentliche Investitionen - oder soll das ein Finanzminister der FDP sein? Ich wäre bereit das zu übernehmen, mit dem Respekt vor der Schuldenbremse, mit der klaren Ansage Steuern sollten im Höchststeuerland nicht erhöht werden, wenn wir Jobs und private Investitionen wollen. Und jetzt können die Menschen urteilen, was sie für das Land für eine bessere Lösung halten.

11 **Ja, das ist die Lage über die Sie sprechen wollen. Die Zahlen aus dem neuesten ARD-Deutschlandtrend, die sagen erstmal noch etwas anderes. Klar, Sie setzen auf Armin Laschet, das ist klar. Wir wollen Sie zusammen auch nochmal zeigen, ich hoffe wir sehen Sie [Einblendung von Bild, auf dem Laschet und Linder sich die Hand geben und lächeln]. Gutes Verhältnis Sie beide, eingeübt durch Nordrhein-Westfalen. Aber im Moment zumindest keine Mehrheit. Es reicht laut ARD-Deutschlandtrend aktuell für Schwarz-Grün: Da wäre Laschet Kanzler und Christian Lindner, die FDP, in der Opposition. Oder es reicht für die Ampel: Da könnte Christian Lindner Finanzminister werden, wenn es so kommt, wie die Zahlen jetzt sind. Wofür entscheiden Sie sich?**



12 **Lindner: Dafür, die Zahlen zu ändern.**

13 **Aber Sie schließen eine Ampel nicht aus. Machen Sie es doch, lassen Sie es uns ganz klar machen, auch für die Zuschauerinnen und Zuschauer: Sie schließen eine Ampel nicht aus und Sie schließen auch nicht aus, Annalena Baerbock zur Kanzlerin zu machen?**

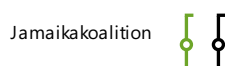


14 **Lindner: Das ist ein fiktives Szenario. Denn ich glaube, wie gesagt, der Regierungsbildungsauftrag geht an die Union als die stärkste Partei und ich sehe nicht, dass es rechnerisch oder von den politischen Inhalten her hinreichende Gemeinsamkeiten für ein Ampelmodell gibt. Mir fehlt die Fantasie, welches inhaltliche Angebot Annalena Baerbock der FDP machen könnte, das attraktiver wäre als die Angebote, die vor vier Jahren Frau Merkel gemacht hat. Und da können die Menschen sich weiter auf die FDP verlassen, wie vor vier Jahren: Für uns zählen Inhalte und nicht Positionen und Karrieren.**

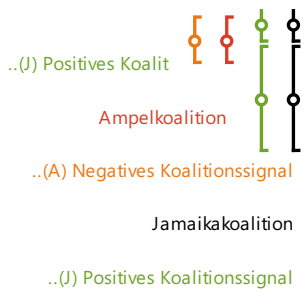
15 **Und wenn die Inhalte kommen und wenn sie stimmen würden, dann könnte es auch eine Kanzlerin Baerbock mit der FDP geben? Kurze Antwort!**

16 **Lindner: Nein, da gebe ich Ihnen keine kurze Antwort darauf, sondern ich sage Ihnen nochmal: Wir haben uns koalitionspolitisch noch nicht abschließend festgelegt, wie wir in diese Wahl hineingehen, das werden wir noch beraten. Es haben Frau Baerbock und Herr Scholz und Herr Laschet ein Interesse an der Ampeldiskussion, wie 2017 in Nordrhein-Westfalen. Frau Baerbock, weil sie will im Spiel bleiben. Herr Scholz, weil nur so bleibt er im Spiel. Und die CDU, weil mit der Angst vor der Ampel und einem angeblichen Linksruck wollen die ja Wahlkampf gegen die FDP machen. Ist ja völlig klar, das verstehe ich auch sportlich.**

17 **Nein, das sind die Umfragen laut neuestem ARD-Deutschlandtrend, die lassen eine Ampel zu oder Schwarz-Grün, aber wir machen mal weiter.**



18 **Lindner: Ne, müssen wir nicht, müssen wir nicht. Die lassen das zu, nur warum machen wir Wahlkampf? Wer klare Verhältnisse in Deutschland will, wer will, dass unser Land weiter aus der Mitte regiert wird, der darf Schwarz**



Inhalte

Ämter

- und Grün nicht alleine lassen. Die anderen Sachen - vertrauen Sie mir - sind reine Spekulation, sind Wahlkampfgeplänkel. Die entscheidende Frage ist: Schwarz-Grün oder Jamaika. Das ist die Situation, gut 60 Tage vor der Wahl. Und wenn Sie mich da fragen, wofür ich kämpfe: Natürlich nicht dafür, dass Schwarze und Grüne es alleine machen.
- 19 **Gehen wir mal weiter und schauen: Sie wollen Finanzminister werden, haben wir gerade geklärt. Ihr Vorgänger Olaf Scholz muss gerade Unsummen von Schulden aufnehmen: Coronahilfen, jetzt Hochwasserhilfen. Sie wollen auf der anderen Seite keine Steuern erhöhen - das ist sogar eine rote Linie der FDP - und auf der anderen Seite die Schuldenbremse wieder einhalten. Wie soll das funktionieren Herr Lindner?**
- 20 **Lindner:** Das sind genau die zwei Leitplanken, die Sie beschrieben haben. Zunächst mal wir man nach der Wahl sich ansehen müssen, wie ist die mittelfristige Finanzplanung und wie ist der Haushalt von Herrn Scholz.
- 21 **450 Milliarden neue Schulden wird es 2022 geben.**
- 22 **Lindner:** Ja, aber Herr Scholz hat auch viele Leerbuchungen in seinem Haushalt, wo Gelder nicht abgeflossen sind. Herr Scholz hat Rücklagen aufgebaut. Das muss man sich vorstellen: Niemand privat würde Schulden aufnehmen, wenn man gleichzeitig noch hohe Sparguthaben hat. Also diesen Haushalt wird man sich ansehen müssen, in der Tat. Und das ist die Demut vor der Aufgabe, die ich eben Ihnen ja auch bestätigt habe. Das ist keine leichte Aufgabe, denn es kommt ja noch etwas Drittes hinzu: Die Schuldenbremse einhalten ist übrigens ja nicht Verzicht auf neue Kredite, sondern nur innerhalb der Schuldenbremse. Und auf der anderen Seite der Verzicht auf Steuererhöhungen. Das ist übrigens kein Selbstzweck! Verzicht auf Steuererhöhungen ist kein Selbstzweck, sondern dient einem Zweck. Denn wir sind ein Höchststeuerland und schon jetzt werden private Investitionen, die Möglichkeiten der privaten Vorsorge, auch dass die Menschen sich Träume erfüllen können, wie etwa den Traum von den eigenen vier Wänden...
- 23 **Ja, aber die Frage war ja: Wie wollen Sie die Schuldenbremse einhalten?**
- 24 **Lindner:** Deshalb geht es genau darum. Die Aufgabe des zukünftigen Finanzministers wird sein, auch die immer steigenden Ausgabewünsche von Politikerinnen und Politikern einmal zurückzuweisen. Wir haben ja in den letzten Jahren immer mehr staatliche Aufgaben und Ausgaben gehabt. Nicht da, wo wir sie brauchten - Stichwort Katastrophenschutz oder Bildung und Digitalisierung und Justiz und Bundeswehr - sondern bei der Umverteilung, sondern bei Subventionen. Und da sehen Sie die Aufgabe, die, wie ich glaube, vor allem von einem liberalen Finanzminister gut geleistet werden könnte. Den Ausgabepolitikern auf der anderen Seite zu sagen: Erst muss der Wohlstand erwirtschaftet werden, bevor er danach verteilt werden kann.
- 25 **OK. Das Thema Steuern, Steuererleichterungen, interessiert viele Menschen im Land und wir haben für dieses Interview wieder im ganzen Land rumgefragt, auch was Menschen von Ihnen, von Christian Lindner vor der Wahl wissen wollen und wir haben hierzu eine Frage. Und zwar von Mandy Freitag aus Rostock, sie ist Friseurin seit 22 Jahren und ist verheiratet und sie hat ein Kind. Hören wir mal rein.**
- 26 **[Einblendung Mandy Krüger] Herr Lindner, Sie planen die Steuern für die Bürger zu senken. Man liest immer wieder, dass Sie nur die Besserverdienenden bevorzugen. Aber was ist mit uns, mit uns Normalverdienern, mit den Geringverdienern? Oder sind Sie wirklich immer noch die Partei, die nur für Besserverdienende steht?**
- 27 **Lindner:** Nein. Das ist genau unser Anliegen. Wir haben ja, z.B. für

qualifizierte Fachkräfte wie Sie in Deutschland die Situation, dass schon ganz am Anfang bei der Lohnsteuerssteuer die Belastung sehr stark steigt. Und deshalb wollen wir genau da ansetzen: Wir wollen beim sogenannten Mittelstandsbauch ansetzen, ihn dämpfen. Zum zweiten müssen wir dafür sorgen, dass in Deutschland private Investitionen möglich werden. Wir wollen Klimaschutz, überwiegend eine Aufgabe, wo privat investiert werden muss.

28 **Klimaschutz kommen wir später zu.**

29 **Lindner:** Aber trotzdem hängt es mit der Finanzpolitik zusammen. Ich weiß, dass manche Parteien den Klimaschutz isolieren wollen von der wirtschaftlichen Grundlage. Manche wollen auch die sozialen Ziele unserer Gesellschaft isolieren von der wirtschaftlichen Grundlage. Wir sagen: Die wirtschaftliche Grundlage ist die Voraussetzung für alle sozialen und wirtschaftlichen Ziele und deshalb muss unser Land für private Investitionen, auch in neue Technologie, attraktiv werden. Und aus diesem Grund werden wir für die Handwerksbetriebe, für den Mittelstand und für die Industrie schnellstmöglich auf den sogenannten Solidaritätszuschlag verzichten müssen, weil das die schnellst erreichbare Chance ist, unser Land wieder wettbewerbsfähig zu machen. Damit hier investiert wird, nicht im Ausland. Damit hier neue, zukunftsfähige Jobs entstehen, nicht woanders.

30 **Ein Teil der Antwort. Der andere war ja auch die Frage, ist die FDP immer noch die Partei der Besserverdienenden. Da wissen Sie auch, ist ja alles auch ausgerechnet worden aus Ihrem Wahlprogramm: Ja, Sie würden alle Bereiche entlasten, aber zur Wahrheit gehört auch - das will ich nochmal dazu erwähnen - die Besserverdienenden werden bei der FDP am stärksten entlastet, 9,7 Prozent ab einem Jahreseinkommen ab 150.000 Euro. Das gehört dazu.**

31 **Lindner:** Wissen Sie, das sind Diskussionen, die in unserer Gesellschaft geführt werden, solche harten Verteilungsdebatten. Ich habe dazu aber eine klare Position: Uns geht es darum, dass in unserem Land auch wieder investiert wird. Und für den Handwerksmeister, der den 3D-Drucker anschaffen will oder den Dachdecker, der eine Drohne braucht, da ist die Einkommenssteuer oft auch der betriebliche Steuersatz. Das heißt, diese Debatte, die von politisch Links - ich weiß das ja, Grüne, SPD, die diese Debatte inszenieren wollen - die verkennen total, dass auch im privaten Bereich...

32 **Es ist kurz, trocken ausgerechnet worden, was hat welche Partei im Wahlkampf...**

33 **Lindner:** Ja, aber trotzdem wird hier ein Eindruck erweckt. Der Eindruck, der von der linken Seite erweckt wird, ist: Da geht es darum, denen, die bereits in unserem Land besser gestellt sind, noch etwas Zusätzliches zu geben. Der entscheidende Ansatz ist aber ein anderer: Diese Verteilungsdebatte, die von Links geführt wird - die Grünen wollen den Spitzensteuersatz ja auch erhöhen - verkennt total, dass die Familienbetriebe die Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen. Und da bekenne ich mich dazu: Jawohl, wer es nicht mag, kann was anderes wählen. Ich halte es für notwendig, dass die Familienbetriebe, die Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen, die in Klimaschutz investieren sollen, dass die die Möglichkeiten bekommen. Und es wird ein ganz starker Grund sein, FDP zu wählen, dass man weiß, auf uns ist Verlass. Höhere Belastungen gibt es nicht und wir laden auch nicht dazu ein, angesichts von Inflationsrisiken einfach so die öffentliche Verschuldung zu erhöhen, wofür ja zum Beispiel Herr Habeck und teilweise Herr Laschet plädieren.

34 **Aber nochmal betont wird natürlich, dass alle Wahlprogramme aufeinandergelegt werden - das ist ganz neutral. Und dann wird ausgerechnet, wer profitiert bei welcher Partei am meisten.**

35 **Lindner:** Ich habe mir nur erlaubt, den Hintergrund zu geben. Weil es für die

Ampelkoalition
..(A) Negatives Koalitionssi

Inhalte

Ampelkoalition
..(A) Negatives Koalitionssi

Ampelkoalition
..(A) Negatives Koalitionssi

Jamaika Koalition
..(J) Negatives Koalitionssignal

Zuschauerinnen und Zuschauer wichtig ist. Es handelt sich nicht um diejenigen, die da vor allem profitieren, die Yachten in Südfrankreich besitzen, Villen und Sportwagen, sondern es sind die Menschen, die Arbeitsplätze in unserem Land schaffen. Und wenn es tatsächlich so sein sollte, dass die FDP die Partei ist, die diesen Wirkungszusammenhang "zu viel Staat, zu wenig private Investitionen, zu wenig neue Jobs" betont, dann bin ich auch dafür dankbar, weil das unterstreicht ja die besondere Rolle der wirtschaftlichen Vernunft, die die FDP einnimmt.

36 **Wirtschaftliche Vernunft, da wären wir gleich beim nächsten Thema und das ist die Rente. Da gibt es enormen Handlungsbedarf. Riester und Rürup bringen die Erträge nicht, Zinsen sind zu niedrig. Ihr Vorschlag jetzt um die Löcher zu stopfen: Eine gesetzliche Aktienrente als Teil der gesetzlichen Rentenversicherung. Aktien kann jeder privat kaufen. Warum soll das die gesetzliche Rentenversicherung machen, der ja - das muss man dazu sagen - auch erstmal Geld fehlen würde, weil das Geld müsste in Aktien investiert werden, angelegt werden.**

37 **Lindner:** Ihre Beschreibung ist richtig. Es handelt sich allerdings nicht um das Stopfen von Löchern, sondern was wir beabsichtigen ist ein Umbau des Systems, weil alleine wie jetzt die aktuellen Beschäftigtenzahlen die Rente für diejenigen im Ruhestand, das wird in der alternden Gesellschaft nicht funktionieren. Und deshalb brauchen wir zusätzliche Säulen. Keine Ersetzung. Wir brauchen eine zusätzliche Säule und wir wollen lernen zum Beispiel von Schweden. In Schweden gibt es unter der Verantwortung des Staates, also auf einer öffentlichen Basis, gleichwohl Investitionen in die weltweiten Kapitalmärkte, die sich dynamisch entwickeln. Da soll also niemand eine einzelne Aktie kaufen, niemand soll auch alleingelassen werden, sondern es soll ein öffentlich verantwortetes System sein, das sich an anderer Stelle bewährt hat. Und das kann ein Baustein sein, um das System insgesamt zu stabilisieren. Ich bin in großer Sorge übrigens, dass wir auch in der Breite der Bevölkerung - ich denke eben an die Friseurin die Sie genannt haben - dass wir dort den Menschen nicht mehr Möglichkeiten schaffen. Auch persönlich - selbst wenn es nur ein kleiner Anteil ist - eine eigene Altersversorgung aufzubauen. Und das ist übrigens auch ein Punkt, wo nicht diejenigen, die gut gestellt sind die FDP brauchen, sondern diejenigen, die sich überhaupt mit Fleiß und Sparsamkeit etwas aufbauen wollen. Die können sich an uns wenden, konkreter Vorschlag über die gesetzliche Aktienrente hinaus

38 **Da würde ich aber nochmal nachfragen, lassen Sie mich bei dem Punkt nochmal nachfragen...**

39 **Lindner:** Lassen Sie mich den einen Satz noch machen, Sie können sofort nachfragen: Wer langfristig in Wertpapieren spart und wenn es nur 20 Euro im Monat sind, der soll am Ende den Veräußerungsgewinn in einigen Jahren steuerfrei haben, damit sich eben für Millionen Wertpapiere lohnen und nicht nur für Millionäre.

40 **Aber Viele haben noch nie Aktien gekauft, andere haben es gemacht und gemischte Erfahrungen dabei gemacht und das bewegt natürlich die Leute. Deswegen haben wir dazu auch nochmal eine Frage eingesammelt. Diesmal von einer jungen Frau: Isabel Gehrig, sie lebt in Freiburg, ist 24 Jahre alt und sie studiert Lehramt.**

41 **[Einblendung Isabel Gehrig] Herr Lindner, ich studiere in Freiburg und mache mir, wie viele andere junge Menschen, Gedanken über meine Rente. Auch wenn mein Wohlstand natürlich noch etwas weiter entfernt ist. Sie haben jetzt eine Aktienrente vorgeschlagen. Garantiert dieses Modell wirklich eine sicherere Rente als unser jetziges? Weil Aktienkurse können bekanntermaßen auch fallen.**

42 **Lindner:** Die Antwort ist ja, das tut es. Die einzelne Aktie steigt, ein

Aktienmarkt fällt einmal auch. Aber die Idee hier ist ja, global anzulegen, nicht in ein einzelnes Papier und da kann und sollte sich auch jeder informieren, dass das eine sichere Anlageform ist. Und wir können von anderen lernen. Wie gesagt: Schweden, dass nun wirklich ein Land das sogar sozialdemokratisch traditionell geprägt ist, wenn die etwas einführen, dann können wir ohne Sorge uns davon inspirieren lassen.

43 **Ganz kurze Antwort bitte, ein Thema zur Rente noch: Die CSU will ja die Mütterrente erhöhen und das jetzt auch zur Bedingung für eine Koalition machen. Die CDU ist da nicht begeistert, Laschet auch nicht. Sie?**

44 **Lindner:** Schon unser jetziges Rentensystem ist gegenüber den Enkelinnen und Enkeln nicht fair. Lassen Sie uns also erst das jetzige System stabilisieren und danach bin ich bereit, über zusätzliche Ausgaben, Standards, über zusätzliche Angebote zu sprechen. Aber erst müssen wir auch die Zukunftschancen einer jüngeren Generation und die Stabilität des Systems sichern und danach weitersehen.

45 **Jetzt soll es noch kürzer werden, ganz kurz, bitte möglichst in einem Wort die Antworten. Herr Lindner: Die Schnellfragerunde. 60 Sekunden für etwa 10 Fragen. Die Zeit läuft jetzt: Was haben Sie als erstes gemacht, nachdem Sie geimpft waren?**

46 **Lindner:** Das war in der Sitzungswoche, da bin ich in das Plenum gegangen.

47 **Wann haben Sie das letzte mal mit Annalena Baerbock telefoniert?**

48 **Lindner:** Das war vor ihrer Buchveröffentlichung.

49 **Wer ist die zurzeit profilierteste Frau in der FDP? Ein Name.**

50 **Lindner:** Ich denke an Lydia Hüskens, weil sie gerade eine Regierung in Sachsen-Anhalt bildet.

51 **Auf einer Skala von 1 bis 10: Wie peinlich war der Lachauftritt von Armin Laschet im Hochwassergebiet?**

52 **Lindner:** Ich verteile keine Kopfnoten.

53 **Ist Jens Spahn noch Ihr Vermieter und wie oft hat er Ihnen die Miete erhöht?**

54 **Lindner:** Ja. Gar nicht.

55 **Ganz nobel. Würden Sie Angela Merkels Flüchtlingsdeal mit der Türkei und Erdogan verlängern?**

56 **Lindner:** Tja, es ist die letzten vier Jahre in der Flüchtlingspolitik nichts passiert. Eine große Aufgabe, um nicht zu sagen Hypothek für die nächsten. Wir müssen uns aus der Erpressungssituation befreien. Vielleicht muss übergangsweise noch einmal verlängert werden - aber nur wegen der Versäumnisse der vergangenen Jahre.

57 **Zeit ist um. Eine letzte Frage stelle ich noch: Wer war der letzte FDP Ministerpräsident?**

58 **Lindner:** Der letzte FDP-Ministerpräsident war Reinhold Maier.

59 **Falsch: Thomas Kemmerich. Haben Sie schon vergessen, diese Blamage?**

60 **Lindner:** Nein, der ist innerhalb von 24 Stunden zurückgetreten, deshalb

zähle ich ihn nicht. Und außerdem ist er in das Amt gekommen - wie Sie wissen - aufgrund der Ehr- und Ruchlosigkeit der AFD.

61 **[Einblendung des Handschlags von Kemmerich und Höcke nach der Wahl Kemmerichs zum Ministerpräsidenten] Und genau darüber wollen wir jetzt nochmal sprechen. Mit den Stimmen ist er in das Amt gekommen von Björn Höcke und seiner AFD. Da sehen wir die beiden nochmal. Das war vor mehr als einem Jahr und das Ganze steht für ein sehr dunkles Kapitel FDP-Parteigeschichte. Herr Lindner, deswegen jetzt die Frage: Wie erleichtert waren Sie denn, dass es in Thüringen jetzt nicht parallel zur Bundestagswahl zu Neuwahlen kommt und Thomas Kemmerich damit auch nicht Spitzenkandidat wird? Das hat er zuletzt ja gar nicht ausgeschlossen gehabt.**

62 **Lindner:** Ich will zunächst erinnern, dass dieser Sachverhalt anderthalb Jahre zurückliegt und dazwischen gab es schon ein ARD-Sommerinterview. Und deshalb stelle ich nur fest: Sie kommen jetzt noch einmal darauf zurück. Wenn man aktuell über die AFD spricht, müssten Sie eigentlich...

63 **Es gab am Freitag ein Misstrauensvotum in Thüringen.**

64 **Lindner:** Ja, aber wie gesagt: Wenn Sie jetzt an die FDP eine Frage richten, dann würde ich sagen für uns ist die Situation geklärt. Mit der AFD gibt es keinerlei Zusammenwirken. Im Gegenteil: Ich kann nur alle Wählerinnen und Wähler der AFD auffordern, diese Partei auf keinen Fall zu wählen. Aus vielen Gründen: Austritt aus der EU, Ressentiments. Und im Übrigen: Wer AFD wählt, der sorgt für Schwarz-Grün und linke Mehrheiten. Und ganz konkret hätte ich erwartet: Wenn Sie über die AFD sprechen, dass Sie eher thematisieren, dass gerade im Landtag von Baden -Württemberg ein AFD-Mitglied Verfassungsrichter geworden ist, weil die Grünen dort so agiert haben wie sie agiert haben. Mit Kritik jetzt der Grünen Jugend. Und ich glaube, dass ist ein Zeichen, dass alle demokratischen Parteien die Herausforderung AFD annehmen müssen. Die FDP genauso, aber nicht im Speziellen.

65 **Das sind Ihre Erwartungen. Meine Erwartungen: Ich sitze hier mit einem FDP-Spitzenkandidaten, deswegen spreche ich natürlich über die Belange, die die FDP betreffen. Das nochmal ganz klar. Aber jetzt geht es weiter Herr Lindner. Und ich würde Sie gern fragen: Sie halten politisch am Verbrennungsmotor fest. Dass Sie privat Porsche fahren ist völlig geschenkt, aber Daimler hat diese Woche angekündigt, Abschied vom Verbrenner zu nehmen. Sie betonen zwar immer, wie wichtig Klima ist, aber ist es nicht eine Einstellung, die letztendlich doch von gestern ist?**

66 **Lindner:** Nein, weil Ihre Darstellung nicht zutreffend ist. Die FDP hält gar nicht am Verbrenner fest. Die FDP hat nur keine Vorliebe für irgendeinen Antrieb. Und das ist der Unterschied: Wir sagen, wir wollen ein festes CO²-Limit in unserem Land haben. Aber wie dann dieses Budget, das streng limitiert ist, verteilt wird, das möchten wir gerne marktwirtschaftlich entscheiden. Das soll in der Konsumentensouveränität stehen. Und das hat einen wesentlichen Vorteil: Der Vorteil ist, wir werden damit den Klimaschutz wirtschaftlicher machen. Im Übrigen kann der Verbrennungsmotor sogar Klimaneutral betrieben werden, wenn man dort synthetische Kraftstoffe beimischt oder die fossilen Kraftstoffe durch die synthetischen ersetzt. Und hier scheint mir auch ein Unterschied zwischen mir und den anderen zu sein, um es ganz offen zu sagen: Wir haben eine Klimapolitik, die ganz anders als Armin Laschet sagt, ich nicht verlängern wollte. Es gibt in der Klimapolitik Handlungsbedarf. Nur diesen Handlungsbedarf würde ich anders beschreiben als etwa die Grünen. Nicht zusätzliche Verbote und Symboldebatten wie Tempolimit. Will ich mich gar nicht zu äußern, weil im globalen Maßstab bringen die gar nichts. Was wir erreichen müssen ist: In industriellem Maßstab schnell Klima schützen. Zum Beispiel wollen BASF und RWE vor der Nordseeküste einen Wasserstoffwindpark machen, um den größten

Inhalte

Inhalte

Energieverbraucher, den Chemiepark Ludwigshafen, klimaneutral zu machen. Das einzige, was die fordern, ist: Schnelle Planungs- und Genehmigungsverfahren. Und da sehe ich die Aufgabe der FDP in einer Regierung: Dafür zu sorgen, dass schnell in Deutschland gebaut wird. Vom Wohngebäude bis zur Energieinfrastruktur.

67 **Planungsverfahren**

68 **Lindner:** Planungsverfahren. Und ich sage Ihnen: Im Zweifel brauchen wir auch Planungsverfahren, die per Bundesgesetz abgeschlossen werden, damit wir schnell vorankommen. Denn unser Problem in Deutschland ist, dass gerade in der Energie- und Klimapolitik - wie Ihre Kollegen von der FAZ geschrieben - ein Labyrinth von Regeln, Bürokratismus, Subventionen und Verboten entstanden ist. Darin haben wir uns verloren. Jetzt brauchen wir marktwirtschaftlich, technologieoffen Klimaschutz. Der wird dann auch zu einem Exportschlager für die Welt.

69 **Jetzt werden ja heute bundespolitisch schon die nächsten Verbote oder Gebote diskutiert. Angesichts steigender Coronainzidenzen und Coronazahlen sagt der Kanzleramtschef: Wir müssen möglicherweise Freiheiten einschränken für Menschen in Deutschland, die nicht geimpft sind. Geimpfte hätten dann Vorteile gegenüber Nichtgeimpften. Herr Laschet ist dagegen. Wie sieht es bei Ihnen aus?**

70 **Lindner:** Nehmen wir noch dazu, dass der Grüne Winfried Kretschmann von einer Impfpflicht gesprochen hat am heutigen Tag...

71 **Die er nicht ausgeschlossen hat.**

72 **Lindner:** ...oder nicht ausgeschlossen hat, er hat sie jedenfalls in das Gespräch gebracht. Es zeigt sich, dass auch nach so vielen Monaten der Pandemie und der Freiheitseinschränkungen bei manchen unserer Kolleginnen und Kollegen die Sensibilität für Grundrechte, für die Grundfreiheiten der Menschen, nicht hinreichend ausgeprägt ist. Es zeigt sich, dass auch die sozialen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen von Lockdowns unterschätzt werden. Um es konkret zu sagen: Wenn von Geimpften, Genesenen und negativ Getesteten kein Risiko ausgeht, dann kann man für Genesene, Geimpfte und negativ Getestete auch keine Freiheitseinschränkungen mehr vorsehen. Wenn ich jetzt mal die Maske im öffentlichen Personennahverkehr außen vor lasse.

73 **Aber es gibt auch Nicht-Geimpfte.**

74 **Lindner:** Ja und da sage ich ja: Negativ Getestete. Geimpfte, Genesene, negativ Getestete. Da muss ein Lockdown ausgeschlossen sein.

75 **Klare Aussage.**

76 **Lindner:** Und wir müssen im Übrigen auch jetzt schneller Impfen. Wir sind ja verlacht worden für den Vorschlag, das vor Supermärkten zu machen. Jetzt brauchen wir solche mobilen Impfteams. Eine Testlogistik, auch in den Schulen. Die Lollitests sind nicht so belastend für die Kinder und die Jugendlichen. Digitale Infrastruktur. Jetzt im Sommer können wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass im Herbst das Land nicht wieder stillgelegt wird.

77 **Klare Aussage zum Thema Corona. Herr Lindner, vielen Dank für dieses Gespräch!**

ZDF-Sommerinterview – 15.08.2021

1 **Herzlich Willkommen zum ZDF-Sommerinterview Herr Lindner.**

2 **Lindner:** Hallo Herr Koll, ich grüße Sie.

3 **Wir begrüßen Sie in Ihrer Wahlheimat Berlin.**

4 **Lindner:** Meiner dienstlich bedingten Heimat hier an diesem tollen Wasser, das Sie ausgesucht haben.

5 **Es ist ein bisschen abseits der normalen Pfade, die Rummelsburger Bucht, eine Ausbuchtung der Spree im Osten der Stadt, nicht weit vom politischen Berlin entfernt. Sie haben heute einer Zeitung hier in Berlin ein Interview gegeben und haben gesagt, dass Teile des Wahlkampfes infantil seien, also eher kindisch oder unreif. Ist es nicht eher so, dass große Teile des Wahlkampfes den großen Herausforderungen dieser Zeitenwende nicht angemessen scheinen?**

6 **Lindner:** Wir meinen das Gleiche. Wir müssen über die großen Themen sprechen: Wie gelingt Klimaschutz mit Technologie statt mit Verboten? Wie stabilisieren wir unsere wirtschaftliche Basis in diesen Zeiten?

7 **Aber was meinten Sie mit Ihrer Kritik mit dem Infantilen?**

8 **Lindner:** Die Nebensächlichkeiten, wo über Kichern von Kandidaten und Buchveröffentlichungen mehr diskutiert wird als über den Zustand des Bildungssystems.

9 **Wenn wir bei Unreife sind oder bei noch nicht ganz reif: Sie haben selber versucht, die Zukunft vorherzusagen. Sie haben gesagt, die Wahl ist im Prinzip entschieden und Armin Laschet wird der nächste Kanzler. Wenn Sie sich jetzt die Entwicklungen der letzten Wochen anschauen: Bleiben Sie dabei?**

10 **Lindner:** Ich glaube der Regierungsbildungsauftrag geht an die Union. Die Frage ist nur, in welcher Zusammensetzung dann eine Koalition gebildet wird.

11 **Darüber und über andere Themen sollten wir jetzt reden. Bitte schön [Koll und Lindner setzen sich an einen Tisch]. Herr Lindner, bevor wir zur FDP und ihrem Wahlprogramm kommen, müssen wir auf die drängende Frage des Tages schauen, auf die dramatische Lage in Afghanistan. Ist der ganze Abzug ein gigantischer Fehler?**

12 **Lindner:** Ja, man muss sich fragen, warum das so unvorbereitet passiert. Wir müssen auch evaluieren, warum der Afghanistan-Einsatz über die vielen Jahre diese erschütternde Bilanz hat. Heute am Tag erwarte ich, dass schnell der Befehl erteilt wird, dass die deutschen Staatsangehörigen, dass die Diplomaten evakuiert werden. Und im Übrigen auch die Ortskräfte, also die Menschen, die dort für die Bundeswehr, für den deutschen Staat gearbeitet haben. Das ist unsere moralische Verpflichtung.

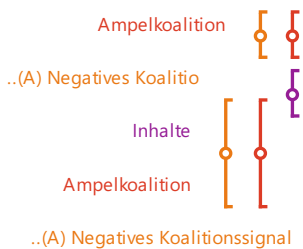
13 **Ist das Ihre Forderung jetzt? Dass das akut passieren muss?**

14 **Lindner:** Ja, das ist die akute Situation. Und wir sollten da großzügig sein, nicht nur wegen unserer moralischen Verpflichtung. Weil andere auf der Welt, bei ähnlich gelagerten Situationen, doch genau vergleichen werden, wie gehen die Deutschen mit denen um, die ihnen geholfen haben. Also da sollten wir großzügig sein. Das sind Menschen, die sprechen auch Deutsch und sind bereit zu arbeiten. Und es gibt etwas Zweites: Die Bundesregierung muss auf der internationalen Bühne jetzt dafür sorgen, dass eine Situation wie 2015 in Syrien sich nicht wiederholt. Also: Mit dem Flüchtlingshilfswerk und anderen Partnern muss im Umfeld von Afghanistan jetzt eine Infrastruktur aufgebaut werden, um flüchtende Menschen dort zu schützen, ihnen dort menschenwürdige Umstände zu bieten.

15 **Aber nochmal auf das große Bild dieses Einsatzes: 20 Jahre Afghanistan-Einsatz, auch von der FDP unterstützt. Was lehrt es uns?**

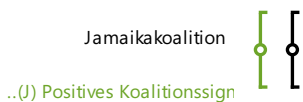
16 **Lindner:** Wir haben bereits in den letzten Jahren, in den vergangenen vier Jahren, in denen wir ja wieder im Deutschen Bundestag mitsprechen, regelmäßig die Bundesregierung gebeten, den Einsatz zu evaluieren und insbesondere uns zu unterrichten darüber, was ist eigentlich bewirkt worden dabei, selbst tragende Sicherheitsstrukturen in Afghanistan aufzubauen. Also durch Ausrüstung und durch Ausbildung. Das war offensichtlich nicht erfolgreich. Nur: Was hilft es jetzt darauf hinzuweisen, die FDP habe bereits 2019 dieses oder jenes gefordert. Die Situation ist jetzt, wie sie jetzt ist. Wir müssen für die Zukunft lernen und vor allem jetzt die anstehenden Aufgaben bei dem Schutz von Geflüchteten, damit wir nicht die Situation wie 2015 erhalten, leisten. Und die akute Frage der Evaluierung muss jetzt befohlen werden.

17 **Herr Lindner, zurück zur bevorstehenden Bundestagswahl: Mit einer hohen Wahrscheinlichkeit werden Sie ja zum Kanzler- oder Kanzlerinnenmacher. Schwarz-Grün braucht aktuell nach den Umfragen die FDP, es geht auch eine Deutschland-Koalition, es geht eine Ampel. Wenn all das am Ende möglich ist, wenn Sie am Ende die Wahl haben, was werden Sie wählen?**



18 **Lindner:** Wir schauen auf die Inhalte, Herr Koll. Und da kann man ganz nüchtern ja vergleichen. Nehmen wir die Frage der Steuererhöhungen. SPD, Grüne und Linkspartei wollen massive Steuererhöhungen. Die CDU ist inzwischen unklar, Herr Laschet schließt sie nicht mehr aus. Wir wollen keine Steuererhöhungen, wollen eher entlasten. Gestatten Sie das zweite Beispiel der Schuldenbremse: Wir glauben, dass wir nach der Pandemie dringend wieder solide wirtschaften müssen. SPD, Grüne und Linkspartei wollen die Schuldenbremse aufweichen.

19 **Markus Söder liebäugelt auch gerade damit. Das heißt, Sie schließen alle Partner aus?**



20 **Lindner:** Nein, aber die CSU ist da unklar. Und das zeigt, die FDP hat eine Bedeutung. CDU/CSU stehen uns nahe, sind aber sind schon dabei, sich nach links zu orientieren. Die Aufgabe der FDP ist es, eine weitere Linksverschiebung der deutschen Politik zu verhindern. Wir sind nämlich schon links genug und wir haben nicht zu viel, sondern zu wenig Freiheit.

21 **Nochmal meine Frage: Angesichts der möglichen Koalitionsoptionen die Sie haben, was würden Sie wählen?**



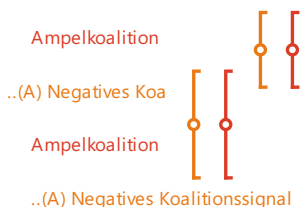
22 **Lindner:** CDU/CSU stehen uns am nächsten. Wir regieren ja auch erfolgreich in Nordrhein-Westfalen. Wir sind, wie ich gerade dargestellt habe, aber nicht deckungsgleich. Deshalb erwarte ich eine Regierungsbildung unter Führung der Union wegen des Momentums. Ich glaube, es wäre dann eine Sache der Union, das weitere Format zu bestimmen. Also diese sogenannte Jamaika- oder Deutschlandkoalition. Das wäre ja nicht an uns.

23 **Markus Söder hat formuliert, dass er die erweiterte Mütterrente als rote Linie formuliert. Ohne würde er nicht in eine Koalition gehen. Gibt es ähnliche Punkte für Sie?**



24 **Lindner:** Ja, keine Steuererhöhung und kein Aufweichen der Schuldenbremse. Wir haben jetzt schon enorme Lasten bei der Generation der Kinder und Enkel und wir beobachten ja bereits Inflationsrisiken. Jetzt muss die erste Aufgabe sein - ich habe auch sehr viele soziale und ökologische Ziele Herr Koll, über die wir gleich auch noch sprechen können - bevor wir aber über soziale und ökologische Ziele und neue Staatsaufgaben sprechen, müssen wir dafür sorgen, dass unser wirtschaftliches Fundament

..(A) Positives Koalitionssignal



wieder stabil ist. Also der Staat nicht überschuldet ist und wir auch wieder einen Aufschwung in der Wirtschaft sehen, mit neuen Jobs, neuen Unternehmen.

25 **Nur um dieses Thema abzuschließen, die Koalitionsoptionen, für das Protokoll: Wenn es eine Ampel gäbe, würden Sie auf einen Kanzler Olaf Scholz bestehen?**

26 **Lindner:** Wie gesagt, es geht nicht um Personen sondern es geht um Inhalte.

27 **Das ist ja verknüpft mit Personen.**

28 **Lindner:** Jaja, gut, Herr Scholz hat in Hamburg einmal die Möglichkeit gehabt, sozial-liberal zu regieren. Er hat bereits vor der Wahl Gespräche mit der FDP ausgeschlossen. Das ist kein Sozial-Liberaler wie Helmut Schmidt. Für uns gilt: Inhalte zählen. Und beim Vergleich der Inhalte fehlt mir die Fantasie, wie überhaupt Rot und Grün der FDP ein Angebot machen könnten. Die stehen in der Sache der Linkspartei ja viel näher als uns.

29 **Bleiben wir bei den Inhalten. Das wichtigste Thema der Menschen bei dieser Wahl und in dieser Zeit ist die Corona-Pandemie. Ihr Stellvertreter, Wolfgang Kubicki, hat nach der jüngsten Ministerpräsidententagung der Kanzlerin bescheinigt - ich zitiere - "sie sei in ihrer eigenen Angstblase gefangen und habe nicht mehr die Wirklichkeit vor Augen". Die Beschlüsse sind aber natürlich auch mit den Ministerpräsidenten gefasst worden. Auch mit Ihrem Lieblingskanzler Armin Laschet. Wie soll das denn im anstehenden Corona-Herbst und -Winter zusammenpassen mit den Liberalen?**

30 **Lindner:** In der Runde von Bund und Ländern ist kein FDP-Mitglied präsent, nur dass wir das nochmal miteinander sagen.

31 **Aber in den Ländern ist sie natürlich vertreten.**

32 **Lindner:** Ja, aber die Krisenstrategie wird ja in der Runde geprägt und insbesondere vom CDU-geführten Kanzleramt. Die Pandemie haben wir nie verharmlost, sie ist auch noch nicht überwunden. Aber der Charakter der Pandemie hat sich ja verändert, durch - gottlob - die Erfolge beim Impfen haben wir eine andere Situation. Deshalb müssen wir schrittweise in die Normalität zurück. Was bedeutet das? Weiter Tempo machen beim Impfen, auch durch mobile Angebote. Es bedeutet, dass Geimpfte und Genesene eigentlich keine weitergehenden Freiheitseinschränkungen mehr erdulden müssten. Von ihnen geht kein nicht-verantwortbares Risiko aus. Und wir brauchen wieder den Deutschen Bundestag, der mitentscheiden kann. Dass jetzt noch einmal die Sonderbefugnisse der Regierung verlängert werden sollen, das halten wir nicht für angemessen. Wir müssen schrittweise in Normalität, Herr Koll. Und wir müssen Zug um Zug die Menschen wieder in die Selbstverantwortung, auch für die eigene Gesundheit, bringen.

33 **Aber Sie sind in jeder Koalitionsoption, die wir eben ja kurz beschrieben haben, der kleinste Partner. Wie wollen Sie denn die Corona-Bedingungen, die Sie gerade formuliert haben, durchsetzen?**

34 **Lindner:** Wir können nicht unsere eigene Politik diktieren, aber wenn Sie alleine Schleswig-Holstein mit einem FDP-Gesundheitsminister mit dem Freistaat Bayern vergleichen: Dort hat es, so weit die vom Bund vorgegebene Strategie möglich gemacht hat, immer eine größere Sensibilität für Bürgerrechte gegeben in Schleswig-Holstein als in Bayern. Wir waren aufmerksamer für die sozialen, für die gesellschaftlichen und die wirtschaftlichen Schäden der Pandemiebekämpfung. Man kann als FDP nicht der ganzen Republik die Politik diktieren, aber man kann Einfluss nehmen.

35 **Das zweitwichtigste Thema der Wählerinnen und Wähler in dieser**

bevorstehenden Wahlzeit ist die Klimakrise. Darüber möchte ich mit Ihnen reden. Vorher aber fasst uns Thomas Reichart die Ausgangslage in 60 Sekunden zusammen [Abspielen eines Videos über Klimaschutz]. Herr Lindner, wir haben es gerade gehört: Sie setzen beim Klimaschutz auf neue Technologien und auf den Markt. Ich darf Ihnen zusätzlich zu dem eben gehörten Potsdamer Klimaforscher noch den früheren Chefökonom der Weltbank, Sir Nicolas Stern, zitieren: Er sagt, der Klimawandel ist das größte Marktversagen der Geschichte. Nun haben wir Billigprodukte, Massenproduktion, Wegwerfkonsum, vermeintlich niedrige Energiekosten. Das sind doch im Grunde genau die Folgen des Marktes, auf den Sie jetzt setzen.

36 **Lindner:** Ich finde meine Position sowohl in dem Beitrag als auch in Ihrer Frage gar nicht wieder. Den Beitrag muss man auch nochmal faktisch überprüfen. Ich rufe mal in Erinnerung: Damals 2009, 2010 hat die von der FDP mitgetragene Bundesregierung die deutschen Klimaziele verschärft. Die sind verschärft worden gegenüber dem, was von Rot-Grün und der vorherigen Großen Koalition beschlossen war. In der Sache sind wir für ein Verbot und insofern auch einen Markteingriff: Wir sind für das Verbot, dass zu viel CO² ausgestoßen wird. Wie aber mit dem dann noch verbleibenden Budget an CO²-Emissionen umgegangen wird - in der Tat Herr Koll - da setzen wir auf Erfindergeist, da setzen wir auf die IngenieurInnen und die TechnikerInnen in unserem Land. Sie und ich, wir beide, wir werden hier nicht die technologisch überzeugenden Lösungen finden. Also in einem Satz gesagt: Wir wollen mehr Freude am Erfinden als am Verbieten in unserem Land.

37 **Sie haben gerade den CO²-Preis und den Emissionshandel genannt. Die Zertifikate sollen knapper und immer teurer werden. Das würde aber, wenn man den Experten glaubt, den Preis durch die Decke schließen lassen. Aber von den enormen Kosten liest man bei Ihnen im Programm nichts. Also die 16 Cent würden da bei weitem nicht ausreichen, die im Moment diskutiert werden.**

38 **Lindner:** Doch, davon liest man tatsächlich. Wir wollen zum einen ja eine sogenannte Klimadividende - das heißt, das Geld, das der Staat einnimmt durch den Verkauf dieser CO²-Rechte, das wollen wir nutzen - um den Strompreis zu reduzieren, also die EEG-Umlage abzuschaffen und auf der anderen Seite wollen wir dieses Geld an die Bürgerinnen und Bürger direkt auszahlen. Das heißt, es geht wirklich darum, den marktwirtschaftlichen Prozess - und der hat sich nun wirklich historisch und international jeder zentralen Planung als überlegen erwiesen, ich glaube das kann man nun sagen - und das wollen...

39 **Die Frage ist, ob wir die Zeit haben.**

40 **Lindner:** Ja, aber unser Modell ist dasjenige, das wirksam aber auch effektiv die Klimaziele erreicht. Denn wie ich sage...

41 **Aber das ist auch das Prinzip Hoffnung, wenn ich das sagen darf. Sie sprechen von Erfindergeist und in Ihrem Programm heißt es "den Wettbewerb der besten Ideen".**

42 **Lindner:** Aber Herr Koll, Prinzip Hoffnung ist: Wir machen den Beizpreis höher und glauben, dann fahren die Menschen weniger Auto. Das ist Prinzip Hoffnung, das hatten wir nämlich schon. Wir hatten mal eine Ökosteuer, die wurde genau deswegen eingeführt - die hatte keinen Effekt. Unser Modell dagegen sorgt dafür: Der CO²-Ausstoß ist gedeckelt und dann gibt es die zwingende Verpflichtung für die Gesellschaft, Wege zu suchen. Und die sind da, ich nenne da mal ein Beispiel: Die BASF möchte vor den Küste einen Wasserstoffwindpark bauen, um den größten CO²-Emittenten des Landes, ihr Chemiewerk in Ludwigshafen, klimaneutral zu machen. Wissen Sie, was die fordern? Nicht Subventionen, die wollen auch nicht das in die Zukunft vertagen. Die sagen nur eins: Bitte schnelle Planungs- und

Genehmigungsverfahren. Und da ist unser Problem. Das hat ja auch Elon Musk bei seinem Besuch in Deutschland gesagt.

43 **Das kann ja zusätzlich erfolgen, aber die Maßnahmen die es gäbe, Tempolimit, Aus für den Verbrennungsmotor - all das lehnen Sie ab. Die Kaufprämie für den E-Motor.**

Inhalte {

44 **Lindner:** Ja, weil in den Verbrennungsmotor können wir auch synthetisches Benzin, das mit erneuerbarer Energie in Chile produziert wird, einfüllen. Und das müssen wir auch, denn wir haben Millionen Autos auf den deutschen Straßen. Wenn wir warten, bis die alle durch elektrische Autos ersetzt sind, dann haben wir die Zeit verloren. Wir können also sehr viel schneller mit Technologieoffenheit und wirklich mit dem Vertrauen auf ingenieurwissenschaftliches Know-How Erfolge erzielen. Und ich füge hinzu: Diese Verzichtsdanke der Grünen, die mag moralisch ansprechend für uns im Wohlstand hier sein, aber glauben Sie allen Ernstes China, Indien, Afrika könnten da folgen? Wir müssen der Technologieweltmeister sein. Und ich wünsche mir, dass insbesondere CDU und CSU in dieser Frage die Grünen nicht mehr länger schonen, sondern dass wir gemeinsam herausarbeiten. Der Verzicht auf wirtschaftliche Perspektive, Freiheit, bringt uns beim Klimaschutz nicht voran in globaler Perspektive.

Jamaikakoalition

..(J) Positives Koalitionssign



45 **Herr Lindner, beide Themen, Klimakrise und Corona, werden in den nächsten Jahren enorme finanzielle Mittel brauchen. Blicken wir deshalb auf die liberale Steuer- und Haushaltspolitik: Die Summe Ihrer vorgeschlagenen Entlastungen im Wahlprogramm wurden zusammengerechnet und wären ein Minus von fast 90 Milliarden Euro in den öffentlichen Kassen. Sie möchten Finanzminister werden, aber konkrete Vorschläge, wie man diese Summe finanziert, haben Sie nicht gemacht.**

46 **Lindner:** Ja, weil wir auch gar nicht sagen, dass die Vorschläge alle gleichzeitig in einem Haushaltsjahr wirksam werden sollen, sondern es sind Vorschläge, die wir unterbreitet haben, die Schritt für Schritt umgesetzt werden sollen. Übrigens ist das da errechnete Defizit ebenfalls nochmals zu hinterfragen, denn es bleibt da vollkommen unberücksichtigt, dass da natürlich eine steuerliche Entlastung im Effekt der Jahre danach auch zu einer stärkeren wirtschaftlichen Belebung kommt...

47 **Das ist eine Behauptung.**

48 **Lindner:** Das ist keine Behauptung.

49 **Das Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche hat gerade das Gegenteil behauptet.**

50 **Lindner:** Es gibt aber auch Studien aus Deutschland, die es klar zeigen. Es ja auch evident: Wenn die Überstunde sich lohnt, wenn es sich lohnt in einen neuen Job zu investieren, wenn wir auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig sind, wenn private Investitionen ausgelöst werden, dann stärkt das natürlich das Wachstum. Und deshalb: Wir haben zwei Leitplanken, keine Steuererhöhung, keine Aufweichung der Schuldenbremse. Und dazwischen wollen wir arbeiten an gezielten Entlastungen. Vom Krankenpfleger bis zur Ingenieurin, im Mittelstand und für die im Wettbewerb stehenden Betriebe, damit wir erfolgreich sein können.

Inhalte {

51 **Entlasten wollen Sie - wir sind dann nochmal bei den Zahlen des ZEW - vor allem die Menschen, die hohe Einkommen haben. Wenn man über 300.000 Euro verdient, hat man nach Ihren Steuerplänen am Ende 18.000 Euro mehr. Und das ist proportional natürlich nicht vergleichbar mit den kleineren Einkommen.**

52 **Lindner:** Dazu habe ich zwei Antworten. Die erste Antwort ist: Wer ein hohes

Einkommen hat, zahlt allerdings auch mehr Steuern. In dieser Entlastung ist zudem - das ist mein zweites Argument - der Solidaritätszuschlag mit enthalten. In Wahrheit ist das aber keine Entlastung, Herr Koll. Der Solidaritätszuschlag, den wir abschaffen wollen, ist aus unserer Sicht verfassungswidrig. Wir klagen in Karlsruhe. Herr Scholz hätte niemals mit der Einnahme planen dürfen, sagt sogar der Bundesrechnungshof. Also wegen des verfassungswidrigen Soli, den wir abschaffen wollen, ist die Entlastung zusätzlich größer, die Sie errechnet haben. Das dritte Argument ist: unserem Land nicht für sich, sondern es ist das Einkommen ihres Handwerksbetriebs, aus dem auch dann die wirtschaftliche Substanz erbracht werden muss für die Schaffung eines Ausbildungsplatzes oder für ein neues Gerät.

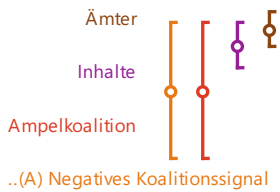
53 **Herr Lindner, genau in sechs Wochen wird gewählt. Es heißt, Geschichte wiederholt sich nicht aber sie reimt sich gelegentlich. Mit Blick auf die Akteure und auf mögliche Koalitionen: Gibt es auch in diesem Jahr eine Situation, in der es für Sie heißen könnte "besser nicht regieren"?**

54 **Lindner:** Ja, wir haben 2017 den damals von Frau Merkel mit den Grünen geplanten Linksshift unseres Landes - ich denke allein an die Frage der Einwanderungspolitik damals - das haben wir verhindert. Und so kann ich auch in diesem Jahr sagen: Eine weitere Verschiebung nach links - weniger Respekt vor Eigentum, weniger freie Entfaltungsmöglichkeiten, höhere Belastungen - einen solchen Weg könnten wir nicht mitgehen.

55 **Herr Lindner, herzlichen Dank für das Gespräch.**

56 **Lindner:** Danke Ihnen.

RND – 16.08.2021



1 **Herr Lindner, auf einer Skala von 1 bis 10: Wie gut wären Sie als Finanzminister?**

2 **Lindner:** Es geht um Inhalte. Im Unterschied zu Herrn Habeck wollen wir die Schuldenbremse nicht aufweichen, sondern für solide Finanzen respektieren. Herr Habeck wirbt für höhere Steuern, ich für niedrigere. Und anders als Herr Scholz will ich nicht mehr gemeinsame Schulden in Europa, sondern die finanzpolitische Eigenverantwortung erhalten.

3 **Und jetzt noch eine Zahl, bitte.**

4 **Lindner:** So wenig ich anderen Kopfnote gebe, so wenig bewerte ich mich selbst – und schon gar nicht für ein Amt, das ich nicht ausübe.

5 **Wie sehr sind Sie von sich und Ihrem Weg überzeugt?**

6 **Lindner:** Es geht nicht um mich. Ich könnte schon vier Jahre Finanzminister sein. Von unserem Weg bin ich überzeugt. Wir müssen den Wohlstand erst erarbeiten, bevor wir ihn verteilen können. Und der Staat kann nicht auf Dauer mehr ausgeben, als er einnimmt.

7 **Ist der Job des Finanzministers überhaupt attraktiv und erstrebenswert? Die Staatskassen sind wegen der Corona- und Fluthilfen sowie davon galoppierender Sozialausgaben leer.**

8 **Lindner:** Wer Finanzminister wird, muss sich auf kontroverse Zeiten einstellen. Auf den täglichen Applaus darf man nicht hoffen. Aber für die Modernisierung unseres Landes, für soziale und ökologische Ziele müssen wir das wirtschaftliche Fundament stärken. In seinen Kernaufgaben wie Bildung, Sicherheit und Infrastruktur muss der Staat wieder handlungsfähig werden. Um das zu erreichen, wird der künftige Finanzminister Wünsche nach neuen Subventionen oder Umverteilung oft ablehnen müssen.

9 **Ihr Wahlprogramm sieht umfangreiche Steuererleichterungen vor – unter anderem die komplette Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Ist das angesichts der gigantischen Ausgaben wegen der Notlagen Corona und Flut noch realistisch?**

10 **Lindner:** Steuerentlastungen sind kein Selbstzweck. Die Menschen müssen sich wieder Lebensträume wie die eigenen vier Wände erarbeiten können, sonst wird der Zusammenhalt brüchig. Private Investitionen in saubere Technologien müssen attraktiv sein, wenn wir neue Jobs und Klimaschutz verbinden wollen. Und erst ein Wirtschaftsaufschwung erlaubt, dass der Staat aus seinem Defizit herauswächst.

11 **Ist der Soli für Sie in Koalitionsverhandlungen ein Show-Stopper?**

12 **Lindner:** Der Soli ist nach über dreißig Jahre potenziell verfassungswidrig. Es ist möglich, dass Karlsruhe ihn verwirft. Damit hätte Olaf Scholz nicht planen dürfen. Unsere Show-Stopper heißen Steuererhöhungen und Aufweichung der Schuldenbremse. Die Trendumkehr von immer weiter steigenden Belastungen hin zur Entlastung wird ein Prüfstein für eine Koalition sein.

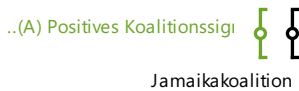
13 **Zu der Theorie, dass man aus der Krise rauswachsen kann, sagt der Wirtschaftswissenschaftler Michael Hüther: „Der Verweis auf Wirtschaftswachstum ist zwar richtig, aber es wäre schon wegen des demographischen Wandels naiv zu glauben, dass die Bundesrepublik wie nach der Weltfinanzkrise einfach aus den Schulden rauswachsen wird ...“**

14 **Lindner:** Ich sehe es wie Herr Hüther. Die Lage ist herausfordernder als vor zehn Jahren. Die Wirtschaft ist weniger wettbewerbsfähig, neue Gewinne durch sinkende Zinsen werden nicht kommen, die große Koalition hat Ausgaben beschlossen, die nicht nachhaltig finanziert sind. Nach 2010 wurde wenig getan, die Erfolge kamen automatisch. Nun liegt Arbeit vor uns, die Wirtschaft auf Wachstumskurs zu bringen und die Haushalte aufzustellen. Wir werden öfter Politik ohne Geld machen müssen.

15 **Heißt konkret?**



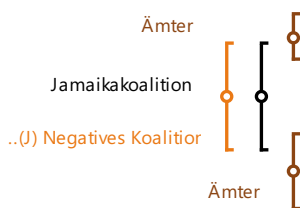
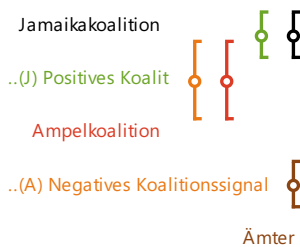
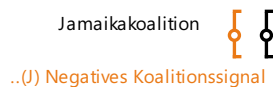
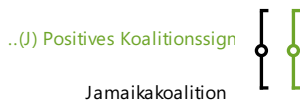
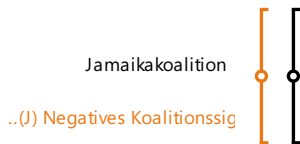
Ampelkoalition



..(J) Positives Koalitionssignal

- 16 **Lindner:** Wir müssen bei Planungs- und Genehmigungsverfahren schneller werden. Wir müssen Bürokratie abbauen ...
- 17 **Wie in jedem Wahlkampf.**
- 18 **Lindner:** Die 16 Jahre Amtszeit Merkel können Sie mir nicht vorwerfen.
- 19 **Vier Jahre lang war die FDP dabei.**
- 20 **Lindner:** Das war die einzige Phase, wo der Staatshaushalt kleiner und damit solider wurde. In NRW zeigen wir mit Entfesselungsgesetzen konkret, wie wir Erfinder- und Gründergeist freisetzen.
- 21 **Gibt es im Bundeshaushalt Ausgabenposten, die man streichen könnte?**
- 22 **Lindner:** Eine alternde Gesellschaft sollte die Rente mit 63 nicht mehr subventionieren. Die sogenannte Asylrücklage kann aufgelöst werden. Auch Hybridfahrzeuge brauchen keine Förderung.
- 23 **Warum?**
- 24 **Lindner:** Das ist ein Mitnahmeeffekt. Wir sollten uns auf den Aufbau von Ladesäulen konzentrieren, nicht Leasingraten für Dienstwagen subventionieren.
- 25 **Krankenkassen melden aktuell Milliarden-Defizite. Sie fordern nun höhere Zuschüsse, damit der Zusatzbeitrag für die Versicherten nicht steigen muss. Wie sehen Sie das?**
- 26 **Lindner:** Die Sozialbeiträge müssen unter 40 Prozent bleiben. Aufgrund von Alterung und Leistungsausweitungen der großen Koalition wird der Zuschuss aus dem Staatshaushalt steigen. Wir müssen aber die Kontrolle zurückgewinnen. Dazu schlagen wir etwa vor, die Rente um eine Aktienkomponente nach schwedischem Vorbild zu ergänzen.
- 27 **Nach aktuellen Umfragen sind zurzeit viele Koalitionsmodelle möglich: Jamaika, also Schwarz-Grün-Gelb, die rote oder die grüne Ampel, also jeweils Grüne und SPD mit den Liberalen im Bunde, die sogenannte Deutschlandkoalition aus Schwarz-Rot-Gelb und auch Grün-Rot-Rot. Sortieren Sie mal, was das beste für die FDP ist.**
- 28 **Lindner:** Für Deutschland wäre eine Regierung der Mitte das Beste.
- 29 **Alle Parteien behaupten von sich, sie seien die Mitte.**
- 30 **Lindner:** Deutschland hat bereits so viel Staat und so wenig Freiheit, dass wir keine weitere Linksverschiebung brauchen. Deshalb wollen wir so stark werden, dass Schwarz-Grün oder Rot-Grün-Rot keine Mehrheit haben.
- 31 **Machen Sie sich nicht unwählbar für die Menschen, wenn Sie nicht sagen, welche Koalition Sie bevorzugen?**
- 32 **Lindner:** Aber das tue ich doch. Wir regieren in Nordrhein-Westfalen erfolgreich mit der CDU. Dort ist die Nähe am größten. Aber ob daraus im Bund Jamaika oder eine Deutschlandkoalition wird, liegt nicht an uns. Welche andere Partei legt sich stärker fest?
- 33 **Die anderen Parteien sind nicht in dieser Größenordnung das Zünglein an der Waage.**
- 34 **Lindner:** Die Grünen lassen sogar offen, ob sie lieber mit der CDU oder mit der Linkspartei koalieren. Wir haben dagegen 2017 eine weitere Linksverschiebung der Politik verhindert. Darauf kann man auch 2021 zählen.

Bild am Sonntag – 21.08.2021



1 **Herr Lindner, die Union bricht fünf Wochen vor der Wahl in den Umfragen ein. Wie viele Sorgen machen Sie sich um Ihren Wunsch-Koalitionspartner?**

2 **Lindner:** Die Union benötigt keine gönnerhaften Bemerkungen. Ich gehe unverändert davon aus, dass CDU/CSU die stärkste Kraft werden und den Regierungsauftrag erhalten. Allerdings gibt mir der Kurs von Armin Laschet Rätsel auf.

3 **Was gefällt Ihnen nicht?**

4 **Lindner:** Im Wahlprogramm der Union stehen zum Beispiel Steuerentlastungen. Aber inzwischen schließt Armin Laschet sogar Steuererhöhungen nicht aus. Nach diesen Pirouetten sagt allein die FDP: Nach einer Wirtschaftskrise darf es keine höhere Steuerlast für die Menschen und die Betriebe geben. Mit Ausnahme von Konzernen wie Google. Im Gegenteil sollten wir für Entlastung arbeiten, damit das Handwerk investieren kann, sich die Überstunde lohnt und mehr Menschen sich den Traum von der eigenen Wohnung erfüllen können.

5 **Führende CDU-Politiker warnen vor der Wahl der FDP, weil man nicht wisse, mit wem Sie am Ende regieren. Parteivize Julia Klöckner etwa wirft Ihnen vor, die Wähler einzulullen. Sind Sie ein Einuller?**

6 **Lindner:** Man muss solche Angriffe mit der Lage der CDU entschuldigen. Allerdings wäre es ratsam, wenn die Union sich weniger mit ihrem verlässlichen Koalitionspartner in Nordrhein-Westfalen beschäftigen würde, sondern mehr mit den Grünen. Die Grünen wollen mit unzähligen Eingriffen, Verboten und Subventionen aus unserer Industrienation ein Bullerbü machen. Die FDP macht dagegen Vorschläge, wie man zum Beispiel mit synthetischem Kraftstoff den Verbrennungsmotor klimafreundlich macht. Wir müssen den Klimaschutz von linken Ideen lösen und zu einer Technologie- und Wachstumsagenda machen. Da die CDU inhaltlich nichts bietet, stehen wir allein für wirtschaftliche Vernunft.

7 **Beim derzeitigen Stand der Umfragen wären Sie der Kanzlermacher. Also: Laschet oder Scholz?**

8 **Lindner:** Die Partei von Willy Brandt hat immer unseren Respekt, aber CDU/CSU stehen uns trotz allem inhaltlich am nächsten. Mir fehlt die Vorstellungskraft, welches Angebot Herr Scholz oder Frau Baerbock der FDP machen können. Man darf nicht vergessen, wir haben 2017 einen Linksdrift der deutschen Politik verhindert, den Frau Merkel den Grünen zugestehen wollte. Darauf können die Menschen sich auch 2021 verlassen. Es zählen Überzeugungen, nicht Karrieren.

9 **Wollen Sie schon wieder nicht regieren?**

10 **Lindner:** Wir wollen Verantwortung, aber wir treten nicht in jede beliebige Regierung ein. Wir wollen Schwarz-Grün verhindern. Die letzten Wochen haben die Zweifel verstärkt, ob Armin Laschet die Führungskraft hat, die Anliegen der Grünen nach Umverteilung, Bevormundung und Subventionierung zurückzuweisen. Deshalb ist es wichtig, dass nicht die Grünen mit Herrn Habeck den nächsten Finanzminister stellen, sondern die FDP.

11 **Die Grünen als mögliche Koalitionspartner wollen Steuererhöhungen, um ihre Wunschprojekte zu finanzieren. Wie hart wird Ihre Streichliste als möglicher Finanzminister?**

12 **Lindner:** Wir müssen unnötige Subventionen prüfen, ja. Aber einen Aufschwung erreicht man weder mit dem Rotstift noch mit Steuererhöhungen. Deutschland muss wieder auf Angriff setzen. Wir brauchen mehr Freude am Erfinden als am Verbieten. Daher wollen wir gezielte steuerliche Entlastungen, damit in saubere Technologie und neue Jobs investiert wird. Ich möchte Gründergeist entfesseln. Dann wächst unsere Gesellschaft aus ihren Defiziten und aus ihrer schlechten Laune heraus.

Ämter

Inhalte

Inhalte

13 **Haben Sie wirklich Lust in der schwierigen Nach-Corona-Zeit Finanzminister und damit Buhmann der Nation zu werden?**

14 **Lindner:** Kein künftiger Finanzminister darf auf viel Applaus hoffen. Er wird öfter Nein sagen müssen. Aber ich wäre bereit dazu. Die FDP bewirbt sich ja nicht um einen Platz in der Hängematte.

15 **Stehen Sie als Finanzminister zur Schuldenbremse?**

16 **Lindner:** Wir haben enorme Schulden. Wir haben bereits Inflationsrisiken. Wir haben künstlich niedrige Zinsen. Die Schuldenbremse des Grundgesetzes darf daher nicht aufgeweicht werden, wie Grüne und Markus Söder dies wollen. Wir müssen zurück zur soliden Finanzen. Investitionen in digitale Infrastruktur und Bildung können wir verstärken, wenn wir Prioritäten setzen und beim Bürokratismus sparen.

17 **Keine neuen Schulden, aber ein Loch von 88 Milliarden Euro durch Ihre Steuersenkungen. Wie wollen Sie das als Finanzminister finanzieren?**

18 **Lindner:** Unsere Vorschläge für Entlastungen sind nicht für ein Jahr geplant, sondern nach und nach. Vermutlich wird als erstes der Solidaritätszuschlag für alle fallen, weil der über dreißig Jahre nach der Einheit verfassungswidrig ist.

19 **Welche Probleme wollen Sie in der Regierung als erstes anpacken?**

20 **Lindner:** Deutschland ist ein Höchststeuerland. Die digitale Infrastruktur hat bei weitem nicht das Niveau einer Industrienation des Jahres 2021. Uns fehlen in vielen Bereichen Fachkräfte, unser Sozialstaat ist in keinster Weise darauf ausgerichtet, dass der Menschheitstraum eines längeren, gesünderen Lebens für alle in Erfüllung gehen kann. Und die zum Teil unwirksamen, aber belastenden Corona-Maßnahmen haben die Lage verschärft. Deutschland ist ein Sanierungsfall, aber ein aussichtsreicher.

21 **Der fast 20-jährige Afghanistan-Einsatz Deutschlands ist katastrophal gescheitert. Auch die FDP hat dem Einsatz jedes Jahr zugestimmt. Haben Sie sich geirrt?**

22 **Lindner:** Zugestimmt haben wir aus Respekt vor den Soldaten, nicht aus Vertrauen in die Bundesregierung. Wir haben bei jeder Mandatsverlängerung gefragt, wie realistisch die Einsatzziele sind und welche Vorbereitungen es für den Abzug gibt. Unsere Hinweise wurden in den Wind geschlagen.

23 **Besonders das Krisenmanagement der Bundesregierung war desaströs. Welche Schuld tragen die Verteidigungsministerin und der Außenminister?**

24 **Lindner:** Die Vorgänge dokumentierten eine erschreckende Hilflosigkeit. Die Bundestagswahl ist deshalb auch eine Abstimmung darüber, ob Herr Maas und Frau Kramp-Karrenbauer ihre Arbeit fortsetzen sollten.

25 **Wie konnte der BND so versagen?**

26 **Lindner:** Die Fehleinschätzung des BND muss Konsequenzen haben. Er muss gegebenenfalls neu aufgestellt werden. In der nächsten Legislaturperiode braucht es einen Afghanistan-Untersuchungsausschuss, wo alles auf den Tisch kommt, was nicht funktioniert hat. Auch welche systematischen Schwächen wir bei diesen Einsätzen haben. Das muss aufgeklärt und neu konzipiert werden.

27 **Was bedeutet das Scheitern in Afghanistan für andere Einsätze wie zum Beispiel den in Mali?**

28 **Lindner:** Alle Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen gründlich evaluiert werden. Sind unsere Ziele realistisch? Gibt es eine Abzugsperspektive? Generell bin ich der Meinung, dass der Aufbau eines Staates durch Militärintervention von außen nicht realistisch ist, wenn es von innen nicht eine breite Unterstützung dafür gibt.

deutschlandfunk – 05.09.2021

1 **Wir zeichnen dieses Interview tatsächlich ungewöhnlich früh auf, am Donnerstagnachmittag (2.9.2021). Im Radio läuft es dann am Sonntag. Der Grund ist dafür ist tatsächlich der Bahnstreik. Wir waren eigentlich für morgen früh verabredet. Und Sie wollten dann schön von Berlin aus mit dem Zug wieder nach Nordrhein-Westfalen fahren. Das klappt jetzt alles nicht. Deshalb haben wir unsere Kalender ein bisschen geschüttelt und sitzen jetzt zusammen. Dass dieser Bahnstreik mitten im Wahlkampf stattfindet, wie sehr nervt das?**

2 **Christian Lindner:** Ich will mich nicht als Politiker, der ja über sehr gute logistische Unterstützung verfügt, beklagen. Ich denke eher an die Pendlerinnen und Pendler, an die Menschen, die vielleicht aus dem Urlaub zurückkehren. An die denke ich. Und ich halte die Form des Streiks für nicht am Gemeinwohl orientiert. Und deshalb ist diese neuerliche Eskalation zu Lasten eines ganzen Landes gewiss ein Anlass, um auch über die rechtlichen Regelungen dieses Arbeitskampfes nachzudenken. Es hat da ja in der Vergangenheit bereits eine Gesetzgebung von Union und SPD gegeben. Aber die Wirkung ist überschaubar, wie wir jetzt wieder sehen. Ein nächster deutscher Bundestag muss sich das erneut ansehen.

3 **Das heißt Streikrechte einschränken?**

Inhalte {

4 **Lindner:** Die Koalitionsfreiheit hat Verfassungsrang. Deshalb ist Gesetzgebung hier nicht so einfach. **Wünschenswert wäre Einsicht, wäre die Bestellung einer Persönlichkeit, die schlichten kann.** Aber unsere Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker halten es für angebracht, sich noch mal anzusehen, ob es hier rechtliche Möglichkeiten gibt?

5 **Steigen wir ein bisschen tiefer noch in die Inhalte ein und schauen in Ihr Wahlprogramm, das Wahlprogramm der FDP. „Finanzen“ ist da ja ein Kernthema Ihres Wahlkampfs. Sie würden auch durchaus gerne Finanzminister werden, könnten sich das vorstellen. Die FDP ist gegen Steuererhöhung. Sie wollen Unternehmen, aber auch die Bürger*innen entlasten. Sie wollen aber gleichzeitig auch an der Schuldenbremse festhalten. Und dann aber auch ganz viel modernisieren. Weniger Steuereinnahmen für den Staat, die Schuldenbremse einhalten, steigende Ausgaben. Wollen Sie als Finanzminister Geld herzaubern?**

Inhalte {

Inhalte {

Inhalte {

6 **Lindner:** Diese unterschiedlichen Ziele muss man ja in eine Reihenfolge, auch in eine zeitliche Abfolge bringen. Erstens: **Wie dürfen die Schuldenbremse im Grundgesetz nicht verwässern.** Wir haben bereits Inflationsrisiken. Wir haben enorme Defizite in ganz Europa. Wenn wir die Schuldenbremse jetzt als Teil der Selbstdisziplinierung der Politik aufheben, hätte das enorme Auswirkungen. **Die muss bleiben.** Wir müssen dann gezielt arbeiten, um wirtschaftliches Wachstum anzuschieben. Der Nachhol-, der Aufholprozess nach der Pandemie auch als Wirtschaftskrise ist bei uns zu langsam. Deshalb ist mein Vorschlag eine Super-Abschreibung auf **Anlagegüter einzuführen, insbesondere Investitionen, die dem Klimaschutz und der Digitalisierung dienen sollten, also schneller abgeschrieben werden können.** Das kostet den Staat nichts, kann aber das wirtschaftliche Wachstum **beschleunigen.** Kann uns deshalb auch dann zusätzliche Spielräume in den Haushalten bringen. Und dann in einem nächsten Schritt kann man auch über Entlastungen in der breiten Mitte der Gesellschaft nachdenken. Aber man muss es eben in eine zeitliche Abfolge bringen.

7 **Das heißt, Entlastungen kommen erst für die Wirtschaft und dann für die Bürgerinnen und Bürger?**

8 **Lindner:** Erst geht es darum, dass wir sichere Jobs haben, dass wir private Investitionen in den Klimaschutz und die Digitalisierung mobilisieren, dass wir bei der Entwicklung der Wirtschaft nach der Pandemie endlich aufschließen, dass wir nachholen, das, was in den letzten beiden Jahren nicht möglich war. Genau. Und dann wachsen dem Staat die Möglichkeiten zu, sich aus den

Defiziten zu befreien. Dann gibt es die Möglichkeit, auch den Menschen zu erleichtern, sich private Lebensträume zu erfüllen.

9 **Aber eine Frage bleibt ja. Sie sagen jetzt, wir brauchen private Investitionen in den Klimaschutz. Aber wie soll denn auch der Staat Klimaschutz voranbringen? Also, ich denke beispielsweise an die energetische Sanierung von Schulgebäuden, von Verwaltungsgebäuden. Dafür braucht der Staat ja auch sehr viel Geld. Wo soll das denn herkommen?**

Inhalte

10 **Lindner:** Indem wir im öffentlichen Haushalt zu Umschichtungen kommen. Ich halte beispielsweise wenig von den Subventionen für batterieelektrische Fahrzeuge. Beim Ausbau der Elektromobilität sollte die Priorität auf der Ladesäuleninfrastruktur liegen und nicht bei der Subventionierung von Dienstwagen und die Reduzierung von Leasingraten.

11 **Aber es geht ja auch darum, dass die Bürgerinnen und Bürger in der Lage sind, sich E-Fahrzeuge zu kaufen.**

..(A) Negatives Koalitionssi
Ampelkoalition

12 **Lindner:** Ja, aber ich glaube, dass das Problem bei den Ladesäulen eher gegeben ist. Und außerdem wird ein zukünftiger Finanzminister vielleicht auch öfter nein sagen müssen bei Ausgabenwünschen. Beispielsweise eine Milliarde Euro, um eine Millionen Lastenfahräder mit 1.000 Euro zu fördern, wie die Grünen das wollen. Ich glaube, solche Pläne bringen uns bei der wirtschaftlichen Erholung, wie auch bei der Dekarbonisierung gleichermaßen nicht weiter.

13 **Okay, jetzt haben Sie den Grünen gerade eine Absage erteilt. Aber ich kann mir vorstellen, dass nach diesem Interview dann vielleicht Ihr Telefon klingelt und der eine oder andere Konzernchef dran ist und sagt: Christian, wir brauchen aber Geld, um beispielsweise unsere Hochofentechnologie umzustellen auf Wasserstoff. Was sagen Sie dann?**

14 **Lindner:** Das ist eine völlig andere Frage. Und das sind ja Investitionen, die dort unterstützt werden müssen in den nächsten zehn, 15 Jahren, weil aufgrund von naturwissenschaftlichen Gegebenheiten dort CO2 anfällt und in einem CO2-Markt dort dann Möglichkeiten geschaffen werden müssen. Aber da wir ja insgesamt unseren Klimaschutz umstellen wollen auf einen CO2-Emissionshandel, durch den der Staat ja auch Einnahmen erzielt, würde man aus einem solchen Prozess zum Beispiel die Kosten für den Strom reduzieren können.

15 **Jetzt haben Sie mir aber noch nicht erzählt, wo Sie das Geld herbekommen möchten, mit dem Sie die Unternehmen dann tatsächlich unterstützen. Denn da werden voraussichtlich Milliarden gebraucht in den kommenden Jahren.**

..(A) Negatives Koalitionssi
Ampelkoalition

16 **Lindner:** Aber das wird aus Europa insgesamt erfolgen müssen. Solche Contracts for Difference, nicht nur aus dem deutschen Staatshaushalt. Aber Ihre Frage läuft auf einen Punkt hinaus und den will ich ganz klar machen, im Unterschied zu unseren politischen Mitbewerbern. Wir wissen, dass die Voraussetzung für alle sozialen und ökologischen Ausgaben ein starkes wirtschaftliches Fundament ist. Ohne wettbewerbsfähige Betriebe, ohne dass neue Jobs geschaffen werden, ohne dass sich die Überstunde für den Facharbeiter lohnt, ohne neue Start-ups werden wir weder das Defizit in den öffentlichen Haushalten noch unsere sozialen Ziele und auch nicht unsere ökologischen Ziele erreichen. Und deshalb muss die Festigung des wirtschaftlichen Fundaments unserer Gesellschaft erste Priorität sein. Erst auf der Grundlage ist alles andere möglich.

17 **Michael Hüther vom Institut der deutschen Wirtschaft empfiehlt für die notwendigen Investitionen der kommenden Jahre – und er macht da so**

bis 2030 450 Milliarden Investitionsbedarf aus – er empfiehlt einen föderalen Investitionshaushalt als Sondervermögen, schuldenfinanziert. Und er sagt, weil das ein Extrahaushalt ist, ist das auch mit der Schuldenbremse kompatibel. Was sagen Sie da?

18 **Lindner:** Wir haben einen besseren Vorschlag. Der Staat hat ja sehr viele Vermögenswerte, beispielsweise eine Beteiligung an der Deutschen Telekom, die Milliarden wert ist. Ist eine Minderheitsbeteiligung. Das heißt, wir können auf die Geschäftspolitik gar keinen Einfluss nehmen. Die Telekom kauft Tochtergesellschaften für Milliarden Dollar in den USA. Und wir glauben, wir können mit diesen Vermögenswerten unternehmerischer umgehen als bisher und können sie beispielsweise nutzen, um Investitionen in das Glasfasernetz möglich zu machen. Quasi einen Tausch nicht benötigter Aktienanteile an internationalen Konzernen, die wir einsetzen können für Investitionen in die Infrastruktur.

19 **Schöner, konkreter Vorschlag. Ich würde trotzdem noch mal gerne zurück zu der Idee von Herrn Hüther, also einen Investitionshaushalt als Sondervermögen, schuldenfinanziert. Das ist, sagt er, mit der Schuldenbremse kompatibel. Stimmen Sie da zu? Oder sagen Sie, hier liegt Herr Hüther falsch?**

20 **Lindner:** Es gibt viele Stimmen, die sagen, das sei mit der Schuldenbremse nicht vereinbar. Armin Laschet hat ja einen ähnlichen Vorschlag schon einmal unterbreitet. Und die eigene CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Rechtsbedenken angemeldet.

21 **Aber wir machen das jetzt ja auch bei den Flutschäden. Auch da richtet der Bund ein Sondervermögen ein, um diese gewaltigen Investitionen stemmen zu können.**

22 **Lindner:** Ja, aber das ist ja eine Naturkatastrophe. In solchen Fällen ist es ja ohnehin immer möglich abzuweichen. Hier geht es ja um eine dauerhaft andere Finanzierung. Ich weiß gar nicht, woher die neue Liebe in Deutschland nach Schulden kommt.

23 **Vielleicht, weil das Geld gerade so billig ist.**

24 **Lindner:** Aber das Geld bleibt nicht auf Dauer billig. Wenn wir sehen, dass in den Vereinigten Staaten die Notenbank ja über eine Änderung der Zinspolitik nachdenkt, aufgrund der Inflationsrisiken, sollten wir in Deutschland – ich zitiere einen früheren Finanzminister – die Tassen im Schrank lassen. Wir sollten sehen, dass bei einer Inflationsrate, die nach der Prognose von manchen jetzt im vierten Quartal über 4 Prozent gehen kann, dass wir dann auch Notwendigkeiten bekommen werden, über eine Zinserhöhung nachzudenken, unserer Europäischen Zentralbank. Und dann kann sich das ganz schnell als ein Bumerang erweisen, jetzt so leichtfertig mit neuen Schulden umzugehen.

25 **Lassen Sie uns noch mal ausführlicher über Klimaschutz sprechen. Die FDP nimmt ja für sich in Anspruch, das härteste Klimaschutzkonzept aller Parteien zu haben.**

26 **Lindner:** Ich würde sagen das Wirksamste.


27 **Sie wollen ja ein CO2-Limit festlegen, das bestimmt, wie viel CO2 noch ausgestoßen werden darf. Sie orientieren sich an 2050 als Marke für die Klimaneutralität und wollen das 1,5-Grad-Ziel von Paris damit erreichen. Im Programm steht jetzt keine konkrete Zahl für so ein CO2-Restbudget. Also, was sehen Sie noch tatsächlich als Restbudget, was Deutschland bis 2050 an CO2 zur Verfügung steht?**

28 **Lindner:** Das müssen die Klimaforscher ermitteln, wie viel Millionen Tonnen

Jamaikakoalition
..(J) Negatives Koalitionssig



..(A) Negatives Koalitionssig
Ampelkoalition



CO2 das sind.

29 **Diese Zahlen gibt es aber ja durchaus bereits vom Sachverständigenrat für Umweltfragen, die diese Idee ja auch für sinnvoll halten. Die haben das vor einigen Jahren errechnet ab 01. Januar 2020. Sehen Sie 4,2 Gigatonnen CO2 für Deutschland noch vorhanden? Ist das eine Zahl, die Ihnen realistisch erscheint?**

30 **Lindner:** Das weiß ich nicht. Eine Tonnendiskussion möchte ich mit Ihnen nicht führen.

31 **Aber wie kann das sein? Sie sagen, Sie haben das härteste Klimaschutzkonzept. Dann brauchen Sie doch auch konkrete Zahlen, mit denen Sie rechnen können.**

32 **Lindner:** Wir orientieren uns an dem, was die Wissenschaft an Budget ausweist und was innerhalb der Europäischen Union Deutschland noch zugewiesen wird. Das muss synchronisiert werden. Übrigens, unsere Zahl für die Klimaneutralität in Deutschland muss sich immer orientieren an dem, was die Europäerinnen und Europäer sich vornehmen. Und daraus errechnet sich dann nicht vom Sachverständigenrat für Umweltfragen, sondern gemeinsam mit der Europäischen Kommission das Budget. Ist aber keine politische Frage. Ich bin Politiker. Ich bin kein Klimawissenschaftler.

33 **Ja, aber Sie machen ja durchaus politische Konzepte, die dazu dienen sollen, das Klimaziel von Paris zu erreichen. Und da müssten Sie ja durchaus auch mal durchgerechnet haben, was notwendig ist.**

34 **Lindner:** Ich sage Ihnen, wie die Methode ist. Gemeinsam mit der Europäischen Kommission wird ein solches Budget festgelegt für alle Mitglieder der Europäischen Union. Und das sollte dann das Budget auch für Deutschland sein. Aber ich werde als studierter Politikwissenschaftler, als Politiker werde ich nicht in eine Diskussion über Tonnen eintreten, sondern über ordnungspolitische Mechanismen. Und der Mechanismus ist: Wir wollen ein Budget für CO2 für Deutschland festlegen. Und wie aber dieses Budget dann bewirtschaftet wird, da wollen wir setzen auf den marktwirtschaftlichen Wettbewerb, weil sich historisch und international eines erwiesen hat: Die Marktwirtschaft mit ihrem Wettbewerbsprinzip, mit der Suche nach überlegenen Lösungen, die ist beim Management von Knappheiten jeder zentralen Steuerung überlegen, weil in der Marktwirtschaft eben Millionen Einzelentscheidungen jeden Tag getroffen werden. Und die sind einfach klüger als das zentrale Lenken von einem Ort, wortwörtlich vom grünen Tisch aus.

35 **Mit was für Preisen für Zertifikate rechnen Sie denn aber dann in den kommenden Jahren?**

36 **Lindner:** Das wird sich am Markt bilden. Wir wissen aus Untersuchungen, dass die CO2-Vermeidungskosten jedenfalls in einem marktwirtschaftlichen Modell günstiger sind als bei der zentralen Lenkung. Wir haben momentan in Europa bei den Zertifikate-Preisen für Energie und Industrie ja Preise von um 50 Euro. Und das ist eine Erwartung, dass in dieser Richtung sich der Preis auch dann einpendeln wird.

37 **Aber von der Höhe, die dann diese Zertifikate haben, der Preis, der dafür gebraucht wird, davon hängt ja auch so ein bisschen ab, was man unter Umständen sozial kompensieren muss. Wir haben ja aktuell in Deutschland für den nationalen CO2-Preis einen Preis von 25 Euro. Und schon jetzt merken viele Bürgerinnen und Bürger das ja. Gerade Geringverdienende merken das bei den Heizkosten, merken das an der Tankstelle. Wenn wir jetzt diese 50 Euro des europäischen Zertifikate-Handels als Referenzgröße nehmen, das wäre auf einen Schlag eine Verdopplung der Kosten, wie wollen Sie das sozial abfedern?**

- 38 **Lindner:** Also, zunächst einmal habe ich nur darauf hingewiesen, wie bei Energie und Industrie gegenwärtig der Preis ist. Ich glaube nicht, dass man das 1:1 übertragen kann auf einen sektorübergreifenden CO₂-Zertifikate-Handel. Nur, dass hier kein falscher Zungenschlag entsteht. Das wird man dann sehen.
- 39 **Ich habe das nur als Referenzgröße genommen, damit wir überhaupt eine Zahl haben.**
- 40 **Lindner:** Ja, absolut, Frau Büüsker.
- 41 **Es gibt ja auch Leute, die von höheren Preisen ausgehen.**
- 42 **Lindner:** Ja. Nur, unser Modell hat ja noch eine weitere Komponente. Wir wollen, dass das Geld, das der Staat einnimmt aus so einem CO₂-Markt, dass das 1:1 an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben wird. Wir wollen daraus zum einen den Strompreis reduzieren, indem die Umlage für die Erneuerbaren Energien, die jede Rentnerin und jeder BAföG-Empfänger zahlt, reduziert wird. Und auf der anderen Seite sollen die Einnahmen dann pro Kopf an die Menschen zurückgegeben werden. Bedeutet: Jemand, der einen durchschnittlichen CO₂-Fußabdruck hat, der soll keine zusätzliche Belastung merken, weil das, was an CO₂-Preis gezahlt wird, ihm zurückgegeben wird. Diejenigen, die einen größeren CO₂-Fußabdruck haben, die haben dann eine entsprechende Kostenbelastung. Und jene, die einen schmaleren CO₂-Fußabdruck haben, für die ist es sogar noch ein Geschäft.
- 43 **Sie haben ja eben schon auf die Klimawissenschaft hingewiesen und wie wichtig die ist. Alle Prognosemodelle der Klimawissenschaft sagen jetzt, dass wir in den nächsten zehn Jahren tatsächlich in die Pötte kommen müssen, dass wir jetzt CO₂ reduzieren müssen, damit für künftige Generationen tatsächlich noch ein CO₂-Budget übrigbleibt, also, Handlungsspielraum, also Freiheit. Ab wann kommt Ihr CO₂-Limit?**
- 44 **Lindner:** Wir sollten es schnellstmöglich jetzt umsetzen. Aber tatsächlich verweist die Warnung, auf die Sie hingewiesen haben, auf die globale Dimension. Wir wissen, dass ja die Volksrepublik China in ungleich größerem Umfang als wir sogar in jedem Jahr noch ihre CO₂-Emissionen bis 2030 steigern wird. Das heißt, die Aufgabe, die wir in Deutschland haben, ist, schnellstmöglich Technologien in die Praxis zu bringen, um auch global zu zeigen, dass wirtschaftliche Perspektiven, die Freiheit der individuellen Lebensführung und die Erfordernisse des Klimaschutzes verbunden werden können. Wir wären kein globales Vorbild, wenn wir zu Lasten von Jobs und zu Lasten der privaten Lebensführung CO₂ einsparen. Schon die Schweiz hat ja gezeigt, dass dort bei einem Referendum unlängst sogar jüngere Menschen sich gegen ein Klimagesetz entschieden haben, weil sie das Gefühl hatten, ihr eigenes wirtschaftliches Vorankommen und die Freiheit ihres privaten Lebensstils würden eingeschränkt werden dadurch. Und das nimmt uns in eine besondere Verantwortung. Unsere Ingenieurinnen und Techniker, die Verbraucherinnen und Investoren nimmt das in eine besondere Verantwortung, einen Weg zu prägen, der für die Welt vorteilhaft ist. Wir können uns nicht nur mit moralischen Appellen bescheiden, sondern wir müssen technologische Lösungen anbieten.
- 45 **Das Interview der Woche im Deutschlandfunk. Zu Gast ist FDP-Chef Christian Lindner. Wir haben jetzt viel über Inhalte gesprochen. Vielleicht lassen Sie uns noch ein paar Farbenspiele machen. Die sind ja in Berlin derzeit durchaus in. Jamaika, Ampel, Rot-Rot-Grün. Es rumort derzeit durchaus tüchtig. Ich habe aber gerade tatsächlich eher ein anderes Farbenspiel im Blick, und zwar die Frage des Bundespräsidenten. Sie haben sich ja sehr früh festgelegt und gesagt, dass Sie Frank-Walter Steinmeier für eine weitere Amtszeit unterstützen möchten. Bleibt es dabei?**

..(A) Positives Koalitionssig

Ampelkoalition



46

Lindner: Es gibt gegenwärtig nur ihn als Bewerber. Herr Steinmeier hat in diesem Amt für Kontinuität in den letzten Jahren gesorgt. Er hat richtige Worte gefunden. Und deshalb haben wir für ihn Sympathien.

47

Das heißt aber, wenn jetzt noch ein anderer Bewerber oder eine andere Bewerberin um die Ecke käme, die Sie zu überzeugen versucht, dann wären Sie nicht grundsätzlich abgeneigt?

48

Lindner: Es gibt ja keine Festlegung von Gremien der FDP, sondern wir haben signalisiert, dass wir Sympathie für eine zweite Amtszeit von Herrn Steinmeier haben. Gremien der FDP haben sich damit noch nicht beschäftigt. Das ist ohnehin dann eine Frage auch für die nächste Fraktion im Deutschen Bundestag, die ja dann in der Bundesversammlung im nächsten Jahr eine Entscheidung trifft.

49

Gilt Ihre grundsätzliche Sympathie denn auch dann noch, wenn dann unter Umständen sowohl das Kanzleramt als auch Bellevue in SPD-Hand landen würden?

50

Lindner: Das ist eine theoretische Frage.

51

Das stimmt, aber man kann sie trotzdem beantworten.

52

Lindner: Beim höchsten Staatsamt ist die parteipolitische Heimat für mich weniger entscheidend als die Eignung der Persönlichkeit für dieses wichtige Amt.

53

Das heißt, Sie gehen auch nicht davon aus, dass Sie sich durch diese frühe Festlegung einen Joker für Koalitionsverhandlungen genommen haben?

54

Lindner: Die FDP wird ja nicht den Regierungsbildungsauftrag erhalten. Deshalb, über solche Joker zu verfügen, das wäre höchstens eine Sache, die Sie andere fragen müssten. Aber bei dieser Bundestagswahl wird die FDP vermutlich nicht versuchen, eine Mehrheit für eine Kanzlerkandidatur zu gewinnen.

55

Habe ich gerade ein „vermutlich“ gehört?

56

Lindner: Das war nur als humorige Auflockerung gedacht.

57

Okay. Vielleicht auch ein kleines Füllwort. Sie haben sich ja tatsächlich sehr früh festgelegt und in den vergangenen Wochen in eigentlich jeder Wahlkampfredede betont, dass Sie davon ausgehen, dass das Rennen um das Kanzleramt schon entschieden ist, und dass Armin Laschet das Ding so gut wie gewonnen hat. Haben Sie sich ein bisschen zu früh gefreut?

58

Lindner: Ich habe mich nicht gefreut, sondern ich habe einer Erwartung Ausdruck gegeben. Und trotz der Schwäche hat Herr Laschet immer noch die solideren Koalitionsoptionen.

59

Das müssten Sie jetzt bitte erklären. Was ist daran solider? Also, sowohl Jamaika als auch eine Ampel würden ja funktionieren – rechnerisch betrachtet.

60

Lindner: Ja, Herr Laschet hat aber auch noch die Möglichkeit der Deutschlandkoalition. Während die Ampelkoalition, von der Herr Scholz ja offen spricht, den Nachteil hat, dass SPD und Grüne in politischen Inhalten sehr weit von der FDP entfernt sind.

61

Dieses Weit-entfernt-liegen mag sicherlich stimmen für die Fragen, die

Jamaikakoalition



..(J) Positives Koalitionssig

..(A) Negatives Koalitionssig

Ampelkoalition



wir hier auch schon ausführlich besprochen haben, also Wirtschafts- und Finanzfragen. Aber, wenn man die Programme nebeneinanderlegt, findet man ja durchaus auch Annäherungspunkte, wenn nicht gar Übereinstimmung. Also, ich denke jetzt insbesondere an den Bereich der Bürgerrechte, Stichwort Überwachung, Geheimdienstbefugnisse, Familienpolitik, Selbstbestimmungsrechte, insbesondere auch von Frauen, Menschenrechte. Das sind Themen, wo sich ja durchaus Anknüpfungspunkte finden würden für eine Ampelkoalition. Sind das für Sie dann nur zweitrangige FDP-Themen?

..(A) Negatives Koalitionssi

Ampelkoalition



62

Lindner: Wenn Sie gerade die Frage der Bürgerrechte nehmen, haben wir doch während der Pandemie einen großen Unterschied gesehen. SPD und Grüne haben die Strategie des Kanzleramtes, auch sehr weitgehend Bürgerrechte einzuschränken, selbst wenn es unverhältnismäßig war, unterstützt. SPD und Grüne haben doch auch die Bundesnotbremse mit der Ausgangssperre sogar für Geimpfte unterstützt, im Unterschied zu uns. Also, ich glaube, Ihre Aufzählung, die Sie gerade gemacht haben, verdient noch eine genauere Betrachtung, ob da tatsächlich so große inhaltliche Übereinstimmungen sind.

63

Aber, wenn wir uns beispielsweise den Paragraph 219a anschauen, wenn wir auf die Geheimdienstbefugnisse gucken, wenn wir auf so was schauen wie die Vorratsdatenspeicherung, die Armin Laschet jetzt wieder ins Gespräch gebracht hat, das ist etwas, was tendenziell Rot-Grün eher ablehnen würde. Da sehen Sie tatsächlich überhaupt keine Übereinstimmung mit diesen Parteien?

..(A) Positives Koalitionssi

Ampelkoalition



64

Lindner: Gerade bei der Vorratsdatenspeicherung hat Herr Scholz doch darauf hingewiesen im letzten Triell, dass das längst gesetzlich geregelt ist und nur aufgrund einer Klage in Karlsruhe aufgehoben ist. Es gibt gewiss Übereinstimmungen. Ich hätte jetzt erwartet, dass Sie noch auf die Legalisierung von Cannabis zu sprechen kommen.

65

In der Tat, auch das. Was trennt SPD, Grüne und FDP?

..(A) Negatives Koalitionssi

Ampelkoalition



66

Lindner: Ja. Aber dennoch gibt es große Unterschiede zwischen SPD und Grünen.

67

Das heißt, eine Koalition wird nicht um die Legalisierung von Cannabis gebildet? Das können wir hier und heute auf jeden Fall festhalten?

..(A) Negatives Koalitionssi

Ampelkoalition



68

Lindner: Das wäre zu wenig, obwohl das ein für viele sicherlich interessantes Thema ist. Und deshalb, ich bin neugierig, was da an Vorschlag kommt. Insbesondere im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik, der Energie- und Klimapolitik gibt es doch sehr signifikante Unterschiede. Und das sind Fragen, die für viele Menschen auch eine enorme Bedeutung haben für ihre Wahlentscheidung. Und da gibt es nicht umsonst ja Wahlprogramme, die man vor der Wahl formuliert. Und ich kann nicht erwarten – das würde ich auch nie verlangen –, dass SPD und Grüne alle dementieren, was sie vor der Wahl gesagt haben. Umgekehrt gilt das für uns aber genauso.

69

Wie müssen wir uns das denn dann vorstellen nach der Wahl, vielleicht am Wahlabend, am Tag danach? Wenn jetzt rein rechnerisch sowohl Jamaika möglich wäre als auch eine Ampel? Mit wem führen Sie dann zuerst Gespräche? Mit demjenigen, der Sie zuerst angerufen hat? Oder geht da die persönliche Präferenz voran?

70

Lindner: Dazu kann ich Ihnen keine Antwort geben, weil die Formate der Gespräche bestimmen ja diejenigen, die versuchen eine Mehrheit für ihre Kanzlerschaft zu gewinnen. Und das ist nicht Sache der FDP. Wir wollen, bei allem Selbstbewusstsein in der Sache, unsere Rolle auch nicht überschätzen.

71

Es gibt ja am 19. September noch einen Parteitag der FDP. Werden Sie

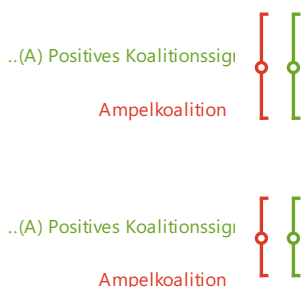
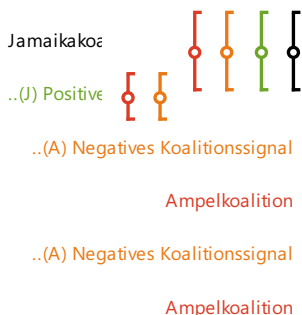


da darauf hinwirken, dass Ihre Partei eine Ampelbündnis klar ausschließt?

- 72 **Lindner:** Wir werden dort Koalitionsprüfsteine in unserem Wahlaufufruf beschließen, also Dinge, die uns nach den Debatten der letzten Wochen und Monate wichtig sind. Wie genau wir im Einzelnen diesen Wahlaufufruf formulieren, das ist noch Sache unserer Gremien. Dazu kann ich gegenwärtig noch gar nichts sagen.
- 73 **Aber das ist ja verdammt spät. Da haben viele Wählerinnen und Wähler ihre Briefwahlunterlagen unter Umständen schon abgeschickt. Ist das nicht ein bisschen zu spät?**
- 74 **Lindner:** Niemand muss fürchten, komplett überrascht zu werden.
- 75 **Das wäre dann jetzt eine gute Chance, hier und heute zu sagen: Ampelbündnis, ich mache es nicht.**
- 76 **Lindner:** Die FDP orientiert sich an Inhalten. Und ich finde, dass erst einmal SPD und Grüne dabei wären, über Ausschlüsse zu sprechen. Wir halten die es mit der Links-Partei, insbesondere nachdem die Links-Partei unseren Soldatinnen und Soldaten im Einsatz in Kabul die Rechtssicherheit eines Mandates versagt hat. Die FDP dagegen hat ja 2017 gezeigt, dass ihr individuelle Karrieren nicht so wichtig sind wie inhaltliche Überzeugungen und das, was wir vor der Wahl an Zusagen gemacht haben. Insofern sehe ich bei uns jetzt nicht die erste Adresse, irgendetwas in dieser Hinsicht festlegen zu müssen.
- 77 **Herr Lindner, ganz herzlichen Dank für das Gespräch.**
- 78 **Lindner:** Oh, sind wir schon durch?
- 79 **Ja.**
- 80 **Lindner:** Wie schade, ich danke Ihnen.

tz – 09.09.2021

- 1 **Wir beginnen mit zwei Fragen, die Leser an uns herangetragen haben, weil sie fürchten, dass Politiker ihnen dazu nie die Wahrheit sagen: Wie sollen wir jemals die Schulden zurückzahlen, die wegen Corona aufgelaufen sind?**
- 2 **Lindner:** Durch eine starke Wirtschaft, mit auf den Weltmärkten erfolgreichen Produkten und gut bezahlten Jobs, die Mittel bereitstellt, um den Staat zu finanzieren und ihn aus den Schulden zu befreien.
- 3 **Im ersten „Triell“ der Kanzlerkandidaten hat sich keiner der drei getraut zu sagen, was der Kampf gegen den Klimawandel kosten wird. Traut sich der FDP-Spitzenkandidat zu, über Belastungen der Bürger zu reden?**
- 4 **Lindner:** Es wird nach den bisher vorhandenen Studien etwa zwei bis 2,5 Billionen Euro kosten, Deutschland im übernächsten Jahrzehnt klimaneutral zu machen. Dies zeigt: Wir müssen Klimaschutz so effizient wie möglich angehen, nicht mit teurer Symbolpolitik nach Art der Grünen. Kostenkontrolle gelingt am besten im marktwirtschaftlichen Wettbewerb, wenn Ingenieurinnen und Techniker, wenn Verbraucherinnen und Investoren gemeinsam den Weg suchen, wie man am günstigsten CO2 einspart. Wir brauchen einen Strategiewechsel – weg von Verboten, staatlicher Detailsteuerung und Einzelsubventionen hin zu einem marktwirtschaftlichen System mit Technologieoffenheit und Erfindergeist.
- 5 **Gezielt fördern wollen Sie die erneuerbaren Energien nicht?**
- 6 **Lindner:** Die erneuerbaren Energien sind bereits marktfähig. Zusätzliche Subventionen sind nicht mehr erforderlich. Wir brauchen stattdessen schnelle Planungs- und Genehmigungsverfahren, insbesondere für die Offshore-Windenergie vor den Küsten. Wir brauchen möglicherweise auch bundesgesetzliche Planfeststellung bei national bedeutsamer Infrastruktur wie den Stromtrassen.
- 7 **Sie bevorzugen eine Koalition unter Führung der CDU auch für den Fall, dass die Union nicht stärkste Kraft wird. Warum bieten Sie sich so sehr an?**
- 8 **Lindner:** Wir bieten uns nicht an. Wir sind eine eigenständige Partei und haben unser eigenes Programm. Im Zentrum steht bei uns die Freiheit des Einzelnen. Da gibt es eine größere Nähe zu CDU und CSU als zu SPD und Grünen. Herr Scholz kann nicht davon ausgehen, dass er Kanzler wird, nur weil er jetzt in Umfragen vorne liegt. Die Geschichte hat gezeigt: Es kommt darauf an, eine Mehrheit im Bundestag hinter sich zu bekommen.
- 9 **Sollten die Grünen der Jamaika-Idee nicht folgen wollen, weil sie eine größere inhaltliche Nähe zur SPD haben, bliebe für die FDP als Regierungsoption nur eine Ampelkoalition. Was müsste Olaf Scholz Ihnen anbieten?**
- 10 **Lindner:** Wir können nicht den eigenen Kurs den anderen komplett diktieren, das ist klar. Aber man muss sich ansehen, ob ein Angebot noch dem entspricht, wovon man selbst überzeugt ist und was man den Wählern an Zusagen gegeben hat.
- 11 **Was müsste inhaltlich in einem Angebot drinstehen?**
- 12 **Lindner:** Ich nenne einmal Beispiele. Wir würden prüfen: Gibt es eine Initiative für ein besseres Bildungssystem. Zweitens: Wir müssen einen Kickstart für die Erholung unserer Wirtschaft auf den Weg bringen. Drittens: eine rationale Klimapolitik.
- 13 **Wo liegen Ihre roten Linien?**
- 14 **Lindner:** Keine Steuererhöhungen und keine Aufweichung der Schuldenbremse – das sind unsere Leitplanken. Innerhalb der Leitplanken kann gerungen werden.
- 15 **Würden es Ihnen Ihre Wähler noch einmal verzeihen, eine mögliche**



Ampelkoalition
..(A) Negatives Koalitionssi

Inhalte

Inhalte

Regierungsbeteiligung auszuschlagen, vor allem, wenn sie damit einem Linksbündnis den Weg ebnen würden?

16 **Lindner:** Die FDP ist fähig zum Kompromiss, das zeigen unsere Regierungsbeteiligungen in den Ländern. Aber wir sind auch in der Lage, harte Entscheidungen zu treffen wie 2017, als wir die von CDU und Grünen geplante Linksverschiebung der deutschen Politik absagen mussten. Eine Linksverschiebung wird es auch dieses Mal mit uns nicht geben.

17 **Olaf Scholz hat sich ja inhaltlich zuletzt deutlich von der Linkspartei abgegrenzt. Glauben Sie, er hält sich die Option Rot-grün-rot nur offen, um mit Ihnen härter verhandeln zu können?**

18 **Lindner:** Ich glaube, dass in Wahrheit große Teile der SPD und auch der Grünen mit der Linkspartei liebäugeln. Denn Verbote und Enteignungen wären mit der FDP nicht möglich.

19 **Wie wollen Sie die Modernisierung und Digitalisierung im Bildungswesen finanzieren?**

20 **Lindner:** Dadurch, dass der Bund sich stärker mit engagiert. Ich wäre dafür, im Bundeshaushalt die überzogenen Subventionen zum Beispiel für dienstliche E-Autos zu reduzieren und lieber die Bildung zu stärken. Der Bund sollte auch Qualitätsvorgaben machen können.

21 **Wie möchten Sie die Rente für die junge Generation sichern?**

22 **Lindner:** Innerhalb der gesetzlichen Rente wollen wir zwei Rentenbeitragspunkte ansparen zur Anlage in Wertpapieren am internationalen Kapitalmarkt unter staatlicher Verantwortung nach schwedischem Vorbild. So können wir den Beitrag für die Jüngeren stabilisieren und das Rentenniveau für die Älteren. Die Differenz muss aus dem Bundeshaushalt finanziert werden.

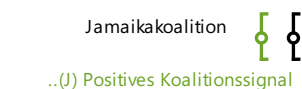
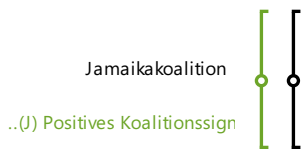
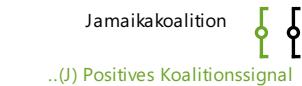
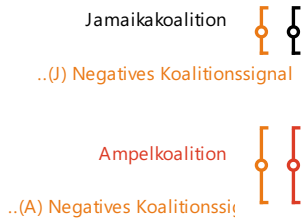
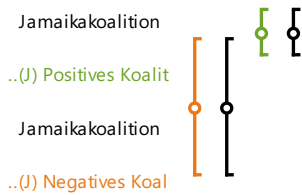
23 **Max Weber hat zwischen Verantwortungs- und Gesinnungsethik unterschieden. Was sagen Sie zu der These, Frau Merkel hat in der Pandemie verantwortungsethisch gehandelt und die FDP wäre eher gesinnungsethisch im Sinne der Freiheit unterwegs?**

24 **Lindner:** Andersherum: Verantwortungsethik bedeutet, dass man nicht nur die edlen Motive ins Zentrum stellt, sondern nicht absieht von den praktischen Ergebnissen einer Politik. Und hier muss man zum Beispiel sehen, dass Schüler nicht zur Schule gehen konnten oder sich viele Menschen isoliert fühlen.

25 **Sie sagten einmal, das brave Verhalten der Deutschen in der Corona-Krise habe Sie an den Roman „der Untertan“ denken lassen: Ist derjenige, der sich an Regeln hält zwangsläufig ein autoritärer Charakter?**

26 **Lindner:** Nein, es geht um die Frage, ob man sich ein kritisches Bewusstsein auch gegenüber den Anordnungen des Staates behält. Es ist die Rolle einer liberalen Partei, den Geist der Verfassung zu verteidigen

t-online – 15.09.2021



1 **Herr Lindner, Sie haben lange eng mit Armin Laschet zusammengearbeitet. Haben Sie im Moment Mitleid mit ihm?**

2 **Lindner:** Armin Laschet benötigt weder gönnerhafte Bemerkungen noch Mitleid. Ich kenne und schätze ihn. Aber klar ist: Die Union ist überraschend schwach und offenbart Unschärfen. In der Steuerpolitik war lange unklar, ob sie nun entlasten will oder offen ist für Steuererhöhungen. Markus Söder denkt über die Aufweichung der Schuldenbremse nach, obwohl wir Inflationsrisiken haben. Die Union garantiert so keine Politik der Mitte.

3 **Das ist ein hartes Urteil.**

4 **Lindner:** Armin Laschet würde die Durchsetzungskraft fehlen, die linken Wünsche der Grünen auf das Sinnvolle zu begrenzen. Frau Baerbocks Lobpreisung von Verboten lässt nichts Gutes für unsere Freiheit erahnen. Stattdessen sollte Klimaschutz durch saubere Technologie ein Wachstumsmotor sein. Ohnehin liebäugeln SPD und Grüne mit der Linkspartei, die ein anderes Land mit 75 Prozent Spitzensteuersatz und Enteignungen will. Der FDP wächst so eine neue Bedeutung zu, eine Politik der Mitte zu garantieren.

5 **Seit der Landtagswahl in NRW 2017 eilt dem CDU-Kanzlerkandidaten der Ruf des Überraschungssiegers voraus. Werden wir am Wahlabend also wieder alle staunen?**

6 **Lindner:** Viel ist in Bewegung. Bedenken muss man, dass Armin Laschet die solideren Koalitionsoptionen hat.

7 **Ärgern Sie sich, dass Sie im Juni – vor dem demoskopischen Absturz der Union – erklärt haben, Laschet werde mit “an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit” Kanzler?**

8 **Lindner:** Nein. Zumindest meine Prognose, dass die Grünen nicht ins Kanzleramt einziehen, scheint sich zu bestätigen. Bei der Union muss man abwarten.

9 **Weil Sie immer noch damit rechnen, dass es zu einer Koalition aus Union, Grünen und FDP kommt?**

10 **Lindner:** Das ist offen und hängt von der Stärke der FDP ab. Je näher wir an die Grünen herankommen, desto mehr Einfluss haben wir. Nicht zwangsläufig stellt die stärkste Fraktion den Kanzler. Vermutlich liegt ohnehin erstmals die Kanzlerpartei unter 30 Prozent. Es kommt mehr denn je auf die Bildung einer Koalition an.

11 **In Schleswig-Holstein regiert ein Jamaika-Bündnis, in Rheinland-Pfalz eine Ampel. Funktionieren beide Koalitionen aus Ihrer Sicht eigentlich gleich gut?**

12 **Lindner:** In Ihrer Aufzählung fehlt die Deutschland-Koalition in Sachsen-Anhalt und die schwarz-gelbe Regierung in Düsseldorf...

13 **..wir interessieren uns aber für den Unterschied zwischen Jamaika und der Ampel.**

14 **Lindner:** Die Vielfältigkeit der Koalitionen zeigt die Eigenständigkeit der FDP. Richtig ist, dass uns die Union in vielem nähersteht. Entscheidend für die FDP ist, dass es gute Inhalte gibt.


15 **Was sind denn für Sie gute Inhalte?**

16 **Lindner:** Ich nenne einmal Koordinaten: Freiheit vor Staat. Erwirtschaften vor Verteilen. Erfinden vor Verbieten.


17 **Und diese Prinzipien lassen sich noch immer am ehesten mit der Union umsetzen?**

18 **Lindner:** CDU und CSU haben sich davon entfernt. Aber die Schnittmengen sind die größeren.

- 19 **Wenn es vor allem mit der Union Schnittmengen gibt: Warum konnte die FDP dann nicht von deren Niedergang in den Umfragen profitieren?**
- 20 **Lindner:** Wir machen ein von der Union eigenständiges Angebot. Wir haben damit die Chance, zum ersten Mal in unserer Geschichte bei zwei Bundestagswahlen nacheinander über zehn Prozent zu kommen. Was die Union angeht, so hat Frau Merkel sie programmatisch nach links bewegt. In der Folge scheint sie nach links Wählerinnen und Wähler zu verlieren.
- 21 **Teilen Sie den Eindruck, dass Olaf Scholz fast nichts Besseres passieren kann als eine rot-grün-rote Mehrheit am Wahlabend, die er gar nicht will? Dann sagt er: Herr Lindner, Sie können jetzt Deutschland vor dem Untergang retten.**
- 22 **Lindner:** Olaf Scholz müsste in diesem Szenario der Öffentlichkeit erklären, dass er die Linkspartei überhaupt als Koalitionspartner in Erwägung zieht. Aber unabhängig davon: Verhinderung ist nicht der Gestaltungsanspruch, für den wir uns bewerben. Bislang fehlt mir die Fantasie, welches Angebot Rot-Grün der FDP machen könnte.
- 23 **Unterstützen Sie die Aussage von Armin Laschet, dass Sozialdemokraten "immer auf der falschen Seite der Geschichte" standen? Unabhängig davon, ob er sich auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik beschränken oder es allgemeiner ausdrücken wollte?**
- 24 **Lindner:** Nein, seinen Satz kann man eben nicht unabhängig von der Beschränkung auf die Wirtschaftspolitik beurteilen. Ich mache mit verkürzten Zitaten keine Politik. Die SPD lag in der Wirtschafts- und Finanzpolitik beispielsweise in den späten Siebzigerjahren daneben ...
- 25 **...als Sie allerdings gemeinsam mit der FDP im Bund regierte...**
- 26 **Lindner:** ...und diese Koalition ist gescheitert. Aber damals gab es auch Ostpolitik, Emanzipation und Bildungsexpansion. Das sind Verdienste. Bei der Agenda 2010 sind die Sozialdemokraten spät zur Einsicht gekommen, aber sie lagen wirtschaftspolitisch richtig.
- 27 **Vor vier Jahren wollten Sie die Jamaika-Verhandlungen noch retten, indem Sie forderten, sich über die großen Linien für die Zukunft zu verständigen. Was sind die großen Linien für die nächsten Jahre?**
- 28 **Lindner:** Für mich gibt es fünf große Modernisierungsaufgaben: Erstens brauchen wir eine Verstärkung des wirtschaftlichen Aufschwungs. Das ist die Voraussetzung für alles. Zweitens brauchen wir Klimaschutz durch Erfindergeist und Innovationen, um Freiheit und Wohlstand nachhaltig zu sichern. Drittens muss das Aufstiegsversprechen unseres Landes wieder mit Leben gefüllt werden, der Bund muss dafür in der Bildungspolitik eine Mitverantwortung übernehmen. Viertens müssen wir die Digitalisierung vorantreiben. Und fünftens braucht es mehr Nachhaltigkeit im Bezug auf die Staatsfinanzen und das Rentensystem.
- 29 **Besonders umstritten dürfte die Bildungspolitik sein...**
- 30 **Lindner:** ...nicht nur: Olaf Scholz geriert sich in der Rentenpolitik gerade als Norbert Blüm des 21. Jahrhunderts. Er gibt hier ungedeckte Versprechen ab. Ohne unsere gesetzliche Aktienrente werden wir für Jüngere und Ältere die Rente nicht stabilisieren.
- 31 **Aber Bildung ist bislang Ländersache.**
- 32 **Lindner:** Das stimmt. Der Bund könnte trotzdem eine Menge machen, zum Beispiel digitale Weiterbildung der Lehrkräfte fördern. Wir könnten Vergleichsstudien zwischen den Ländern forcieren und die berufliche Bildung mit Bundesmitteln modernisieren. Wir brauchen ein Midlife-Bafög, das die Weiterbildung auch mitten im Leben fördert. Und ganz grundsätzlich muss Bafög unabhängig vom Einkommen der Eltern gezahlt werden.
- 33 **Sie betonen immer wieder, Steuererhöhungen werde die FDP in einer künftigen Regierung nicht mittragen. Heißt das eigentlich umgekehrt:**

Ampelkoalition 
 ..(A) Negatives Koalitionssignal

Ampelkoalition 
 ..(A) Positives Koalitionssignal

..(A) Negatives Koalitionssig 
 Ampelkoalition

Inhalte 

Steuersenkungen sind keine Bedingung mehr für Ihre Regierungsbeteiligung?

34 **Lindner:** Wir plädieren für eine Trendumkehr. Nach einem Jahrzehnt der Belastung muss ein Jahrzehnt der Entlastung folgen. Unser Steuerprogramm ist zur schrittweisen Umsetzung gedacht. Im ersten Schritt müssen wir den Aufschwung stärken, weil wir damit das Staatsdefizit reduzieren. Als Sofortmaßnahme schlagen wir ein Super-Abschreibungsprogramm vor, damit Betriebe starke Anreize für Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung erhalten. Dann leiden wir auch nicht mehr länger unter einem schwächeren Wachstum als Italien...

35 ...dort wird auch schneller geimpft als bei uns...

36 **Lindner:** ...Sie vergrößern die Trauer nur noch!

37 **Sie wollen auch eine "Aufweichung der Schuldenbremse" verhindern. Was heißt das konkret?**

38 **Lindner:** Die Verfassung wird nicht geändert, sondern beachtet.

39 **Finanzminister Olaf Scholz will das 2023 auch wieder.**

40 **Lindner:** Ich beobachte an vielen Stellen eine Debatte darüber. Es wird der Eindruck erweckt, die Schuldenbremse stünde notwendigen Investitionen entgegen. Ganz abgesehen davon, dass die meisten Investitionen privat sind.

41 **Was ist Ihr Vorschlag?**

42 **Lindner:** Wir müssen keine weiteren Schulden machen. Und wir müssen keine Steuern erhöhen. Wir können trotzdem mehr investieren.

43 **Das heißt: Wir müssen sparen.**

44 **Lindner:** Wir müssen umschichten. Zum Beispiel die massive Förderung der Elektromobilität: Die Konzerne machen Milliardengewinne, und Gutverdiener brauchen keine Subventionen für den Autokauf. Das Steuergeld kann besser eingesetzt werden. Wir haben übrigens auch noch Anteile an der Telekom, die etwa 20 Milliarden wert sind. Dieses Aktienpaket würde ich gerne gegen Breitbandausbau eintauschen.

45 **Für wann peilen Sie denn einen ausgeglichenen Haushalt an?**

46 **Lindner:** Unsere Orientierung ist die Schuldenbremse. Genaue Planungen sind noch nicht möglich, da wir die Konjunktur nicht kennen. Die schwarze Null hat nur eine symbolische Bedeutung. Wichtig ist zudem, dass wir zusätzliche Belastungen verhindern. Das betrifft auch den Klimaschutz.

47 **Das heißt: Der Gedanke, dass Klimaschutz nur funktioniert, wenn es teurer wird, ist falsch?**

48 **Lindner:** Es gibt die Denkschule, dass die Bürger nur dann verzichten, wenn etwas teurer wird. Ich habe da meine Zweifel. Unser Ansatz ist ein anderer: Wir limitieren die Menge an CO₂, die ausgestoßen werden darf. Die Wirtschaft muss also Verschmutzungsrechte kaufen, die immer knapper und damit teurer werden. Also haben sie einen großen Anreiz, an neuen Technologien zu forschen.

49 **Also: Es geht nicht darum, dass Benzin teurer wird, sondern umweltfreundlicher.**

50 **Lindner:** Ja, indem nach und nach mehr klimaneutrale synthetische Kraftstoffe beigemischt werden. Über die kommenden Jahre werden die immer wirtschaftlicher werden.

51 **Zum Abschluss, nur zur Sicherheit: Wenn Sie die Möglichkeit zum Regieren bekommen, nutzen Sie diese auch und machen keinen Rückzieher wie 2017, oder?**

52 **Lindner:** Wir haben uns 2017 gegen Karrieren und Dienstwagen entschieden, weil wir dafür gegenüber den Wählerinnen und Wählern unser

Inhalte



Ampelkoalition



..(A) Negatives Koalitionssi

..(A) Negatives Koalitionssi

Ampelkoalition



Ämter





Wort hätten brechen müssen. Auf diese Verlässlichkeit können die Menschen auch dieses Jahr bauen. Die Erfahrung vor vier Jahren hat unsere Partei stärker gemacht, wir haben zum Beispiel stetig Mitglieder gewonnen und nun eine Rekordhöhe von 74.000.

53 **Aber im vergangenen Jahr hat die FDP in den Abgrund geschaut – da lag sie zeitweise bei fünf Prozent.**

54 **Lindner:** Wir hatten seit 2017 so hohe und stabile Umfragewerte wie noch niemals in unserer Geschichte. Zu Beginn der Pandemie haben sich die Menschen hinter der Regierung versammelt. Das passiert in Krisen und war nicht nur in Deutschland so.

55 **Sie haben also Glück, dass erst jetzt gewählt wird.**

56 **Lindner:** Dass die Corona-Krise sich etwas entspannt hat, ist ein Segen für das Land. Und ein Wahlkampf verändert immer die Lage. Da geht es nicht um Krise, sondern um Zukunft.

57 **Herr Lindner, vielen Dank für das Gespräch.**

taz – 15.09.2021

- 1 **Herr Lindner, auf einem Wahlplakat sitzen Sie sinnierend im fahlen Licht wie Kant in Königsberg und schreiben mit der Hand auf Papier. Was schreiben Sie da – einen liberalen Imperativ?**
- 2 **Lindner:** Normalerweise arbeite ich elektronisch. Entweder habe ich mir Notizen für eine Rede gemacht oder einen Brief zu einem besonderen Geburtstag geschrieben. Zu solchen Anlässen schreibe ich von Hand.
- 3 **Der Plakat-Lindner hat sich verändert. Weniger digital im Unterhemd, sondern staatsmännischer, intellektueller, poetischer. Warum?**
- 4 **Lindner:** Die ästhetische Einordnung unserer Kampagne muss ich anderen überlassen. Die Kernbotschaft ist: „Mehr Freude am Erfinden als am Verbieten“ und „Freiheit hat Verbündete“. Die FDP will die großen Fragen Digitalisierung, Dekarbonisierung und Demografie angehen, aber darüber die Bedeutung der Freiheit nicht vernachlässigen. Der bedeutende Soziologe Heinz Bude hat unlängst in einem taz-Interview darauf hingewiesen, dass die FDP als einzige Partei das Individuum im Zentrum habe, weshalb sich das grüne Milieu mit uns beschäftigen sollte. Er hat recht.
- 5 **Das Bundesverfassungsgericht hat ein Urteil gesprochen, das die Freiheitsrechte dieses Individuums auf die Zukunft erweitert. Robert Habeck hat beim Grünen-Parteitag eine Rede gehalten, in der er deshalb Klimapolitik als Freiheitspolitik definiert hat. Welche politischen und intellektuellen Konsequenzen ziehen Sie aus dem Urteil?**
- 6 **Lindner:** Dieser Gedanke ist uns schon lange vertraut. Intergenerative Gerechtigkeitsbeziehungen und eine entsprechende Freiheitsbilanz leiten uns seit den 1990er Jahren. Damals hat die FDP als erste Partei eine Schuldenbremse im Grundgesetz vorgeschlagen. Nachfolgende Generationen müssen einen handlungsfähigen Staat vorfinden. Nachhaltigkeit ist ein Gebot der Ökologie wie der Ökonomie gleichermaßen. Deshalb hat mich überrascht, dass Herr Habeck in Bezug auf die Staatsfinanzen hinter das Gebot der Generationengerechtigkeit zurückgefallen ist. Wir müssen aber den Staat aus der Abhängigkeit der Kapitalmärkte befreien, indem wir ihn aus dem Defizit befreien.
- 7 **Wie verhält sich die intergenerative Freiheitsbilanz beim Klimaschutz? Das war bisher nicht das wichtigste Feld der FDP.**
- 8 **Lindner:** Manche haben bedauerlicherweise diesen Eindruck gewonnen. Tatsächlich war es Hans-Dietrich Genscher, der Anfang der 70er Jahre als Innenminister eine Abteilung für Umweltschutz schuf und das erste Umweltprogramm einer Bundesregierung vorlegte. Er hat auch das Umweltbundesamt gegründet. Damals wurde Umweltschutz aus dem Gedanken des Ordnungsrechts heraus betrieben, mit der Definition absoluter Belastungsgrenzen und dem Verursacherprinzip.
- 9 **Das kam dann aber nicht.**
- 10 **Lindner:** Mit dieser Feststellung tut man der sozialliberalen Koalition unrecht. Es gab große Fortschritte. Willy Brandts Vision des blauen Himmels über der Ruhr wurde Realität. Richtig ist aber, dass ökologisches Denken über die Jahrzehnte von Linken gekapert wurde. Damit verschoben sich auch die Politikansätze vom Ordnungsrahmen in Richtung staatliche Detailvorgaben und Steuerung. Wenn wir Klimaschutz zu einer global bewältigten Herausforderung machen wollen, müssen ihn wieder vom linken Denken befreien. Wir haben nur eine Chance mit marktwirtschaftlichem Ideenwettbewerb und Technologiefreude.
- 11 **Ihre Partei sagt vor allem, was sie alles nicht will: kein Tempolimit auf Autobahnen, keine Prämie für Elektroautos, kein Verbot der Verbrennermotoren. Was heißt das Urteil von Karlsruhe denn konkret für liberale Politik?**
- 12 **Lindner:** Schon vor dem Urteil haben wir für einen klimapolitischen Neustart plädiert. Die aktuelle Klima- und Energiepolitik geht im Grunde noch auf den grünen Umweltminister Jürgen Trittin zurück. Entstanden ist ein Labyrinth von

Vorschriften, Geboten, Verboten, Subventionen, Anreizen und Programmen, in dem sich niemand mehr auskennt. Dennoch wollen es manche noch ausbauen. Wir schlagen dagegen vor, die absolute Belastungsgrenze zu definieren. Konkret sprechen wir von einem CO₂-Deckel, dem nicht überschreitbaren Budget an noch erlaubten CO₂-Emissionen für unser Land, europäisch abgestimmt. Unterhalb dieses Deckels ist es Sache von Ingenieurinnen und Technikern im Markt, CO₂ zu vermeiden oder CO₂ zu speichern oder CO₂ teilweise international zu kompensieren. Der Import synthetischer Kraftstoffe zum Beispiel aus Chile oder von grünem Wasserstoff aus dem globalen Süden kann helfen. Ein Importland für Energie werden wir realistischerweise bleiben.

13 **Wollen wir über Zahlen für das Budget reden?**

14 **Lindner:** Die Festlegung von Tonnen überlasse ich Naturwissenschaftlern. Als Politiker treffe ich Entscheidungen auf der Basis wissenschaftlicher Evidenz. Für uns sind die Pariser Klimaziele der Maßstab.

15 **Ein wirklich freier Markt auf der Grundlage eines global fairen Budgets kann aber in der Konsequenz einen Benzinpreis von, sagen wir mal, 9 Euro bringen?**

16 **Lindner:** Wenn Sie nun die Perspektive auf globale Fairness weiten, dann würde ich die globale Arbeitsteilung einbeziehen. Dann könnten wir zum Beispiel Waldbauern in Brasilien das Geschäftsmodell eröffnen, Regenwald zu pflegen und aufzuforsten, statt zu roden. Die Speicherung von CO₂ könnte unser Budget entlasten. Aber vielleicht bleiben wir zunächst in Deutschland und Europa. Beim Handel mit Emissionszertifikaten können wir genau wissen, wie hoch der Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt sein wird. Mit der Knappheit von Ressourcen kann der Suchprozess der Marktwirtschaft aber am besten umgehen. Es ist deshalb zu erwarten, dass die Marktteilnehmer nach kostengünstigen Alternativen und Innovationen Ausschau halten.

17 **Wie stehen Sie denn zum Verhältnis von Freiheit und Vorgaben vom Staat in Bezug auf künftige Generationen?**

18 **Lindner:** Es muss diese Vorgaben geben. Aber nicht nur in der Ökologie. Deshalb halten wir ja an der Schuldenbremse fest, im Unterschied zu den Grünen. Aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ergibt sich aber keine Notwendigkeit, heute Symbolpolitik zu betreiben. Das Gericht hat zudem die Frage der Technologieoffenheit angesprochen. Dieser Aspekt hat bedauerlicherweise das grüne Denken nicht beeinflusst.

19 **Ist das so?**

20 **Lindner:** Leider. Die Verbotsdebatte wird fortgesetzt.

21 **Warum finden Sie eigentlich Verbote so schlimm?**

22 **Lindner:** Verbote von Technologien wie dem Verbrennungsmotor beenden Entwicklungspfade. Damit werden Chancen ausgeschlagen. Manche Technologieoption wird in der Zukunft vielleicht noch benötigt. Übrigens, in der Schweiz ist gerade ein Referendum über ein Klimagesetz gescheitert. Das lag auch an der mangelnden Unterstützung der jungen Generation. Offenbar hatten nicht wenige das Gefühl, ihre wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven würden beschnitten und die eigene Freiheit würde zu stark in ein Korsett gebracht. Wir sollten es anders machen, um Vorbildcharakter zu haben.

23 **Inwiefern wollen Sie Vorbild für die Welt sein?**

24 **Lindner:** Wir wissen ja, dass Milliarden Menschen auf der Welt Entwicklungsziele haben. Milliarden brauchen noch gesundheitlichen und sozialen Schutz und träumen von Wohlstand, den wir in den 1970er Jahren bereits hatten. Wir werden China, Indien, Afrika oder Südamerika nicht sagen können: Verzichtet auf Wachstum und Wohlstand. Wir werden ihnen nur sagen können: Wir haben einen Weg, Wachstum und Zugewinn an Wohlstand zu verbinden mit Ressourcenschonung. Deutsche werden nicht das Klima schützen mit dem Leitbild Klimaschutz aus Bullerbü, wie die Grünen

es hier in Berlin anregen. German engineered Klimaschutz muss unser Leitbild sein.

25 **Bullerbü und die Chinesen, wir haben schon drauf gewartet. Aber, okay, der grüne Vordenker Ralf Fücks sagt das seit Langem: Die wachsenden Mittelschichten in Asien werden nicht verzichten, nur weil die Deutschen das fordern. Es könne nur funktionieren, wenn intelligentes Wachstum auf Entkopplung von Ressourcenverbrauch beruhe. Trotzdem gibt es Bereiche, in denen auf keinen Fall weiter gewachsen werden darf. Und dafür braucht es Regulierungspolitik.**

26 **Lindner:** Gegen Regulierung ist nichts zu sagen. Der EU-Emissionshandel für CO2 ist ja eine solche. Sie sorgt de facto dafür, dass Braunkohlekraftwerke schon bald nicht mehr rentabel sind und weit vor 2038 vom Netz genommen würden. Ich verwende den Konjunktiv, weil das betriebswirtschaftlich aufgrund des CO2-Markts von den Eigentümern gewünschte Ende vermutlich physikalisch dem Netzausbau weit vorausgeht.

27 **Die Erderhitzung schreitet ungebremst voran. Jede politische Ideologie muss sich auf der Grundlage dieser radikal veränderten physikalischen Realität neu erfinden. Das bedeutet gerade für Sie als Freiheitsverteidiger einen radikalen Denkwechsel.**

28 **Lindner:** Das Denken muss sich immer erneuern. Aber Sie haben offenbar eine Karikatur von Liberalismus im Sinn, wenn Sie exklusiv an uns appellieren.

29 **Dann klären Sie uns auf.**

30 **Lindner:** Ich habe es im bisherigen Gespräch nicht vermocht.

31 **Daran sind wir schuld?**

32 **Lindner:** Nein, ich muss mich geschlagen geben. Allerdings stelle ich mir die Frage, wie Ihr Verständnis von Freiheit ist und welche Bedeutung Sie ihr einräumen. Als Freiheitsverteidiger, wie Sie sagen, wird man ja systematisch in angeblichen Widerspruch zu physikalischen Realitäten gebracht. Ich sehe es ganz anders. Nur wenn wir in einem klaren Ordnungsrahmen den Erfindergeist der Menschen entfesseln, haben wir eine Chance. Es geht darum, unseren Lebensstil nachhaltig zu machen, indem wir fossile Anwendungen und Verhaltensweisen durch gleichwertige dekarbonisierte ersetzen, ohne dabei Freiheiten zu verlieren.

33 **Darin sind wir uns also doch einig?**

34 **Lindner:** Ich habe niemals etwas anderes gesagt. Aber ich wende mich gegen Ihre linken Methoden.

35 **Was für linke Methoden?**

36 **Lindner:** Linke Methoden sind: staatliches Verbot, staatliche Detailsteuerung, staatliche Produktion, Umverteilung und Subventionierung. Liberale Methoden sind: Ordnungsrahmen, Erfindergeist, Forschungsfreiheit, Anreize, aus Gründen der Wachstumschancen in neue Technologien zu gehen.

37 **Je weniger Klimapolitik, desto weniger Freiheiten werden wir haben und desto anfälliger werden die Gesellschaften und desto schlechter werden sie mit zunehmenden Katastrophen umgehen können. Was wir jetzt in NRW und Rheinland-Pfalz hatten, kann man nicht jedes Jahr bewältigen. Und wir haben, mit allem Respekt, nicht den Eindruck, dass das Parteiprogramm der FDP sich um diese Antworten bemüht. Der Markt wird das nicht erledigen, wenn es keine rahmende Regulierungspolitik gibt.**

38 **Lindner:** Mit dem CO2-Deckel geben wir einen Ordnungsrahmen vor. Innerhalb des Ordnungsrahmens interessiert uns nur, dass das Auto klimaneutral wird. Ob es batterieelektrisch angetrieben ist, mit synthetischem Flüssigkraftstoff oder Wasserstoff-Brennstoffzelle, ist keine Sache der Politik.

39 **Herr Lindner, können liberale Methoden auch sozial sein, oder ist das**



ein Widerspruch?

- 40 **Lindner:** Im Gegenteil. Einerseits stellt erst eine starke Wirtschaft die Mittel bereit, die danach für soziale und ökologische Zwecke benötigt werden. Andererseits ist das sozialste Anliegen doch, allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft Lebenschancen zu eröffnen. Eine Politik für die Freiheit investiert in die Bildung der Menschen, damit sie diese Freiheit überhaupt entfalten können.
- 41 **Dass in der Bildungspolitik viel passieren muss, da sind sich doch fast alle Parteien einig. Der Aufstieg ist sehr schwierig und sehr vom Elternhaus abhängig. Aber wie ist Ihr Blick auf die sozialen Sicherungssysteme? Sie wollen ein liberales Bürgergeld einführen, in dem auch Kindergeld und Wohngeld in einem Sicherheitsbetrag zusammengefasst werden. Hat man am Ende mehr oder weniger als Hartz IV?**
- 42 **Lindner:** Es würde für die Einzelnen eine Verbesserung der Lebenssituation bedeuten, weil sich die Aufnahme einer Beschäftigung lohnt. Und das ist der Unterschied zum jetzigen Hartz-IV-System: Da verbleiben der Alleinerziehenden vom Minijob nur 100 Euro Taschengeld, danach werden 80 Prozent von allem, was man verdient, entzogen. Das finde ich die größte Ungerechtigkeit in unserem Land, dass nicht bei den Bundesliga-Millionären die höchste Belastung besteht, sondern ausgerechnet bei Menschen, die sich mit Fleiß eine bessere Lebenssituation erarbeiten wollen.
- 43 **Sie reden über die Frage des Zuverdienstes und wollen offenbar auch hier keine Zahl nennen. Versuchen wir es so: Sind Sie einverstanden mit der Höhe der Hartz-IV-Regelsätze?**
- 44 **Lindner:** Die Hartz-IV-Regelsätze sind für mich keine Frage der Parteipolitik, sondern es ist ein unabhängiges Sachverständigenurteil anhand eines Warenkorb.
- 45 **Wie viel braucht ein Mensch, um frei zu leben? Diese Frage könnte doch ein liberales Thema sein. Bei den Berechnungen des Existenzminimums orientieren wir uns jetzt an den Ausgaben der ärmsten 20 Prozent, und dann werden noch zusätzlich Ausgaben abgezogen, etwa für Zigaretten oder Alkohol. Da könnte man doch als Liberaler mal sagen: Das ist antiliberal.**
- 46 **Lindner:** Wie gesagt, unser Ansatzpunkt ist die Aufwärtsmobilität. Zielgerichtete Qualifikation, die Dynamisierung des Minijobs gekoppelt an den Mindestlohn, damit sich das Einkommen verbessert und sich nicht nur das Arbeitszeitvolumen reduziert. Wir wollen, dass sich Menschen Sprosse für Sprosse auf der Leiter des sozialen Aufstiegs nach oben entwickeln können.
- 47 **Sie haben den Mindestlohn angesprochen. Ihre Partei hat sich doch lange gegen die Idee eines Mindestlohns gestellt.**
- 48 **Lindner:** Ihre Information ist unrichtig. Der Pflegemindestlohn wurde beispielsweise von einem liberalen Gesundheitsminister eingeführt.
- 49 **Sie haben sich lange gegen den flächendeckenden Mindestlohn gewehrt.**
- 50 **Lindner:** Das ist richtig. Wir wollten eine branchenbezogene, regionalisierte Lohnuntergrenze. Damit waren wir nicht allein. Auch die Chemiegewerkschaft IG BCE als DGB-Gewerkschaft vertrat dies damals nach meiner Erinnerung. Aber dieser Ansatz hat sich nicht durchgesetzt.
- 51 **Herr Lindner, war es angesichts der weitgehenden Fixierung des Wahlkampfes auf die drei Kanzlerkandidaten ein Fehler, dass Sie sich nicht auch Kanzlerkandidat genannt haben?**
- 52 **Lindner:** Nein, weil wir realistisch an die Dinge herangehen. Die Grünen sind der Versuchung erlegen, ein solches Wahlkampfmanöver zu machen.
- 53 **Das Hauptproblem der Grünen scheint neben der Ablehnung der Person zu sein, dass Frau Baerbocks Aufbruchwahlkampf auf eine erschöpfte**

Gesellschaft stößt, die entgegen dem Grünen-Slogan eben nicht „bereit“ ist. Bei Ihnen funktioniert der Aufbruchwahlkampf gerade ein bisschen besser. Warum?

54 **Lindner:** Es gibt eine wachsende Zahl von Menschen – insbesondere bei den unter 30-Jährigen sind wir sehr stark –, die wie wir begeistert sind, welche Chancen saubere Technologien haben, die Tempo bei der Digitalisierung wünschen, die ihre Freiheit lieben, die sich etwas aufbauen wollen. Sie wollen nicht, dass unsere sozialen Sicherungssysteme brüchig werden, sondern wollen aufgeklärt die Möglichkeiten der Kapitalmärkte nutzen.

55 **Sie haben mal gesagt, dass Sie dieses Mal eine Regierungsbeteiligung liefern müssen, sonst ist Ihre Zeit als FDP-Chef abgelaufen. Gilt das noch?**

56 **Lindner:** Nein, ich habe gesagt, dass mein Anspruch ist, meine Partei in die Regierung zu führen. Das möchte ich während meiner Zeit als Vorsitzender erreichen. Aber das bezieht sich nicht auf eine einzelne Bundestagswahl.

57 **Ach so, das kann auch noch in 20 Jahren passieren?**

58 **Lindner:** Nun ja, die Geduld der anderen sollte man nicht überstrapazieren, aber mit 42 Jahren hätte ich noch Ausdauer. Es wäre töricht, vor einer solchen Wahl zu sagen, man bindet sich selbst an das Ergebnis einer Regierungsbildung, die man ja gar nicht selbst in der Hand hat.

59 **Das zumindest gestehen Sie zu, dass Sie es nicht in der Hand haben, zwischen Ampel und Jamaika zu wählen.**

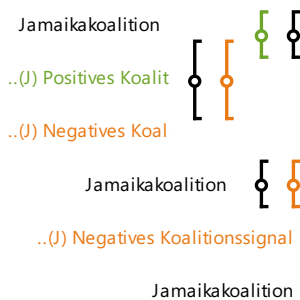
60 **Lindner:** Auf solche Konstellationen haben wir Einfluss. Je näher wir an die Grünen heranrücken, desto mehr können wir sicherstellen, dass das Land weiter aus der Mitte geführt wird. Einen Linksdrift wollen wir nicht. Deutschland ist schon links genug. Ich bezog mich jetzt darauf, dass es ja auch Rot-Grün-Rot geben könnte.

61 **Diese Konstellation ist doch eine müde Nachtgespenst-Geschichte von Union und Ihnen.**

62 **Lindner:** Ich habe umgekehrt den Eindruck, dass die Koalitionsverhandlungen zwischen den dreien dieser Tage sogar schon auf offener Bühne beginnen.

Superillu – 16.09.2021

Ämter



1 **Herr Lindner, Sie haben sicherlich gute Laune, wenn Sie auf die Umfragen schauen. So gut stand die FDP zuletzt 2009 da. Die Frage, die sich wahrscheinlich viele stellen: Würden Sie diesmal gerne mitregieren, anders als 2017?**

2 **Lindner:** Wir wollten auch 2017 gerne mitregieren. In der damaligen Konstellation mit Frau Merkel und den Grünen hätten wir aber für Ministerposten unsere Überzeugungen verraten müssen. Wir hätten kein modernes Einwanderungsrecht bekommen, das Weltoffenheit mit Kontrolle verbindet, kein Digitalministerium, um zum Beispiel auch im ländlichen Raum Glasfaser zu haben und Funklöcher zu schließen. Deshalb gilt: Natürlich wollen wir gern regieren. Wir wollen aber auch eine weitere Linksverschiebung unseres Landes verhindern. Dafür stehen wir nicht zur Verfügung.

3 **Also sind Sie genauso allergisch gegen die Grünen wie vor vier Jahren auch?**

4 **Lindner:** 2017 hatte Frau Merkel vor, eine grün-schwarze Politik mit Stimmen der FDP umzusetzen. Jetzt im Jahr 2021 ist die Lage eine andere. Armin Laschet ist nicht Frau Merkel. Allerdings muss man eins hinzufügen: Eine klare Orientierung vermisste ich immer noch bei CDU und CSU. Erst heißt es Steuern senken, jetzt schließt die Union Steuererhöhungen nicht mehr aus. Für uns ist klar: Höhere Steuern sind Gift, wenn man einen Aufschwung will. Und hier vermisste ich, dass sich die Union auch in der Sache stärker mit den Grünen auseinandersetzt.

5 **Welche Koalition wünschen Sie sich?**

6 **Lindner:** Ich habe keine Wunschkoalition. Es wird keine einfache Regierungsbildung, aber Schwarz-Rot-Gelb wie in Sachsen-Anhalt wäre eine Variante. Für uns ist wichtig, dass es keine schwarz-grüne Mehrheit gibt. Denn ich bezweifle, dass Armin Laschet die Durchsetzungskraft hätte, die Wünsche der Grünen nach mehr Umverteilung, Subventionen, Bürokratismus und Verboten zurückzuweisen. Ich möchte aber nicht in einem Land leben, wo im Zweifel Annalena Baerbock sagt, wo wir Ferien machen, was wir essen usw. Deshalb möchte ich keine schwarz-grüne Mehrheit. Genauso wenig wie eine rot-grün-rote Mehrheit.

7 **Kommt für Sie eine Zusammenarbeit mit der AfD infrage?**

8 **Lindner:** Die AfD hat in Thüringen 2020 in einem feigen Akt den eigenen Kandidaten fallen gelassen und, ohne dass es gewünscht war, Thomas Kemmerich gewählt. Die AfD wollte nicht Stabilität schaffen, sondern die Institutionen unserer Demokratie destabilisieren. Wer so unehrenhaft und verschlagen ist, mit dem kann es kein Zusammenwirken geben. Ich warne vor der AfD. Wer die AfD wählt, bekommt in Wahrheit linke Politik. Denken Sie an Sachsen. Dort haben Menschen aus einem gewissen Protest AfD gewählt mit dem Ergebnis, dass nun die Grünen in die Landesregierung kamen. Die Menschen wollten eine andere Flüchtlingspolitik – und das Ergebnis der Wahl der AfD war, dass auch Sachsen jetzt blockiert, dass Menschen z.B. in die Maghreb-Staaten ausgewiesen werden, weil sie keine sicheren Herkunftsländer sind. Die Menschen haben AfD gewählt und im Ergebnis mehr Einfluss der grünen Partei bekommen.

9 **Die Braunkohlewerke sollen bis 2038 abgeschaltet werden, wenn die Grünen mitreden können, wahrscheinlich noch schneller. Und mit Ihnen?**

10 **Lindner:** Wir sollten dies dem marktwirtschaftlichen Ideenwettbewerb überlassen. Wir brauchen kein festes Ausstiegsdatum, wofür dann aufgrund des staatlichen Eingriffs Milliarden an Entschädigungen gezahlt werden müssen. Das Geld können wir besser einsetzen, um sichere Arbeitsplätze zu schaffen. Ich habe Familie in Cottbus, deshalb weiß ich, was in der Lausitz los ist und welche Zukunftssorgen die Menschen dort bewegen. Dort gibt es viele hoch qualifizierte Arbeitskräfte in der Energiebranche und für die müssen wir eine Alternative finden. Diese könnte die Wasserstoffwirtschaft

sein, es könnten auch synthetische Kraftstoffe sein, die unsere regulären Verbrenner klimaneutral machen. Aber erst muss man doch eine Zukunftsperspektive aufzeigen, eine alternative Energieversorgung haben, bevor man alles abschaltet.

11 **Bei synthetischen Kraftstoffen und Wasserstoff scheinen Sie ja mehr zu wissen als Elon Musk und Herbert Diess, die sagen, das werde sowieso nichts, alles andere als Elektroautos seien Hirngespinnste.**

12 **Lindner:** Beide haben ja ein wirtschaftliches Interesse daran, dass nur die Elektromobilität durch den Staat gefördert wird. Insofern würde ich mich eher an diejenigen halten, die ganz objektiv sagen, dass wir zum Beispiel auch synthetische Kraftstoffe aus Chile importieren sollten. Auch die jetzigen Autos müssen und können doch klimafreundlich werden. Für viele Familien ist das Auto eine Investition, die sie alle 10, 15 Jahre vornehmen. Und wenn der Wertverlust zu groß wird, schädigen wir diese Familien. Auch vor diesem sozialen Hintergrund müssen wir Klima- und Energiepolitik machen.

13 **Der jüngste Bericht zum Stand der deutschen Einheit sagt, der Lohnunterschied zwischen Ost und West ist geblieben...**

14 **Lindner:** Eine ganz wichtige Aufgabe liegt darin, dass wir den ländlichen Raum in Ostdeutschland nicht vergessen. Ich bin viel dort unterwegs – die Infrastruktur wird vernachlässigt. Wir brauchen dringend bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen, damit dort auch größere, leistungsfähigere Industriebetriebe entstehen. Wenn man tatsächlich das wirtschaftliche Niveau inklusive der Löhne und Gehälter verbessern will, dann ist der Schlüssel dazu, das Land attraktiv zu machen. Deshalb sollte es nicht immer mehr Bürokratismus und Subventionen geben. Sondern in Ostdeutschland müsste es die schnellsten Planungs- und Genehmigungsverfahren geben, die beste öffentliche Infrastruktur und so wenig Bürokratie und Steuerlast wie irgendwie möglich. Der Spruch muss sein: Was in Frankfurt, Stuttgart und München nicht mehr möglich ist, das muss in Anklam, Cottbus und Chemnitz möglich werden.

Handelsblatt – 17.09.2021

..(A) Negatives Koalitionssi

Ampelkoalition



Inhalte



1 **Herr Lindner, die Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock hat kürzlich behauptet: „Jedes Verbot ist auch ein Innovationstreiber“. Stimmt das?**

2 **Lindner:** Freiheit ist der Innovationstreiber. Verbote sind Innovationsvertreiber. Denn es werden Entwicklungspfade abgeschnitten. Das grüne Verbot des Verbrennungsmotors zum Beispiel würde eine Technologie beenden, die weltweit noch gebraucht wird und die mit synthetischen Kraftstoffen eine klimaneutrale Option wäre. Die Politik sollte sich für den Ordnungsrahmen interessieren, aber darin wieder stärker auf Erfindergeist, Gründertum, Kreativität und Freiheit der Menschen setzen. Die großen Tech-Unternehmen in den USA und China wie Google oder Alibaba sind nicht durch Verbote entstanden.

3 **Ist der Zug Silicon Valley für deutsche Unternehmen schon längst abgefahren?**

4 **Lindner:** An ein deutsches Amazon glaube ich nicht. Aber wir haben andere Stärken im Maschinen- und Fahrzeugbau oder in der Chemie zum Beispiel. Auch im industriellen Internet. „German engineered“ Klimaschutz könnte ein Exporterfolg werden. Darin sehe ich übrigens auch unsere globale Verantwortung. Unsere Ingenieurinnen und Techniker können Wohlstand und Freiheit mit Ressourcenschonung verbinden. Wasserstoff-Windpark statt Lastenfahrrad. Mit Verzicht und Verbot wären wir kein globales Vorbild. Wir müssen wieder auf Innovation setzen, indem bürokratische Fesseln gelöst werden und privates Kapital mobilisiert wird.

5 **Tesla bekommt eine Milliarde Euro Subventionen, Intel führt Gespräche über staatliche Unterstützung für den Bau einer Batteriezellenfabrik in ganz Europa. Würden Sie so einen Subventionswettbewerb unterstützen?**

6 **Lindner:** Davon rate ich ab. Wir sollten stattdessen unsere Standortbedingungen attraktiv machen: schnelle Genehmigungen, weniger Auflagen, mehr Fachkräfte durch bessere Bildung und ein modernes Einwanderungsrecht, günstigere Energie, wettbewerbsfähige Steuersätze und digitale Infrastruktur. Ich bin überzeugt, wir haben gerade bei der Bürokratie viele tief hängende Früchte, bei denen die Politik ohne Geld einen großen Hebel hat, wenn sie Tempo, Unterstützung und Freiheit gewährt.

7 **Steht Europa für Erfindergeist, Gründerwillen und Kreativität?**

8 **Lindner:** Wir können noch viel dafür tun. Gegenwärtig dominiert dort die Idee des lenkenden Staates. Von Wachstum wird überwiegend im Zusammenhang mit Staatsausgaben und Transfers gesprochen. Wohlstand können wir aber nicht nur verteilen, wir müssen ihn im globalen Wettbewerb erst einmal erwirtschaften. **Wettbewerbsfähigkeit und realwirtschaftliche Investitionen sollten intensiver diskutiert werden als die Vergemeinschaftung von Schulden, die ja der deutsche Finanzminister Scholz gerne rühmt.**

9 **Was heißt das konkret für Europa?**

10 **Lindner:** Wir müssen unseren Binnenmarkt als Motor von Integration, Fortschritt und Wachstum vertiefen. Bei digitalen Dienstleistungen und im Bankensektor ist das dringlich, wenn wir weltweit eine Rolle spielen wollen. Wir brauchen Initiativen für Freihandelsabkommen, um über den chinesischen Markt hinaus zu diversifizieren. Gerade in Deutschland haben wir aber ein Wachstumsdefizit, wir kommen langsamer aus der Corona-Rezession als andere. Deshalb müssen wir Impulse setzen. Die öffentliche Debatte ist momentan fixiert auf staatlichen Ausgaben, dabei ist das Wesentliche doch die private Investitionstätigkeit.

11 **Wie kann die angekurbelt werden?**

12 **Lindner:** Die FDP schlägt ein befristetes Programm für Super-Abschreibungen vor. Wer in Technologien investiert, die dem Klimaschutz und der Digitalisierung dienen, sollte diese Investitionen in zwei Jahren steuerlich abschreiben können. Für den Staat ist das mittelfristig kein Einnahmeausfall.



- 13 **Man sollte diese Super-Abschreibung zudem mit einer Steuergutschrift kombinieren, weil sonst manche Betriebe davon gar nicht profitieren könnten.**
- 14 **Ist das der erste Wink an den SPD-Kanzlerkandidaten Olaf Scholz für eine Ampelkoalition? Die Idee würde er wohl unterstützen.**
Lindner: Nein. Studien zeigen nämlich, dass die Kombination von attraktiven Abschreibungsbedingungen mit gezielten Steuersenkungen den besten Effekt auf Wachstum, Beschäftigung und künftige Staatseinnahmen hat. Deshalb sollte idealerweise der Solidaritätszuschlag für alle entfallen, um Dynamik zu erzielen. Ich begrüße, dass die Union unter Armin Laschet anders als 2017 das inzwischen genauso sieht. Olaf Scholz will dagegen bekanntlich die Steuerlast sogar erhöhen. Nach einer Wirtschaftskrise ist das kein guter Rat. Steuererhöhungen schließe ich für die FDP aus.
- 15 **Sie haben selbst gesagt, dass Sie im Falle einer Regierungsbeteiligung das Amt des Bundesfinanzministers anstreben. Was wäre Ihre erste große Reform, die Sie anschieben würden?**
Lindner: Neben den bereits erwähnten Abschreibungen werden wir uns ehrlich machen müssen, was die Haushaltssituation des Staates angeht. Ich rege in dem Zusammenhang an, dass wir den Bundeshaushalt wie eine Bilanz betrachten, die auch Abschreibungen zum Beispiel auf Infrastruktur und zukünftige Zahlungsverpflichtungen etwa in die Sozialversicherungen miteinbezieht. Das wird vielleicht manchen die Augen öffnen, wie die tatsächliche Finanzsituation des deutschen Staates in der Zukunft ist.
- 17 **Das heißt, dass Sie im Prinzip die klassische Kameralistik des Staates auf die Bilanzierung eines Unternehmens umstellen wollen?**
Lindner: Das wäre ein lohnendes Projekt für die nächste Wahlperiode.
- 19 **Wie sieht das in der Praxis aus?**
Lindner: Die zukünftigen Zahlungsverpflichtungen und auch der Vermögensbestand des Staates müssen darin auftauchen – sonst unterbleiben wichtige Investitionen in die Infrastruktur. Wir haben auf der kommunalen Ebene an vielen Stellen bereits die Haushalte umgestellt auf ein bilanzielles System. Das kann Vorbildcharakter für den Bund haben.
- 21 **Was genau versprechen Sie sich davon?**
Lindner: Dann würden manche Aussagen sofort einer Plausibilitätsprüfung unterzogen werden. Ein Beispiel sind die Vorschläge von Herrn Scholz zum Thema Rente. Er ist aufgetreten als Nachfolger des früheren CDU-Arbeitsministers Norbert Blüm mit dem Statement, dass die Rente sicher sei. Dabei werden gut hundert Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt jedes Jahr in die Rentenkasse überwiesen. Die Nachhaltigkeit ist nicht gesichert.
- 23 **Ist die Schuldenbremse in den nächsten Jahren überhaupt einzuhalten? Wie wollen Sie sonst Investitionen finanzieren?**
Lindner: Wie gesagt, die wesentlichen Investitionen kommen aus der privaten Wirtschaft. Im Staatshaushalt fließen die vorhandenen Mittel dagegen oft wegen der komplizierten Verfahren gar nicht ab. Zudem verfügt der Staat über ein Milliardenvermögen wie zum Beispiel die Telekom-Beteiligung, die quasi in Investitionen in das Glasfasernetz getauscht werden könnte. Zudem bedauere ich, dass in Deutschland die Vorstellung verloren gegangen ist, dass man auch innerhalb eines Haushalts überflüssige Maßnahmen und Aufgaben streichen kann, um sie sinnvolleren Zwecken zuzuführen.
- 25 **Haben Sie ein Beispiel?**
Lindner: Die deutsche Automobilindustrie schreibt wieder Milliardengewinne und hat großartige Produkte. Dennoch wird Elektromobilität mit Tausenden Euro selbst für die Dienstwagen von Gutverdienern subventioniert. Hier gäbe es sofort Milliardensummen, die man umwidmen könnte, zum Beispiel für Investitionen in die Modernisierung der Bildung.

27

Trotz dieser Einsparungen: Laut dem Wirtschaftsforschungsinstitut ZEW führen die Steuerpläne der FDP zu Mindereinnahmen von 88 Milliarden Euro im Jahr. Selbst wenn man Wachstumseffekte gegenrechnet, würde der Staat 60 Milliarden Euro im Jahr weniger einnehmen. Wie wollen Sie Ihre Steuerpläne finanzieren?

28

Lindner: Es ist nicht geplant, alle unsere steuerpolitischen Vorschläge in einem Jahr umzusetzen. Es geht um eine Trendwende. Auf ein Jahrzehnt der Belastung bei Steuern, Abgaben und Bürokratismus sollte ein Jahrzehnt der Entlastung bei Steuern, Abgaben und Bürokratismus folgen.

29

Der Begriff „schwarze Null“ ist bisher noch nicht gefallen. Ist ein ausgeglichener Haushalt auf lange Zeit nicht mehr realistisch?

30

Lindner: Die „schwarze Null“ ist ein Symbol, das in Europa bedeutsam war. Entscheidend ist aber die Schuldenbremse. Von Markus Söder bis zu den Grünen wird sie infrage gestellt. Hier gebe ich Herrn Scholz einmal recht, der die Grünen dafür kritisiert und sich klar zu ihr bekannt hat. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass wir die Schuldenbremse im Grundgesetz erhalten. Auch angesichts von Inflationsrisiken ist das ratsam.

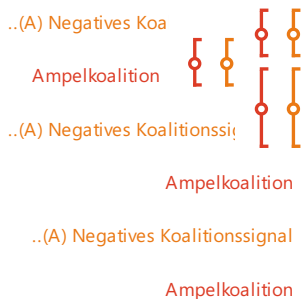


31

Abgesehen von der Union. Sehen Sie denn mit der SPD oder den Grünen finanzpolitisch die größten Schnittmengen?

32

Lindner: Zwischen diesen beiden kann ich mich nicht entscheiden. Beide wollen die Steuerlast im Höchststeuerland Deutschland weiter erhöhen. Beide plädieren für weitere Vergemeinschaftung der Finanzen in Europa. Herr Scholz will sogar eine neue Steuer für die EU einführen und eine Rückversicherung für die Arbeitslosenversicherungen. In der Konsequenz würden die Beschäftigten in Deutschland die Folgen falscher Wirtschaftspolitik anderswo zahlen. Ich halte die finanzpolitische Eigenverantwortung der Mitglieder der EU und der Währungsunion dagegen ordnungspolitisch weiter für geboten.

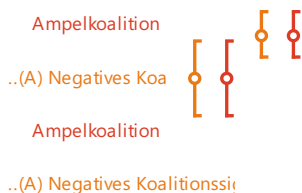


33

Wie könnte denn eine gemeinsame Finanzpolitik zwischen SPD und FDP aussehen? Können Sie uns einen Einblick in ihre Überlegungen geben?

34

Lindner: Darüber denke ich nicht nach. Ich kann Ihnen sagen, dass es mit der FDP keine höheren Steuern geben darf. Es kann in der jetzigen Lage auch kein Aufweichen der Schuldenbremse geben, weil davon ein fatales Signal nach Europa ausgehen würde.



35

Eine weitere Forderung des SPD-Kanzlerkandidaten Scholz ist ein Mindestlohn in Höhe von 12 Euro.

36

Lindner: Wir halten unverändert das bisherige Verfahren für besser, dass nicht Wahlkämpfer, sondern eine unabhängige Kommission über die Höhe des Mindestlohns entscheidet. Abgesehen davon sollten die Höhe des Minijobs und Zuverdienstgrenzen bei Hartz IV verbessert werden. Davon profitieren die Menschen im Alltag.

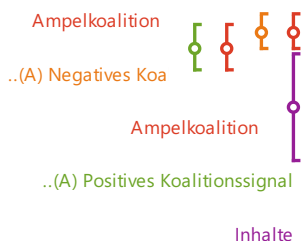


37

Herr Scholz verspricht eine stabile gesetzliche Rente. Ist das angesichts des demografischen Wandels seriös?

38

Lindner: Mit den Vorschlägen der SPD wird das schwer gelingen. Herr Scholz will die Rente stärken. Das wollen wir auch. Wir wollen eine gesetzliche Aktienrente einführen, die in das bestehende Umlagesystem der Rentenversicherung eingebettet wird. Das wird für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht teurer, da das Geld aus den Rentenbeiträgen stammt.



39

Das Geld fehlt aber dann erst mal in der Rentenkasse.

40

Lindner: Ja, das muss in der Einführungsphase aus dem Haushalt begleitet werden. Aber es geht, wie das Beispiel Schweden zeigt, die nach diesem System erfolgreich seit vielen Jahren für gute Renten sorgen.

41

Börsen können auch abstürzen. Wie sicher ist die Aktienrente?

42

Lindner: Die Aktienanlage durch ein professionelles Management erfolgt über



Generationen hinweg, die Höhen und Tiefen über einen langen Zeitraum ausgleichen kann.

43 **Für all das braucht es Mehrheiten. Wird die FDP den Unions-Kandidaten Armin Laschet zum Bundeskanzler wählen, wenn er am Wahlabend nach Auszählung der Stimmen hinter Olaf Scholz liegt?**

44 **Lindner:** Ich habe schon einmal auf die Regierungsbildungen in den Jahren 1969 und 1976 hingewiesen. Da war die Union jeweils stärker als die SPD aus den Wahlen hervorgegangen und hat trotzdem nicht den Kanzler gestellt. Die SPD hat damals zusammen mit der FDP eine Mehrheit für Willy Brandt und Helmut Schmidt organisiert. Ich kann es nur wiederholen: Für die FDP entscheiden die Inhalte, welche Persönlichkeit wir ins Kanzleramt begleiten würden.

45 **Nehmen wir rein theoretisch an, Herr Scholz gewinnt mit klarem Vorsprung die Bundestagswahl. Wie wollen Sie dann den Bürgern erklären, dass Sie den Wahlverlierer Armin Laschet ins Kanzleramt begleiten wollen?**

46 **Lindner:** Vermutlich werden über 70 Prozent der Menschen ihn dennoch nicht gewählt haben. Es entscheiden Koalitionsoptionen. Das hat man neulich im Land Bremen gesehen, als die Grünen den strahlenden Wahlgewinner CDU verschmäht haben, um mit dem Wahlverlierer SPD die Linkspartei in die Regierung zu holen.

47 **Sie haben aber schon den Ehrgeiz, die Grünen auf den letzten Metern beim Ergebnis zu überholen?**

48 **Lindner:** Unser erstes Ziel ist es, ein zweistelliges Ergebnis zu erzielen. Noch niemals in der Geschichte hatte die FDP zweimal in Folge ein zweistelliges Ergebnis. Darüber hinaus kämpfen wir dafür, möglichst nah an die Grünen aufzuschließen. Aus wichtigem Grund.

49 **Der wäre?**

50 **Lindner:** Deutschland muss weiter aus der Mitte regiert werden. Es darf nicht zu einem Linksruck kommen. Angesichts der Schwäche der Union ist es nicht zu erwarten, dass sie alle Wünsche der Grünen nach Umverteilung, Verboten und Subventionierung zurückweisen könnte. Auf der anderen Seite gibt es einen klaren Flirt von SPD und Grünen mit der Linkspartei. Die FDP muss so stark werden, dass wir gewichtigen Einfluss auf die Regierungsbildung haben. Wir sind dieses Mal der Garant für die Mitte.

51 **Würden Sie Koalitionsgespräche nach 2017 noch einmal scheitern lassen, wenn die Inhalte nicht stimmen?**

52 **Lindner:** Wir wollen Verantwortung übernehmen, aber wir würden zu einem Linksdrift nicht beitragen.

Xing – 17.09.2021

1 **Herr Lindner, wie wichtig ist Ihnen Arbeit, und wie gerne mögen Sie derzeit Ihren Job?**

2 **Lindner:** Arbeit ist nicht nur Einkommensquelle, sondern grundlegender Teil des Lebens. Sie vermittelt uns Sinn, bringt uns mit anderen Menschen zusammen und beflügelt die eigene Persönlichkeit - wenn es gut läuft. Mir macht meine berufliche Aufgabe jedenfalls viel Freude. Sie ist meine Leidenschaft.

3 **Immer mehr Deutsche scheinen Ihre Einstellung zu teilen und suchen einen Sinn im Job. Inwiefern bedeutet das einen veränderten Handlungsauftrag für die Politik?**

4 **Lindner:** Es ist zunächst einmal ein Handlungsauftrag für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Insbesondere hochqualifizierte Beschäftigte stellen die Frage, ob die Dienste und Produkte, die vom Unternehmen hergestellt werden, der Gesellschaft dienen. Das ist insgesamt eine gute Botschaft, denn sie zeigt, dass Fortschritt auch aus der Mitte der Gesellschaft, aus der Wirtschaft, von verantwortungsbewussten Individuen gemacht wird. Für den Staat stellt sich die Aufgabe, gute Rahmenbedingungen für diesen sich verändernden Arbeitsmarkt zu stellen.

5 **Welche sind das für die FDP?**

6 **Lindner:** Zum einen müssen wir die Flexibilität im Arbeitsrecht wie der Arbeitsstättenverordnung erhöhen. Und wir müssen unser Sozialsystem auf Zick-Zack-Lebensläufe zwischen Privatwirtschaft, öffentlichem Dienst, Selbstständigkeit und Angestelltenverhältnis vorbereiten - und auf Zwischenstationen wie Sabbaticals und Weiterbildungsphasen. Zum anderen müssen wir die Einstiegschancen von Menschen verbessern, die mit ihrer Lebenssituation nicht zufrieden sein können. Ich denke da vor allem an die alleinerziehende Mutter, die Hartz IV bezieht und einen Minijob hat. **Ihr müssen wir den sozialen Aufstieg erleichtern, indem der Staat nicht länger 80 Prozent Ihrer Bezüge aus dem Minijob einzieht.**

7 **Sind Sie für ein Recht auf Homeoffice?**

8 **Lindner:** Wenn eine Angestellte oder ein Angestellter Homeoffice wünscht, dann sollte die Arbeitgeberseite immer erörtern, unter welchen Bedingungen das möglich ist. Ein generelles Recht auf Homeoffice im Sinne eines Rechtsanspruchs könnte allerdings der Corporate Identity, dem Teamzusammenhalt oder der Teilhabe entgegenstehen. Deshalb bin ich überzeugt, dass Erörterung der richtige Weg ist.

9 **Solche Erörterungen münden in vielen Unternehmen derzeit in die größten Kulturkämpfe seit Einführung der Gewerkschaften. Im Wahlkampf spielte das Thema Wandel der Arbeit dagegen bisher kaum eine konkrete Rolle. Warum?**

10 **Lindner:** Die Frage ist berechtigt. Gerade das Thema Arbeit und ihre Transformation würde sehr viel mehr Aufmerksamkeit verdienen. Ich denke da zum Beispiel an das Gender Pay Gap, also die Einkommenslücke, die Frauen im Vergleich zu Männern in vergleichbaren Positionen immer noch erfahren. **Auch die Rente ist für viele Beschäftigte eine enorm wichtige Frage. Wir wissen, dass für die nach 1965 Geborenen die heutige Finanzierung unserer Rentensystem an seine Grenzen stößt. Deshalb sollten wir nach schwedischem Vorbild einen Rentenfonds mit einer Aktienrente an internationalen Kapitalmärkten anlegen. Dass diese fundamentalen Fragen keine große Rolle spielen, ist beklagenswert.**

11 **Als Vorsitzender Ihrer Partei könnten Sie das Thema doch setzen.**

12 **Lindner:** Genau das mache ich gerade.

13 **Was ist für Sie ein gerechter Lohn?**

14 **Lindner:** **Das ist jener, den qualifizierte Beschäftigte mit ihrer Arbeitgeberseite aushandeln, beziehungsweise ihre Vertreter, also Arbeitgeber und**

Inhalte



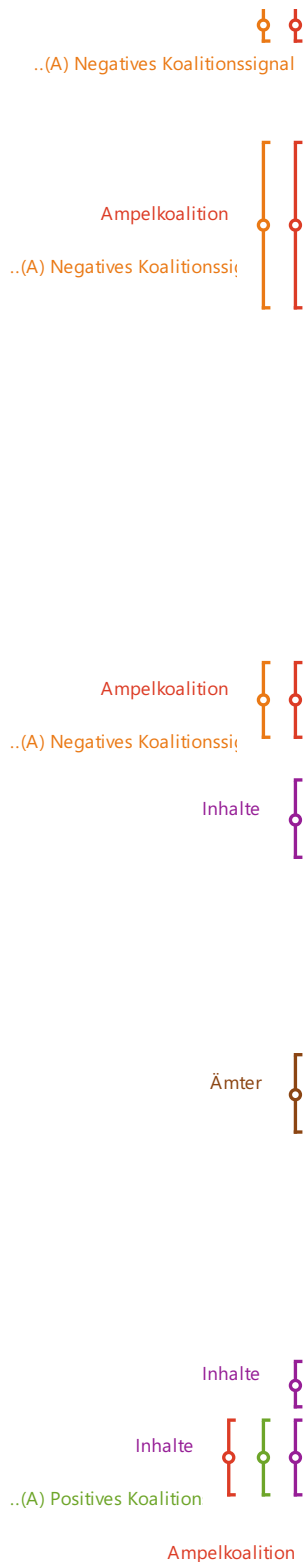
Inhalte



Ampelkoalition



(A) Negatives Koalitionssie



Gewerkschaften.

15 **Ist es demnach gerecht, wenn eine Bankerin mehr verdient als eine Pflegekraft im Altenheim?**

16 **Lindner:** Den gerechten Beitrag zum Gelingen einer Gesellschaft kann man nicht kraft höherer Entscheidungsgewalt bemessen. Das hat die DDR viele Jahrzehnte probiert und ist daran gescheitert. Nur in der Vertragsfreiheit, im Aushandlungsprozess, im Alltag von Millionen von Menschen ergibt sich jeden Tag die von der Gesellschaft als angemessen empfundene Bezahlung. Und diese verändert sich ja auch.

17 **Woran denken Sie genau?**

18 **Lindner:** Beispielsweise bei den Pflegefachkräften. Hier ist in den vergangenen zehn Jahren die Entlohnung um etwa ein Drittel gestiegen und damit stärker als im Durchschnitt der allgemeinen Lohn- und Einkommensentwicklung in Deutschland. Woraus sich ja ergibt, dass die Gesellschaft während der vergangenen Jahre offensichtlich - und das auch zu Recht - der Meinung war, dass diese Aufgabe stärker vergütet werden muss.

19 **Wo sehen Sie konkrete Hindernisse beim Thema Arbeit zwischen der FDP und möglichen Koalitionspartnern?**

20 **Lindner:** Ich sehe mit Sorge, dass die flexiblen Möglichkeiten, die unser Arbeitsmarkt heute bietet, seitens der politischen Linken sehr geringgeschätzt werden. Insbesondere beim Thema Minijob sehe ich hier unterschiedliche Auffassungen. Für viele Menschen ist er nicht prekär, sondern eine Gelegenheit, sich etwas dazuzuverdienen. Deshalb sollte der Minijob dynamisiert werden auf eine Grenze des 60-Fachen des jeweiligen Mindestlohns. Sonst führt eine Erhöhung des Mindestlohns durch die unabhängige Mindestlohnkommission nur dazu, dass die Arbeitszeit eingeschränkt wird, ohne dass das Einkommen sich vergrößert. Ein Student will aber mehr verdienen, nicht weniger arbeiten.

21 **2017 sagten Sie: „Lieber gar nicht regieren, als schlecht regieren.“ Gilt das 2021 immer noch?**

22 **Lindner:** Absolut. Inhaltliche Überzeugungen, Sinn und Glaubwürdigkeit gegenüber den Wählerinnen und Wählern müssen immer wichtiger sein als die individuellen Karrierewünsche.

23 **Was raten Sie anderen Menschen, die sich gerade die Frage stellen, inwieweit es sich lohnt, sich für den Job zu verbiegen?**

24 **Lindner:** Ich rate dazu, in die eigene Qualifikation zu investieren. Das ist auch eine Form von unternehmerischer Freiheit, die selbst im Angestelltenverhältnis ein sehr viel selbstbestimmteres Leben ermöglicht. Der Schlüssel dazu ist die Bereitschaft zur Veränderung. Diese Bereitschaft können wir politisch unterstützen, wir machen uns deshalb stark für ein Midlife-Bafög, damit sich alle auch noch im mittleren Lebensalter mit öffentlicher Unterstützung beruflich weiterentwickeln können. Und wir wollen ein liberales Bürgergeld einführen, das anders als das gegenwärtige Hartz IV-System Schluss macht mit der oft als erniedrigend empfundenen Bürokratie.

25 **Die FDP will digitale Freiheitszonen errichten. Immer mehr junge Menschen streben indes seit Corona einen Karriereweg im öffentlichen Dienst an, die Zahl der Gründungen in Deutschland ist so niedrig wie lange nicht mehr. Stirbt das Unternehmertum hierzulande aus?**

26 **Lindner:** Auch mich besorgt der starke Drang in den öffentlichen Dienst, auch wenn ich als Abgeordneter auf Zeit ja selbst dazugehöre. Es muss mehr Menschen in diesem Land geben, die außerhalb des öffentlichen Sektors arbeiten wollen. Aus diesem Grund sollten wir schon von der Schule an und bis in die berufliche Bildung und in die Hochschulen hinein mit positiven Rollenbildern von Unternehmerpersönlichkeiten arbeiten. Es ist mir eine Herzensangelegenheit zu zeigen, wie sinnstiftend ein Leben als Unternehmer sein kann. Auch Gründerinnen müssen wir dazu motivieren, ihre Ideen für

neue Dienstleistungen und Produkte in die Tat umzusetzen.

27 **An welche weiblichen Vorbilder denken Sie konkret?**

28 **Lindner:** Es gibt in unserem Land eine Reihe von Gründerinnen, die mich beeindrucken, etwa Katharina Jünger, die Gründerin von TeleClinic. Wir haben spannende Gründerinnenpersönlichkeiten, die sehr gut als Vorbild und Inspiration dienen können.

29 **Damit die digitalen Freiheitszonen prosperieren, muss erst die Wirtschaft funktionieren. Die FDP verspricht zudem Steuersenkungen, die Schuldenbremse soll beibehalten werden und Corona-Verbindlichkeiten schnellstmöglich abbezahlt werden. Wie viel Wirtschaftswachstum pro Jahr bräuchten wir in Deutschland, um das alles zu finanzieren?**

30 **Lindner:** Es verhält sich genau umgekehrt: Die Freiheitszonen sind Teil eines wirtschaftlichen Belebungsprogramms, das Jobs schafft, private Investitionen mobilisiert und innovative Ideen entfesselt. Und ja: Wir können uns mit dem gegenwärtigen Wachstum in Deutschland im Vergleich zu den USA, China, aber auch Italien nicht zufriedengeben. Wir werden unser Defizit im Staatshaushalt und die vielen sozialen und ökologischen Zielsetzungen, die wir alle teilen, nur finanzieren können, wenn wir in den nächsten Jahren viel dynamischer wachsen.

31 **Um wieviel konkret?**

32 **Lindner:** Wir müssen jenseits der fünf Prozent wachsen, schon als Nachholeffekt nach Corona. Dauerhaft werden wir in Deutschland ein Wachstum jenseits der zwei Prozent brauchen, gerade angesichts der Inflationsrisiken, die wir derzeit sehen. Die erste Sofortmaßnahme, wenn es nach uns geht, wäre ein Super-Abschreibungsprogramm, durch das Anlageinvestitionen für Klimaschutz und Digitalisierung binnen zwei Jahren steuerlich geltend gemacht werden können. Das wäre ein echter Anreiz, in Zukunfts-Branchen privates Kapital zu mobilisieren.

33 **Was tun Sie selbst, um beruflich auf dem neuesten Kenntnis- und Fertigkeitenstand zu bleiben?**

34 **Lindner:** Ich lerne jedes Jahr etwas Neues hinzu.

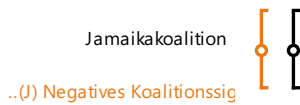
35 **Was haben Sie 2021 neu gelernt?**

36 **Lindner:** Wahlkampfbedingt leider nicht so viel. Aber ich habe dieses Jahr meinen Angelschein gemacht. Für mich ist das eine Horizonterweiterung und ein intellektueller Ausgleichssport.

37 **Können Sie sich vorstellen, sich beruflich nochmal komplett neu zu erfinden?**

38 **Lindner:** Ja, das kann ich. Aber ich strebe es gegenwärtig nicht an. Ich liebe das, was ich tue. Jeden Morgen stehe ich auf und freue mich, dass ich das, was ich tun darf, tun kann.

Focus Online – 23.09.2021



- 1 **Herr Lindner, beim letzten Triell der Kanzlerkandidaten bekam man den Eindruck, dass Olaf Scholz und Annalena Baerbock ihren Koalitionsvertrag fast schon unterschrieben hätten. Bekämen Sie es in einer möglichen Ampelkoalition mit einer rot-grünen Front zu tun?**
- 2 **Lindner:** Wie nah sich SPD und Grüne stehen, kann niemanden überraschen – außer die CDU, die sich in den vergangenen Jahren opportunistisch immer weiter den Grünen angenähert hat. Dafür hat sie in Kauf genommen, viele Inhalte preiszugeben. Darum ist sie jetzt in einem schwachen Zustand. Wir dagegen stehen in der Mitte und für den Wert der Freiheit. Unabhängig davon, ob er Konjunktur hat oder nicht.
- 3 **„In der Mitte“ ist die eine Standortbeschreibung. Eine andere: In einer Ampel wären Sie drittes Rad am Wagen, oder?**
- 4 **Lindner:** Wenn man uns nicht braucht, um eine Mehrheit zu bilden, wird man uns sicherlich nicht fragen. Wenn man uns dagegen braucht, muss man unsere Inhalte berücksichtigen. Das geht mit der Union erheblich leichter. Rote Steuererhöhungen und eine grüne Aufweichung der Schuldenbremse finden wir nicht attraktiv. In beiden Fällen wären wir jedenfalls kein drittes Rad am Wagen.
- 5 **Wie frei sind Sie am Ende, „Nein“ zu sagen?**
- 6 **Lindner:** Wir sind absolut frei und unabhängig. Wir treten nur in eine Regierung der Mitte ein, die die Freiheit achtet und die Wohlstand erwirtschaften will und nicht nur verteilen.
- 7 **Dann hat der linke Spitzenkandidat Dietmar Bartsch Recht mit seiner Feststellung: Am Ende geht es darum – Linke oder Lindner?**
- 8 **Lindner:** Tatsächlich könnte es drei Koalitionsoptionen geben, wo Dietmar Bartsch nur zwei sieht: Jamaika, die Ampel und ein Linksbündnis. Was am Ende herauskommt, entscheidet sich nicht allein daran, welcher Kanzlerkandidat am Sonntag vorne liegt. Egal wer das ist: Er wird von 70 Prozent der Deutschen nicht gewählt worden sein. Weniger denn je in der Geschichte wird man aus dem Umstand, stärkste Fraktion zu sein, einen klaren Auftrag zur Regierungsbildung ableiten können.
- 9 **Wenn es dann um eine Ampel geht – wie gefährlich lebt man eigentlich als letzter Hoffnungsträger des Bürgerlichen?**
- 10 **Lindner:** Da überschätze ich mich nicht. Aber das Liebäugeln von SPD und Grünen mit der Linkspartei müssen alle bürgerlichen Wähler sehr ernst nehmen – vor allem jene, die den Grünen zuneigen. Viele, die wegen des Klimaschutzes überlegen, grün zu wählen, ahnen womöglich noch gar nicht, dass sie eine Partei wählen wollen, die die Türen sperrangelweit zu einer sehr linken Partei geöffnet hat, die zum Beispiel auch Enteignungen im Programm hat. Was das Klima angeht, haben wir mit CO2-Deckel, Technologieoffensive und einer konsequent europäischen Orientierung das wirksamste Klimaprogramm.
- 11 **Glauben Sie immer noch, dass der Regierungsauftrag in jedem Fall an die Union geht?**
- 12 **Lindner:** Die Schwäche der Union hat mich überrascht. Ich sagte ja schon: Ich rechne damit, dass keine Partei einen eindeutigen Auftrag zur Bildung einer Regierung bekommt. Damit wächst uns Freien Demokraten eine besondere Verantwortung zu.
- 13 **Was sagen Sie dann den Wählern, die immer noch glauben, sie würden die Wahl entscheiden?**
- 14 **Lindner:** Natürlich entscheiden die Wählerinnen und Wähler die Wahl. Aber unsere Verfassung hat geregelt, dass Parteien gewählt werden, nicht Kanzler in einer Direktwahl. Die Duell- oder die Triell-Situation ist eine Erfindung der Medien. Ein Import aus dem amerikanischen oder französischen Präsidentschaftswahlkampf, der nichts mit unserer

Verfassung zu tun hat. Helmut Kohl hatte 1976 die Wahl mit sechs Prozent Vorsprung vor Helmut Schmidt gewonnen und konnte trotzdem nicht regieren, weil Schmidt eine Koalition mit der FDP hatte.

15 **Weshalb hat Laschet in Nordrhein-Westfalen stark abgeschnitten und ist jetzt so schwach?**

16 **Lindner:** Viele in CDU und CSU machen Armin Laschet für die Schwäche der Union verantwortlich. Für mich liegt es vielmehr an der Ausdünnung der Union selbst. Schauen Sie nur, wie dort übereinander geredet wird. Und wenn Laschet sich zur Schuldenbremse bekennt, ruft Herr Söder in einer Regierungserklärung, man müsse sich die Schuldenbremse verfassungsrechtlich noch einmal genau ansehen. Eine Partei, die in zentralen Fragen wie der Solidität der Staatsfinanzen nicht mit einer Stimme spricht, kommt schwer in die Offensive.

17 **Sie glauben also nicht, dass die Union mit einem Kanzlerkandidaten Söder jetzt besser dastünde?**

18 **Lindner:** Die Union stünde mit Markus Söder nicht besser da, nur anders.

19 **Was ist in Berlin anders als in Düsseldorf?**

20 **Lindner:** Die Berliner Bundespolitik ist schneller, härter, aber auch oft oberflächlicher als die Landespolitik. Landespolitik ist häufig detailreicher, hier in Berlin wird oft Politik-Politik betrieben.

21 **Was ist das denn?**

22 **Lindner:** Politiker und Journalisten unterhalten sich nicht über Inhalte, sondern über andere Politiker und Journalisten.

23 **Für Laschet steht viel auf dem Spiel, kurz gesagt: Kanzler oder Rentner. Wäre es nicht schlauer gewesen, Ministerpräsident zu bleiben in einem Land mit 16 Millionen Einwohnern und einem Sozialprodukt größer als in den Niederlanden und Belgien zusammen?**

24 **Lindner:** Das muss jeder für sich selbst entscheiden. Ich habe jedenfalls schon auf Karrieren verzichtet, wenn es nötig war.

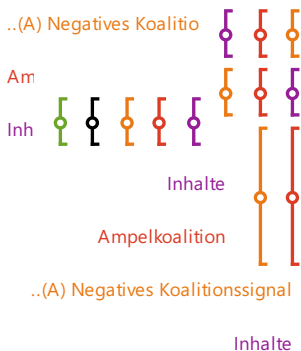
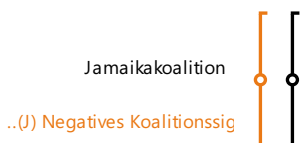
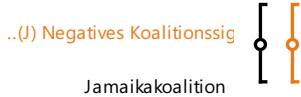
25 **Sowohl Wolfgang Schäuble als auch Friedrich Merz führen die Schwäche der Union auf Entscheidungen von Angela Merkel zurück. Teilen Sie das?**

26 **Lindner:** Die Schwäche der Union kann man nicht Frau Merkel alleine anlasten, obwohl sie in den Jahren die Union immer wieder nach links geöffnet und grüne Inhalte übernommen hat. Wenn Herr Söder erst gegen angebliche Asyltouristen wettet und dann Bäume umarmt, zeugt das nicht von einem klaren Standpunkt. Die Union hat heute diese Probleme, weil es für sie immer nur wichtig war, zu regieren, aber nicht in welche Richtung. Das konnte man zuletzt auch in Baden-Württemberg beobachten, wo Herr Strobl von der CDU, um Minister bleiben zu können, für die Grünen alle Inhalte der Union über Bord geworfen hat. Irgendwann kostet das Glaubwürdigkeit.

27 **Im Moment ist viel von roten Linien die Rede, die in Koalitionsverhandlungen nicht überschritten werden dürften. Wo sind Ihre roten Linien?**

28 **Lindner:** Erstens: Keine neuen Steuern oder Steuererhöhungen im Höchststeuerland Deutschland. Zweitens: Weil wir schon so hohe Schulden haben und jetzt auch erhebliche Inflationsrisiken, muss die Schuldenbremse im Grundgesetz bleiben. Drittens: Keine Vergemeinschaftung von Schulden in Europa. Die drei Kanzlerkandidaten sind hier nicht klar. Herr Scholz denkt sogar an eine Art vergemeinschaftete Arbeitslosenversicherung. Das würde bedeuten, dass deutsche Steuer- und Beitragszahler am Ende die Folgen von falscher Wirtschaftspolitik in anderen europäischen Länder zu tragen hätten. Das würde Europa nicht stärken, sondern schwächen.

29 **Ist eine Regierungsbeteiligung der FDP davon abhängig, dass Sie**



Ämter	}	30	Finanzminister werden?
			Lindner: Das ist das Angebot, das wir machen. Aber Inhalte sind wichtiger als Karrieren.
		31	Herr Lindner, Olaf Scholz hat eine Rentengarantie abgegeben – keine höheren Beiträge, keine längere Lebensarbeitszeit. Würden Sie da mitgehen?
Inhalte	}	32	Lindner: Herr Scholz müsste dann erst einmal darlegen, wie er das bewerkstelligen will. Wir haben ein realistischeres Angebot: Flexibler Renteneintritt mit 60 Jahren bei individuell versicherungsmathematisch errechneter Höhe, keine Bürokratie mehr, wenn man neben der Rente noch in Teilzeit oder im Minijob etwas verdienen will und schließlich: Ansparen einer kapitalgedeckten Stabilisierung nach schwedischem Vorbild.
		33	Gilt, was Sie mit der Rente vorhaben, auch für die anderen Säulen unseres Sozialsystems?
		34	Lindner: Ja, wir sollten alle Teile unseres Sozialsystems stabilisieren durch das Ansparen einer Kapitssäule.
		35	Was ist mit dem Mindestlohn von 12 Euro, den sowohl Grüne als auch die SPD wollen?
Inhalte	}	36	Lindner: Der Mindestlohn wird ohnehin erhöht werden, so wie dies eine Kommission empfiehlt, aber viele Menschen werden davon gar nicht profitieren. Denn wenn der Mindestlohn angehoben wird, aber die Grenze des Minijobs bleibt, dann erhöht sich am Ende nicht das Einkommen, sondern es verkürzt sich nur die Arbeitszeit. Und so lange die Zuverdienstgrenzen bei Hartz IV ab 100 Euro 80 Prozent vom Einkommen wegnehmen, profitieren die Menschen ebenfalls nicht. Deshalb sollten wir bei der Minijobgrenze etwas tun und dafür sorgen, dass man bei Hartz IV mehr hinzuverdienen kann. Für mich ist es eine Frage des Respekts, dass wir den Menschen erlauben, durch Arbeit ihre finanzielle Situation zu verbessern.
		37	Tempolimit fürs Klima – wie finden Sie das?
Inhalte	}	38	Lindner: Wenn ich mitten in der Nacht bei gutem Wetter und freien Straßen mit meinem Elektroauto irgendwann mit Strom aus zu hundert Prozent erneuerbaren Energien 139 km/h fahre – wo ist dann das Problem? Das ist kein Problem des Klimaschutzes, sondern des Menschenbildes: Wenn jemand verantwortungsbewusst fährt, mit welchem Recht will der Staat hier eingreifen? Im Zuge der Digitalisierung werden wir das Tempo auf unseren Straßen ohnehin immer variabler regeln können, stets abhängig vom Verkehrsaufkommen. Das ist smart.
		39	Braucht die Autoindustrie die freie Fahrt für freie Bürger, um mehr Fahrzeuge verkaufen zu können?
		40	Lindner: Ich glaube nicht, dass es diesen Zusammenhang gibt. Im Übrigen ist die deutsche Autoindustrie enorm stark. In den letzten Jahren wurde von allen Parteien gewettert, wie sehr Trends verschlafen worden seien. Daran haben wir uns nie beteiligt. Tatsächlich ist sie nämlich führend. Übrigens setzen die Hersteller beileibe nicht nur auf Elektromobilität, wie insbesondere Grüne Glauben machen wollen. Daimler baut in China weiter Verbrennungsmotoren. BMW denkt über Wasserstoff-Lösungen nach und Porsche über synthetischen Kraftstoff aus Chile. Die Industrie ist so stark, dass wir die Milliarden-Subventionen für E-Autos streichen sollten.
		41	Wir sind beim Klimaschutz. Wenn China allein 2019 so viel Kohle-Kapazität neu aufgebaut hat, wie Deutschland bis 2038 vom Netz nehmen will, und wenn die Strom-Kapazität in Afrika aus Kohlekraftwerken kommt, die China geliefert hat: Macht es dann Sinn, in Deutschland die Industrie komplett umzubauen, um dadurch ganze zwei Prozent CO2 zu sparen?
		42	Lindner: Ja, das ergibt Sinn. Wir müssen ein Modellstandort werden für das,

was andere Länder tun sollen. Unser Modell muss sein, durch Technologie zu dekarbonisieren – und eben nicht durch Verzicht auf Wachstum und Wohlstand. Klimaschutz made in Germany kann ein Exportschlager werden. Es ist super, wenn aus Solarenergie sauberer Strom entsteht. Es ist großartig, wenn Windkraftanlagen auf dem Meer Wasserstoff produzieren. Es ist toll zu sehen, wie sauber ein LKW auf Wasserstoffbasis fährt. Oder Pflanzenkohle, die Plastik ersetzen kann. Wir können in Geräten, die aussehen wie ein Weinschrank, klimaneutral unser eigenes Gemüse züchten. Kurzum: Mit seinen zwei Prozent CO₂-Ausstoß kann Deutschland ein Labor für die Welt sein. Auch für Afrika.

43 **Frau Baerbock glaubt, dass Verbote Innovationstreiber sind. Und Sie?**

44 **Lindner:** Freiheit ist ein Innovationstreiber, ein Verbot begrenzt dagegen Innovationskraft. Das Verbot des Verbrennungsmotors zum Beispiel bricht eine Entwicklungslinie ab, obwohl er mit synthetischen Kraftstoffen klimaneutral betrieben werden kann. Das ist eine Technologieoption, von der heute niemand wissen kann, welche zukünftige Bedeutung sie haben kann. In jedem Fall werden kurzfristig Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor nicht mehr in Deutschland produziert, sondern anderswo. Und die Zulieferindustrie ist auch noch weg. Dieses Verbot ist unnötig, weil am Ende die Emissionsfreiheit entscheiden sollte, aber nicht der Weg, auf dem sie erreicht wird.

45 **Sie begeistern sich für Innovation. Sind Sie auch begeistert von der neuen Generation von Kernkraftwerken? Gehören die auch zu den Innovationstreibern?**

46 **Lindner:** Ja, sicher. Aber nicht bei uns, sondern anderswo. Auch der Weltklimarat hat diese Technologie ja auf der Rechnung. In Deutschland halte ich diese Debatte für beendet.

47 **Frau Baerbock sagt auch, dass dem Markt Menschen herzlich egal sind.**

48 **Lindner:** Der Markt, das sind die Menschen. Bei Frau Baerbock überrascht mich dieser Irrtum nicht. Sie war ja auch der Meinung, die soziale Marktwirtschaft in Deutschland sei eine Erfindung der SPD.

49 **Sie sind angetreten mit dem Ziel, die FDP in die Regierung zu führen. Falls das jetzt nicht gelingt, hängen Sie die Politik dann an den Nagel?**

50 **Lindner:** Nein, ich habe Ausdauer. Wir haben einen Mitgliederrekord und viel Zuspruch. Diese Menschen werde ich nicht enttäuschen.

51 **Sie könnten aber sagen: Ich fange noch mal etwas Neues im Leben an.**

52 **Lindner:** Meine Aufgabe in der Politik ist noch nicht erledigt. Ganz abgesehen davon liebe ich, was ich tue.